

Volksrecht

für Schlesien · Organ für die werktätige B.

Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit der wöchentlichen Beilage: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expeditoren Flurstraße 4/6, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Reichsmark + 8 Pfennig Erdrerlöhn = 0.45 Reichsmark, monatlich 1.55 Reichsmark + 35 Pfennig Erdrerlöhn = 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter 20 Pf. Familienanzeiger 10 Pf. Kleine Anzeigen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernspr. 5852. Postfachkonto: Breslau 5852. D.

„Aktivität“, „Disziplin“, „Einigkeit“
Hilferbarone
Gegen
no beiliegend
Einselnummer 10 Pf.

Einselnummer 10 Pf.

Verlageort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt.

no beiliegend

Einselnummer 10 Pf.

43. Jahrgang

Mittwoch, den 13. Juli 1932

Nr. 162

Der Blutterror der Nazis geht weiter

Wieder zahlreiche Überfälle der Nazis auf Mitglieder der Eisernen Front

In Berlin-Treptow wurden Dienstagabend drei Jungbannkameraden auf dem Nachhausewege von Nationalsozialisten überfallen. Zu Hilfe eilende Kameraden wurden aus einem SA-Wagen mit Schüssen empfangen. Zwei Reichsbannerleute wurden verletzt.

Reichsbannerkamerad Max Wölffel, das Opfer hinterhältiger nationalsozialistischer Mordbuben, liegt noch immer im Virchow-Krankenhaus sehr schwer darnieder. Die Verletzungen sind außerordentlich bedenklich und es wird aller ärztlichen Kunst bedürfen, Wölffel wiederherzustellen.

Wittenberg, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Die „Kemberger Zeitung“ vom 12. Juli teilt mit, daß der Nazi-Kreisleiter Ritterbuch in Wittenberg auf einem sogenannten „Deutschen Abend“ den SA-Deuten den direkten Befehl erteilte, die Margriten zu schlagen, wo sie nur welche treffen. Er forderte die Hitler-Horden ferner auf, sich mit Waffen zu versehen, denn der Befehl, daß SA-Deute, die sich im Besitz von Waffen befänden, ausgeschlossen würden, bestehe nicht mehr.

Darmstadt, 12. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

In Gimsheim (Rheinbesen) kam es in der Nacht zum Montag zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, wobei Schüsse gewechselt wurden. Ein Kommunist erhielt einen Bauchschuß, ein anderer einen Rücken- und Kopfverletzung. Zwei Gimsheimer Nationalsozialisten, Kemig und Weidert, wurden als Täter verhaftet.

In Berlin-Karlshorst wurden in der Nacht zum Mittwoch auf dem Verkehrslokal der KPD, Schüsse abgegeben. Die Polizei nahm daraufhin in einem NSDAP-Wagen in der Augustastr. Viktoria-Str. eine Durchsuchung nach Waffen vor. Sieben Pistolen, ein Totschlüssel und ein Schraubenschlüssel wurden von den Beamten beschlagnahmt. Insgesamt wurden 20 Nationalsozialisten festgenommen und der politischen Polizei zugeführt.

Düsseldorf, 13. Juli. (Eig. Funkenbericht.)

Am Corneliusplatz in Düsseldorf kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten. Im Verlauf der Auseinandersetzungen gaben die Nazis mehrere Schüsse ab. Ein Reichsbannermann erhielt einen Unterschenkel- und Kopfverletzung und wurde ins Krankenhaus geschafft. Vier der Tatverdächtigen wurden festgenommen.

Wildweitzustände in Halle

Halle, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

In Halle herrschen seit dem mißlungenen Überfall auf das Arbeiterheim anlässlich der Rbe-Rundgebung die reinen Wildweitzustände. Am hellen Tage geschweige des Nachts, sind die Träger der drei Pfeile ihres Lebens nicht mehr sicher.

In der Nacht zum Dienstag wurden 20 Angehörige eines Reichsbannerplattensangesanges, die von einer Versammlung heimkehrten, von 200 uniformierten und bewaffneten Notverordnungsleuten überfallen und furchtbar zugerichtet. Einem Teil wurden die Instrumente gestohlen. An verschiedenen Stellen wurde das Kleinfeld aufgerissen und als Wirtsgeschoß benutzt. Die Hitlerhorden kamen aus einer Versammlung, in der sie „gegen Rotmord und Gummiknüppel“ protestierten. Der Nazi-Landtagsabgeordnete Jordan hatte dort Anweisung gegeben, die SA-Deute in Versammlungsbereichen sollten, falls die Versammlung aufgelöst würde, den Anweisungen der Polizei keine Folge leisten. Die bezahlten Uniformträger (Polizei), die er als Saboteure bezeichnete, sollten in Außenmittel gesteckt werden. Ihre Namen seien in Kartotheken zusammengestellt und es würde mit jedem im Dritten Reich abgerechnet werden. Weder bei dieser Drohung griff die Polizei durch, noch als Jordan das Notwehrrecht proklamierte mit der Aufforderung: „Schlagt die Margriten, wo ihr sie trefft! Wie diese Aufforderung wirkt, sollte sich bald zeigen.“

Am Dienstag nachmittag verlangten einige SA-Deute kategorisch die Herausgabe der letzten Nummer der „Welt am Montag“, in der Hitlers Kaiserhof-Rechnung behandelt wird, aus einem von der Sozialdemokratie zu Wahlzwecken gemieteten Schaufenster. Das freche Ansinnen wurde natürlich abgelehnt. Nach kurzer Zeit erschien ein Nazi-Überfallswagen, dessen Besatzung über die ohnungslos vor dem Schaufenster stehenden herrschte, die Scheibe einschlug, und nach vollbrachter Tat wieder harmlos verschwand. Wie unbedeutend diese Gesellen auf halbes Straßen hausen, beweißt, daß einem Straßenbahnwagen die Gleise versperrt wurden und sich niemand fand, der den Durcheinander nur entgegentrat.

Frankfurt a. M., 12. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

In der Nähe von Niederziesel wurden zwei Jungbannkameraden von einem SA-Deuten mit einem Revolver erschossen und schwer mißhandelt. Ebenfalls in Niederziesel wurde ein Reichsbannermitglied der Eisernen Front von Nazis mit einem Revolver und einem Messer angegriffen, mißhandelt und schwer verletzt. In Oberelsbach wurde ein gewaltiger Trupp nationalsozialistischer Nazis aus dem Hinterhalt überfallen und blutig geschlagen. Auch sie bekamen Schüsse auf dem

Heimweg von einer Rundgebung in Frankfurt.

Am Spielplatz in Zeilsheim wurden Mitglieder der Arbeiterjugend von einem großen Trupp Nazis, die planmäßig aus ihren Lokalen angerückt waren, überfallen und schwer mißhandelt.

Einen neuen Beweis für die „Unschuld“ der Schützlinge und Pflegekinder des Reichs und gegenwärtigen Innenministers von Geyl liefert ein Mordversuch an dem Vorstandsmittglied des Berliner Reichsbanners, Max Wölffel.

Am Dienstag, früh 4 1/2 Uhr, als sich der 33jährige Reichsbannerkamerad zur Arbeit begeben wollte, wurde er in der Nähe seiner Wohnung von zwei SA-Deuten hinterläßt überfallen. Die uniformierten Totschläger drehten ihm die Arme auf den Rücken und warfen ihn zu Boden. Im gleichen Augenblick stürzten aus einer in der Nähe befindlichen SA-Kaserne etwa zehn Mann herbei, die den Zweijährigen mit Schlagringen, Eisenketten und Knütteln bearbeiteten. Dem ohnmächtig daliegenden Arbeiter wurde hauptsächlich der Unterleib herausgeschlagen, ein Bein gebrochen und zahllose Tritte gegen Leib und Kopf mit den Stiefelabsätzen versetzt. Als einige Passanten zu Hilfe eilten, schickten die Mörder in die SA-Kaserne, hielten Bestärkung, die mit gezogenen Pistolen gegen die Passanten anrückten. Eine Polizeistreife vertrieb den Hausen- und konnte einige bewaffnete Strothe festnehmen. Alle Zeugen berichten übereinstimmend, daß

der nichtige Überfall planmäßig ausgeführt wurde. Die beiden ersten Hitlergardisten hatten lange vorher Wache gestanden, bis der Überfallene aus seiner Wohnung heraustrat.

„Nicht mehr lange“, jagte Herr Geyl, als ihm schon vor Wochen die Untaten der SA-Deuten und Notverordnungsleuten dokumentarisch bewiesen wurden. „Nicht mehr lange“, jagt die Arbeiterkassette und das Gesindel der Unterwelt wird hinweggefegt.

Köln, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

In dem Kölner Arbeiterrevolver Süß wurde die Polizei bei der Räumung der Straßen von Ansammlungen, die sich gelegentlich eines Umzuges von SA-Abteilungen gebildet hatten, aus den Häusern mit Flaschen und Steinen beworfen, so daß die Beamten von der Schutzwaffe Gebrauch machten. Zwei Leute erhielten Schüsse in den Oberkörper und in die Hand. Eine Gruppe von 30 SA-Deuten lief über einen Schmerztroggeschädigten her und mißhandelte ihn derart, daß er ins Krankenhaus geschafft werden mußte.

In Trier ist der Reichsbannerkamerad, der am Sonntag von Nazis durch fünf Schüsse verletzt worden war, gestorben. Die freien und christlichen Gewerkschaften haben dem Reichsinnenminister und dem preussischen Innenminister von diesem Mord telegraphisch Kenntnis gegeben und entsprechende Maßnahmen gegen den Naziteror gefordert, „andernfalls die Arbeiterkassette zum Selbstschutz gezwungen sei.“

Reichsregierung hat die Verantwortung

SPD.-Vertreter bei dem Reichsinnenminister — Sie warnen vor Untätigkeit gegenüber dem SA-Terror

Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Weis und Dr. Breitheid wurden am Dienstag nachmittag bei dem Reichsinnenminister Freiherrn von Geyl vorkestellt, um ihn angesichts der Bluttat der letzten Tage noch einmal auf das Anwachsen des SA-Terrors hinzuweisen. Die Abgeordneten machten Herrn von Geyl mit Nachdruck darauf aufmerksam, daß weiteres Verharren der Reichsregierung in Untätigkeit zu Folgen führen würde, für die die Reichsregierung die Verantwortung zu tragen habe.

Am 12. Juli wird zu den Vorstellungen der sozialdemokratischen Abgeordneten Weis und Breitheid bei dem Reichsinnenminister folgendes mitgeteilt:

Der Reichsminister des Innern empfing heute nachmittag auf ihren Antrag die Vorstandsmittglieder der SPD., die Abgeordneten Weis und Dr. Breitheid, die dem Minister das von der Partei gesammelte Material über die politischen Zusammenstöße der letzten Zeit überreichten. Die Herren machten weiter darauf aufmerksam, daß sie die Lage in Deutschland im Augenblick als besonders ernst ansähen und forderten Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ruhe und Sicherheit. Insbesondere sollten sie die Wiedereinführung des Uniformverbots als notwendig hin. Der Minister erklärte, daß er Provokationen, von welcher Seite sie auch kämen, mißbillige und es auf das Äußerste behauere, daß es infolge solcher Provokationen zu blutigen Zusammenstößen gekommen sei. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sei jedoch zunächst Sache der Landesbehörden. Das Reichsministerium werde, nachdem nunmehr der Reichsminister zurückgekehrt sei, zu der innerpolitischen Lage alsbald Stellung nehmen. Die Wiedereinführung des Uniformverbotes lehnte der Minister ab.

Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ist „zunächst Sache der Landesregierungen“ — sagt Herr von Geyl.

Dennoch fällt die Verantwortung für die blutigen Geschehnisse der letzten Zeit ausschließlich auf die Reichsregierung.

Der Erlass der letzten politischen Notverordnungen mit der autorisierten Aufhebung des Uniform- und Demonstrationsverbotes schließt diese Verantwortung nicht aus. Dieser Erlass ist aus den Willen der großen Mehrheit der Landesregierungen erlassen worden. Ihnen steht demnach die Verantwortung für die Maßnahmen der Notverordnungen zuzuschreiben, heißt den tatsächlichen Sachverhalt verfehlen.

Was plant die Reichsregierung?

Die Berliner „Völkische Zeitung“, das Sprachblatt des Herrn Hitler für kammernationalistische, antisemitische und antisozialistische Kreise, schreibt im poli-

tischen Teil ihres Börsen- und Aktienzettels zu den bürgerkriegsähnlichen Zuständen und den Plänen der Hitlerbarone:

„Wir glauben zu wissen, daß sich das Kabinett bereits grundsätzlich zu Taten entschlossen hat, zu einem umfassenden und durchschlagenden Eingreifen in jene Zustände, deren Beseitigung aus sachlichen und politischen Gründen, vor allem aber im Interesse der Reichsautorität immer dringender wird. Die Form, in der dieses Eingreifen erfolgen soll — eine Frage, die vom Reichskabinett offenbar noch diskutiert wird — ist unseres Erachtens nicht so wichtig. Hauptfrage ist, daß rasch gehandelt wird, so oder so, und daß sich nicht zwischen dem prinzipiellen Entschluß und seiner Ausführung noch allerlei formale Bedenken einschalten, die, wenn man ihnen Raum gibt, am Ende gar noch zu einem negativen Ergebnis führen könnten, das die um die Länderfronte besorgte Linke schließlich als einen Erfolg ihrer Gesundheitsbedenken ausposaunen könnte. Nochmals: Es ist keine Zeit zu verlieren!“

Was sollen diese Andeutung des halbbojzösen Hitlerblattes? Was fordert Herr Hitler von seinen Baronen weiter? Was ist ihm zugesagt? Etwas der Ausnahmezustand, etwa das Verbot der KPD, oder gar der Eisernen Front? Wir erwarten schnellstens Klarheit, damit wir wissen, was die Stunde geschlagen hat.

Geyl reist zu Hindenburg

Mit dem Reichskanzler reist auch der Reichsinnenminister nach Meudon zum Vortrag beim Reichspräsidenten, ein Zeichen, daß in Meudon vor allem auch innerpolitische Fragen erörtert werden. Die Deutschnationalen werden jetzt die von der SA. hervorgerufene Bürgerkriegsgefahr benutzen, um die Reichsregierung zum Eingreifen in Preußen zu veranlassen. Ein Teil der Reichsregierung glaubt, bereits zu wissen, daß sich das Reichskabinett grundsätzlich zu solchen Taten entschlossen habe. In der Linksprelle wird vor derartigen Experimenten, die nichts bessern könnten, sondern nur neuen Schaden anrichten müßten, aufs Schärfste gewarnt.

Stamper spricht im Rundfunk

Im Rahmen der Aktuellen Stunde der Deutschen Welle spricht am Donnerstag, den 14. Juli, abends 7 Uhr, der Chefredakteur des „Vorwärts“, Friedrich Stamper-Berlin über das Thema „Staat und Sozialismus“.

Der Rundfunk-Vortrag von Nazi-Strasser über die Nationalsozialisten und die Staatsfrage ist leinertzelt von dem großen Teil der deutschen Sender übernommen worden. Es ist deshalb nur selbstverständlich, daß die gleichen Sender auch die Rede Stamper's übernehmen. Wir werden lebhaft hoffen, daß wir werden, welche Sendegesellschaft den Vortrag Stamper's übernehmen sollte.

Verlumpft

Die Verkommenheit des Bürgertums

Es geht fast so aus, als ob es bei den Deutschen Nationalen zu dämmern beginnt.

In Hannover hat der Abgeordnete Quack, einer der Strengsten Eugenbergs, eine recht scharfe Rede gegen das Billertum gehalten.

Es sollte ihm die notwendige Einsicht in die Lage der Wirtschaft und der Politik. Den Billerleuten müsse — sichtlich geistlos — von den Deutschnationalen die Peitsche um die Ohren geschlagen werden.

Die Erkenntnis von dem gefährlichen Charakter der Dillerei kommt den Anhängern Eugenbergs reichlich spät, und es kann nur tömisch wirken, wenn Herr Quack in derselben Rede das Grobheiten der Nationalsozialisten durch Eugenbergs damit zu rechtfertigen sucht.

Aber ein Satz aus der hannoverschen Rede des Herrn Quack verdient noch besonders unterstrichen zu werden. Es ist der von den kränklichen deutschen Frauen.

Nur möchten wir ihn nicht auf die Frauen beschränkt wissen. Er hat Geltung für sehr große Teile des Bürgertums ohne Rücksicht auf das Geschlecht. Seit Monaten läuft der Noth durch das Land und seit der Anhebung des Uniformverbots sind in Deutschland Zustände eingebrissen, die jedem Bewußtsein von einem Kulturwerte sehr brechen.

Und so alledem nicken weite Kreise des sogenannten Bürgertums wohlwollend Beifall. Sie finden das alles in der Ordnung oder im besten Fall entschuldigend sie die wüsten Ausschreitungen mit dem Hinweis auf die Jugend und das Temperament derer, die sie begehen.

Als vor einigen Tagen ein Mitglied des Reichsbanners in der Nähe von Bielefeld erschossen wurde, rief eine Dame der sogenannten linken Gesellschaft aus: „Schade, daß es nicht Steger gewesen ist!“

Und dann lese man beispielsweise die der Regierung haben so nahelebende Berliner „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom Dienstagmorgen. Selbst die Wiederherstellung des Uniformverbots, so schreibt sie, würde im gegenwärtigen

Stadium nicht mehr ausreichen: „Der Hintergrund dieser Zusammenstöße ist ein politischer Kampf, der die tiefsten Tiefen der Nation aufgewühlt hat und der bis zum Siege durchgeführt werden muß.“

Wenn es in Deutschland so weit gekommen ist, daß wir allen Unschlüssen haben, uns vor dem gesamten Aus-

land zu schämen, wenn die Nationalsozialisten Gewalt brauchen und Gewalt verüben dürfen, wenn ihre einzige sogenannte geistige Waffe die niederträchtigste Verleumdung der Andersdenkenden ist.

Der Widerstand gegen Nazi-Terror wächst

Die Abwehr zieht weitere Kreise — Das Ausland über den Nazi-Terror

„Bürgerkrieg — Bürgerkrieg!“ hallt es aus den Ueberschriften und Meldungen der deutschen Presse.

Der Nazimord rast durch die deutschen Gauen, von Aachen bis Reuthen, von Hensburg bis Konstantz, überall blitzen die Dolche, laufen die Eisenklingen, tragen die Revolver gegen die freibeitlich gestimmte Arbeiterklasse.

Ein einziges Land ist noch verhältnismäßig ruhig und verjähnt: Bayern. Aber auch dort marschieren bereits wieder die Notverbandsjungen, weil es Herr von Geyl so gewollt hat.

Ähnlichen Zeiten allgemeiner Abwehr begegnen wir jetzt auch in den nördlichen Teilen des Reiches. In Trier wurde am Sonntag ein Reichsbannermann durch fünf Nazischläger schwer verletzt.

Wenigstens erkennt die Arbeiterklasse aller Parteien und Richtungen, wohin die Reise des Judas Hitler und des Handlangers der Barone geht, und wohin sein Bürgerkrieg führt.

Die Situation ist zum Schlagen. Wir können jeden Augenblick mitten im schlimmsten Geschehen stehen. Wenn die Regierung sich nicht dazu anspannen kann, durch energische, unparteiische Maßnahmen die weitere Entwicklung des Bürgerkriegs zu verhindern, dann wird sie schuldig gesprochen werden müssen, weil sie zwar eine nationale Konzentration wollte, aber die nationale Zerlegung erreichte.

Die gesamte ausländische Presse widmet den vom Bürgerkrieg gebiethen Vorgängen in Deutschland seit Tagen die größte Aufmerksamkeit und breitesten Raum.

Berlin gleicht einer von einer fremden Armee okkupierten Stadt. Die SA-Männer marschieren in ihren gelb-braunen Uniformen durch die Straßen, selbstbewußt und arrogant.

Das Benehmen der Franzosen besser gewesen ist wie das der SA-Männer.

Diese SA-Männer sind viel besser mit den Separatisten des Rheinlandes zu vergleichen, die im Winterkämpfe mit den Franzosen während des Jahres 1923 die rheinischen Städte durchstreifen, und die Haltung der deutschen Regierung gleicht sehr der französischen.

Der Bericht sagt dann, so wie die damalige französische Regierung zur „Reinlichen Republik“ stand, nicht zögernd und nicht abgeneigt, so sehe die heutige deutsche Regierung zum Dritten Reich.

Das Zentrum vor der Einigung mit den Nazis

Wird Hessen den Nazis ausgeliefert?

Weitgehende Zugeständnisse des Zentrums an die Nazis

Die Reichsleitung der Zentrumspartei scheint Hessen zum Versuchskornfeld für eine „schwarze-braune Koalition“ ausersehen zu haben.

Das Zentrum wünscht jetzt noch „bindende Sicherungen“ hinsichtlich der Auslieferung der Vollmacht an die Nazis und deren kulturelle Absichten.

Die heftige Nazi-Presse hält die Wahl Werners zum Staatspräsidenten am Donnerstag bereits für gesichert, doch will man dem Zentrum als „weitgehendes Zugeständnis“ nur das Justizministerium zubilligen.

Die Benzinstation Roman von Sinclair Lewis

Einzig berechnigte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Clarisse Maltner

(90. Fortsetzung)

Bill Mc Gowan, der die ganze Zeit über still dageessen war, seine Wangen geröthet und verwirrt zugehört hatte, packte Milt beim Kermel und posterte:

„Ach wohl, alter Teufel. Ich will nicht hineingehen und dir einen Stroh durch die Nase stecken lassen. Sait, ich hab ja nie gewußt, daß du das Zeug in dir hast, dich unter diese Stöße zu lassen, aber ich hab's er, wenn ich mich geirrt habe.“

Bill kannte davon. Da dachte sich Milt erschlossen um, schritt die Stöße hinunter und sagte zu seinen Gefährten mit schämiger Ruhe: „Danke für die Einladung für heute abends, aber es tut mir leid, ich kann nicht kommen.“

Während der halben Minute, die er gebraucht hatte, die Stöße hinunterzugehen, hatte Milt überlegt, mit einer Seitenstich, die ihn Bill verlegen ließ, daß er eigentlich gewesen war, daß er sich um die Meinung dieser „feinen Leute“ nur in Bezug auf sich selbst gekümmert hatte.

„Gib mir Claire,“ sagte er. „Ich hab dich lieb.“ Claire sah es an dem Blick, den er auf sie richtete, daß er es eben ganz in diesen Worten formalisier, sondern er sagte es.

„Ja, und ich bin froh, daß Sie für abends abgelegt haben. Und ich muß jetzt schauen, daß ich heimkomme, nach dem Open.“

„Nein, das klingt trübselig, aber es ist nicht wahr. Und Sie wissen nicht, wie angenehm es ist, dazu zu gehören.“

„Ach, es liegt mir nichts daran! Mit Ihnen zusammen bin ich glücklich — ich bin glücklich.“ Das ist alles, was ich weiß und was ich wissen will.

„Nein, das will ich nicht. Ich werd es lernen. Wirft du auf mich warten.“

„Du lieber Gott! Claire. Hast du bemerkt, daß ein Wunder geschehen ist? Wir sind nicht mehr Fräulein Boltwood und ein Barde namens Doggett.“

„Und alles andere ist egal“, sagte Claire.

XXXIV

Der Anfang einer Geschichte

lich und entschieden mit-lose Veranstaltung. Frau Wilson wollte Claire zeigen, daß sie ebenso tüchtige Abenteuerer wären, wie dieser schreckliche Daggett-Mensch.

„Was war es? Was war nicht in Ordnung? Sie sind so — oh — so hübsch. Sie meinen nicht das, was sie sagen und was es nicht, das zu sagen, was sie meinen.“

„Sie kugte. Sie bemerkte, daß sie auf einen sanftmütigen Hirschkopf und ein Gamsen Karri, das aus dem Schut eines Busches hervorlief.“

„Wie, um Himmelswillen.“

„Gib mir Claire,“ sagte er. „Ich hab dich lieb.“ Claire sah es an dem Blick, den er auf sie richtete, daß er es eben ganz in diesen Worten formalisier, sondern er sagte es.

„Gib mir Claire,“ sagte er. „Ich hab dich lieb.“ Claire sah es an dem Blick, den er auf sie richtete, daß er es eben ganz in diesen Worten formalisier, sondern er sagte es.

„Gib mir Claire,“ sagte er. „Ich hab dich lieb.“ Claire sah es an dem Blick, den er auf sie richtete, daß er es eben ganz in diesen Worten formalisier, sondern er sagte es.

„Gib mir Claire,“ sagte er. „Ich hab dich lieb.“ Claire sah es an dem Blick, den er auf sie richtete, daß er es eben ganz in diesen Worten formalisier, sondern er sagte es.

Soll auch der Rundfunk zur Kaschemme werden?

Protest gegen die Schimpfereien Brückners im Breslauer Rundfunk

In die „Schlesische Funkstunde“ ist folgendes Schreiben abgegangen:
Dr. W. 11. Juli 1932.
Titel: Schlesische Funkstunde u. S.
Breslau 18.
Sehr geehrte Herren!

Mit haben uns gestattet, unterm 5. d. Mts. auf Grund eines Erlasses der preussischen Regierung, laut welchem man allen politischen Parteien, mit Ausnahme der kommunistischen, Gelegenheit geben soll, im Rundfunk zu Worte zu kommen, einige Vorschläge zu unterbreiten und haben darauf die Mitteilung bekommen, daß der Vorgesang an den Politischen Überwachungs-ausschuss weitergetrieben worden ist. Auch hat uns die Intendanten telefonisch den Eingang bestätigt und mitgeteilt, daß sie den Politischen Überwachungs-ausschuss von Herausgabe von Richtlinien gebeten habe, nach denen die einzelnen politischen Parteien mit ihren Vorträgen zugelassen werden dürfen. Ob diese Richtlinien bereits in den Händen der Intendanten befinden, entzieht sich unserer Kenntnis. Es scheint aber der Fall zu sein; denn bereits am Sonnabend, den 9. d. Mts., 19.30 Uhr gab man der NSDAP, dem Gauleiter Helmut Brückner, die Gelegenheit, um über das Thema: „Die politischen Aufgaben in Schlesien“ zu sprechen. Ob unsere Vorschläge bald Berücksichtigung finden, haben wir bis zur Stunde noch keine Nachricht erhalten.

Der Unterzeichnete hatte keine Gelegenheit gehabt, um den genannten Vortrag abzufragen, aber das was er in den letzten Ausführungen des Gauleiters Brückner gehört hatte und das, was aus den eingegangenen Zuschriften zu ersehen ist, war einfach ein Skandal, einen solchen haben wir bis dahin im Rahmen der Vorträge bei der Schlesischen Funkstunde noch nicht erlebt. Bei unseren Vorschlägen oder persönlichen Besprechungen hatte man uns immer nahe gelegt, nicht gegen die Maßnahmen der Regierung zu polemisieren und insbesondere alles zu unterlassen, was den Anschein in seiner Weltanschauung verleiht. Diesen Wünschen haben unsere Referenten stets Rechnung getragen und kam es einmal vor, daß ein unpassendes Wort im Vortrag enthalten war, so waren wir jedesmal damit einverstanden, wenn an Stelle dieses Wortes ein anderes gesetzt wurde oder ganz in der Sache lag.

Der Brückner gestattete sich aber nicht nur eine Polemik gegen den Rundfunk, sondern er beschimpfte sie und sprach in seinen Schlussausführungen von „Vollvergiftung“, den internationalen Marxisten müsse er jedes Nationalgefühl abschöpfen, diese Federführer, die Volksbetrüger“ und endete seine Ausführungen mit „Heil Hitler“.

Da alle solche politischen Vorträge sowohl von der Intendanten wie auch vom Politischen Überwachungs-ausschuss geprüft werden, müssen wir zu der Auffassung gelangen, daß diese Ausdrücke mit Zustimmung der Funkstunde gemacht worden sind und hiergegen, d. h., gegen eine solche Beschimpfung von Millionen von Menschen, die aus innerer Überzeugung im Dienste der Menschheit stehen und ohne die die Existenz der menschlichen Gesellschaft bzw. der heutigen Staatsform nicht denkbar ist, müssen wir den schärfsten Protest erheben, und falls die Funkstunde glaubt, daß eine solche Behandlung weiter fortgesetzt werden kann, so wird sich die freisowjetische Arbeitnehmerschaft in Schlesien — etwa 320.000 Arbeiter, Angestellte und Beamte, — überlegen, ob es nicht besser ist, daß sie die Unterhaltung der Schlesischen Funkstunde den Parteien überläßt, die die Schimpfereien bei der Schlesischen Funkstunde genießen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Freier Funkausschuss für Schlesien
Peter Peggelhoff.

Die Funkstunde antwortet
Auf dieses Schreiben des Freien Funkausschusses hat die Intendanten der Schlesischen Funkstunde eine Antwort erteilt, in der auf der einen Seite behauptet wird, daß die Intendanten mit der Entscheidung über Form und Inhalt von Vorträgen in der Art desjenigen des Ragi-

hauptlings Brückner nichts zu tun habe, daß das vielmehr Sache des Politischen Überwachungs-ausschusses sei, und in der auf der anderen Seite gelagt wird, daß der Politische Überwachungs-ausschuss deshalb andere Anforderungen an diesen Vortrag Brückners gestellt habe, weil es sich hier um eine Parteizeile handele, wie sie neuerdings im Rundfunk zugelassen seien. Der Überwachungs-ausschuss habe an einigen Stellen Änderungen verlangt, und diese Änderungen seien auch vorgenommen worden.

Wir können diese Antwort des Intendanten in keiner Weise als berechtigt anerkennen.

1. entlastet die Verpflichtung des Politischen Überwachungs-ausschusses, über politische Vorträge die Zensur auszuüben und zu entscheiden, ob sie gehalten werden, die Intendanten nicht von der Verpflichtung, auch ihrerseits den Inhalt der Vorträge zu prüfen, wie sie den Inhalt aller Vorträge zu prüfen hat. Zugleich scheint uns die Intendanten auch eine moralische und kulturelle Verpflichtung zu haben, ihrerseits alles dazu zu tun, daß die Vorträge, die im Rundfunk gehalten werden, nach Form und Inhalt auch eines Kulturinstituts wie des Rundfunks würdig sind. Zum mindesten müßte der Intendant seinerseits an den Überwachungs-ausschuss Vorschläge zur Nichtgenehmigung oder Genehmigung und Streichung stellen, wenn er überhaupt noch Anspruch darauf erheben will, der geistige Leiter einer solchen Institution zu sein.

2. muß aber gelagt werden, daß, wenn die Dinge so liegen, wie sie in der Antwort des Intendanten geschildert werden, der Politische Überwachungs-ausschuss der Funkstunde seine Pflicht verliert hat. Auch wenn die Rede Brückners als Parteizeile angesehen wird, kann eine solche Rede doch niemals von einem verantwortungsbewussten Überwachungs-ausschuss zugelassen werden. In Vorträgen kann zwar in sachlicher Form für die eigene Parteipropaganda gemacht werden und kann auch in sachlicher Form gegen den Gegner polemisiert werden. Darum handelt es sich hier aber gar nicht, sondern es handelt sich darum, daß der Politische Überwachungs-ausschuss ganz offenkundig die Bestimmungen des Politischen Gegners zugelassen hat. Und das ist auch bei den Parteizeilen nicht erlaubt. Wenn der Politische Überwachungs-ausschuss solche Dinge durchgehen läßt, so erzieht er dadurch eben den Rundfunk zu einer Kaschemme.

Endlich: Wenn in der Antwort gelagt wird, daß einige Stellen beanstandet und auch geändert worden seien, so kann daraus nur der Schluss gezogen werden: Wenn der Text auch nachträglich noch ein solches müßiges Geplänkel war, ein wie gemeines und äbles Nachwort muß dann die Rede Brückners vor den Änderungen gewesen sein. Weitere Schlüsse lassen sich daraus aber nicht ziehen, insbesondere läßt sich daraus nicht schließen, daß der Politische Überwachungs-ausschuss seine Pflicht getan hat, denn er hat ganz offenkundig die schwersten Beschimpfungen politischer Gegner stehen lassen, sonst hätten sie ja nicht nachher noch im Rundfunk gelagt worden sein.

Wie die Dinge auch gedreht werden, es bleibt dabei, daß die Intendanten der Schlesischen Funkstunde, die für den Inhalt der Sendungen des Rundfunks verantwortlich sind, in welchem Umfange verlagert haben und mit schuldig sind, daß der Rundfunk in diesem Falle auf das Niveau einer Kaschemme heruntergedrückt worden ist.

Schwenkung Herriots

Er ist gegen die Aufhebung der Reserveübungen und will die Sozialisten los werden — Kleine Mehrheit in der Finanzfrage

Paris, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht)
Die französische Kammer hat am Dienstag vormittag um 11 Uhr nach fast 20stündiger Debatte die Finanzvorlage mit rund 50 Stimmen Mehrheit angenommen. 305 Abgeordnete stimmten für die Regierung, 170 gegen sie. 125 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Die Regierungsmehrheit löst sich zusammen aus der radikalen Fraktion mit Ausnahme von ein oder zwei Mitgliedern (rund 158), der radikalen Linken (45), den Sozialrepublikanern (25), einigen 30 Mitgliedern der beiden Fraktionen der unabhängigen Linken, etwa 20 Linkrepublikanern (Fraktion Flandin), 15 katholischen Demokraten, einigen Mitgliedern der Radikalspartei und zwei oder drei Sozialisten. Die Minorität besteht aus Sozialisten mit Ausnahme der erwähnten zwei oder drei Mitglieder (129), den Kommunisten (10), der Partei der Arbeitereinheit (9), einigen Mitgliedern der unabhängigen Linken, einem Teil der Fraktion Marin und der unabhängigen Rechten. Stimmenthaltung übten Mitglieder der unabhängigen Linken, ein Teil der Gruppe der Linkrepublikaner, die Fraktion Lardieu (36), die Fraktion Bernot (18), die große Mehrheit der Fraktion Marin (etwa 35) und der unabhängigen Rechten (etwa 10), sowie die Elzévier und die Gruppe der sozialen und wirtschaftlichen Aktion.

Die Haltung Herriots in der Frage der Reserveübungen, die diesen Mehrheitswechsel herbeiführt hat, ist nicht, wie man annehmen könnte, durch einen Zufall während der Debatte bestimmt worden. Man hatte erwartet, daß die Regierung angeht die Haltung der Radikalen, die ursprünglich zum größten Teil für die Abschaffung der Reserveübungen waren,

nicht die Vertrauensfrage stellen würde. Man hatte damit gerechnet, daß der Senat den betreffenden Artikel ablehnen würde. Für diesen Fall war man sich bei den Linksparteien bereits im Stillen über eine Transaktion einig geworden, die darauf hingielte, die Reserveübungen nur zu verkürzen. Die Regierung wäre also niemals in Gefahr gekommen.

Die Forderung der Politik Herriots ist bewußt erfolgt. Tatsache ist, daß dem Ministerpräsidenten, dem nie an der Zusammenarbeit mit den Sozialisten etwas gelegen war, die Unterstützung der Sozialisten wegen ihrer abweichenden Auffassungen in der Finanz- und in der Währungsfrage, die ihn in Zukunft zu häufigen Konzeptionen hätten veranlassen müssen, nicht mehr erwünscht war. Er hat daher bei der ersten Gelegenheit auf die Unterstützung der Sozialisten verzichtet. Kriegsminister Paul Boncour und Finanzminister Germain Martin haben ihn in dieser Auffassung gestärkt, der eine vom militärischen, der andere vom finanziellen Standpunkt aus. Vor den Wahlen könnte diese neue innerpolitische Situation der Regierung nur dann gefährlich werden, wenn sie sich angeht das künftige Ergebnis der Finanzvorlage genötigt sehen sollte, die Kammer um die Genehmigung zur Ausgabe neuer Schatzbons zur Deckung des Bedürfnisses der Staatskasse zu bitten. In diesem Falle wäre es sehr leicht möglich, daß ein großer Teil der Abgeordneten, die sich am Dienstag der Stimme enthalten haben, gegen die Regierung stimmen würden. In der Außenpolitik dürfte der Regierung dagegen keine Gefahr drohen. Die vorgelegene außenpolitische Debatte wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht stattfinden.

Der Senat, dem der Budgetminister am Dienstag nachmittag die Finanzvorlage überreichte, hat beschlossen, die Vorlage erst am Freitag zu diskutieren. Die Kammer hat, da ihr die Absicht des Senats bekannt war, die zweite Lesung der Finanzvorlage auf Sonnabend vertagt. Sobald sich Kammer und Senat über einen einheitlichen Text geeinigt haben, wird die Regierung das Schlußwort verlesen.

Vorgeschnack des Dritten Reiches

Nazi-Regierung verbietet Dessauer „Volksblatt“ auf 10 Tage

Den Notverordnungsstufen und Salzsteuerleistungen ist ein neues Opfer überreicht worden. Das Nazi-Ministerium von Reich hat das sozialdemokratische Dessauer „Volksblatt“ für zehn Tage verboten.

Dessau, 12. Juli (Eigener Drahtbericht)
Der Verbot des von der anhaltischen Nazi-Regierung auf zehn Tage verbotenen sozialdemokratischen „Volksblatts“ hat gegen das Verbot Bescheid eingelegt.

Das Verbot wird begründet mit einer Kritik an dem Urteil des Reichsgerichts, das ein Verbot des „Vorwärts“ und der „Kölnischen Volkszeitung“ für zulässig erklärte, mit einer Kritik an dem allgemeinen Treiben der SA-Fordern und einer Darstellung des „Volksblatts“ über das Wüten der Dessauer SA in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag. Diesem Treiben fiel ein Reichsbannerführer zum Opfer.

Macdonald über Lausanne

London, 12. Juli (Eigener Drahtbericht)
Im englischen Parlament berichtete Macdonald am Dienstag vor gedrängt vollem Hause über das Lausanne-Abkommen. Er betonte, daß es sich um eine Endlösung der Reparationsfrage handele, die irgendeiner wirtschaftlichen Schwierigkeit der letzten Jahre zugrunde gelegen, und alle Staatsbudgets in Europa verfallt habe. Solange durch die Befestigung der Reparationen nicht die Stellung Deutschlands als eines Elementes im Weltmarkt geklärt sei, gäbe es auch für England keine Erlösung.
Macdonald erwiderte dann auf Anglistische Churchill, der am Montag in einer Unterhausrede dargelegt hatte, man hätte vor dem Abschluß einer europäischen Reparationsregelung den Ausgang der Wahlen in Amerika abwarten müssen. Er, Macdonald, habe auf Wahlen solange gewartet, bis seine Schuld am Ende gewesen sei. Der lange Zeitraum zwischen der Baseler Expertenkonferenz, die die Dringlichkeit einer Lösung betonte, und Lausanne gereichte niemand zur Ehre. Jedemal, wenn man an das Problem herangehen wollte, habe ihm irgend eine Wahl im Wege gestanden. Auf die amerikanischen Wahlen habe man nicht auch noch warten können.

Macdonald sprach dann von den Schwierigkeiten, die sich daraus ergaben, daß Reparationen und Kriegsschulden sowohl von Amerika als auch von Deutschland als getrennte Fragen angesehen werden. Herr von Papen habe stets gegenüber Macdonalds Vorstellungen sich grundsätzlich auf den Standpunkt gestellt, daß Reparationen und Kriegsschulden nichts miteinander zu tun haben. So habe Amerika nicht herangezogen werden können, und die Europäer müßten zunächst einmal ihr Haus allein in Ordnung bringen. Auf Churchills und die in der Presse gedruckten Vorwürfe über die geheimen Abmachungen, welche die Mächte über die Ratifizierung getroffen hätten, indem sie von der Lösung der Schuldfrage mit Amerika abhängig gemacht wurde, erwiderte Macdonald, er habe in der Schlussrede in aller Offenheit und in Anwesenheit der Journalisten auf eine Frage Papens erwidert, daß im Falle einer Ratifizierung des Lausanner Abkommens eine neue Konferenz notwendig werde, daß man also Deutschland nicht aus dem Hauptkampf ausschließen lassen werde. Über Amerika sagte Macdonald, er sei überzeugt, daß kein Volk der Erde so bereit wie das amerikanische sei, den Engländern aus ihren Schwierigkeiten herauszuhelfen, obwohl sich die Amerikaner bisher zu nichts verpflichtet haben.

Macdonald schloß mit dem Hinweis darauf, daß in Lausanne Europa nur seine internen Fragen geklärt hätte. England habe vielleicht auf dem Papier Geld gekostet, aber es habe die Möglichkeit eine Chance zur Erholung gegeben. Die Vorbereitungen hätten bereits begonnen für den nächsten Teil der Konferenz, nämlich der Weltwirtschaftskonferenz, wozu man sich an ihr beteiligen. Sie werde nicht in Genuß kommen.

Erster Erfolg der belgischen Arbeiter

Getreidezollvorlage fallengelassen — Ausdehnung des Streiks Auch die christlichen Arbeiter für die Forderungen der Sozialisten

Der Streik im belgischen Indusriegebiet breitet sich am Dienstag auf eine Anzahl Betriebe des Glas-, Eisen- und Kohlenindustrie aus, auch Steinbrüche noch nicht betroffener Gebiete in Südbelgien, Flandern und in der Nähe von Brüssel wurden hinzugefügt.

Am Dienstagvormittag tagte der sozialistische Generalrat in Brüssel im Volkshaus. Nach eingehender Aussprache wurden die Forderungen der Arbeiterbevölkerung in einer Entschließung niedergelegt. Sie entsprachen im wesentlichen den von den Arbeiterorganisationen des Streikgebiets gefassten Beschlüssen. Es sind: Verbot der Zwangsverpflichtung, Schluß mit jedes Verarmens der Höhe und der Gewerbesteuerunterstützungen, Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheiten, so daß kein Arbeiter dauernd arbeitslos bleibt, schließliche Arbeitswoche.

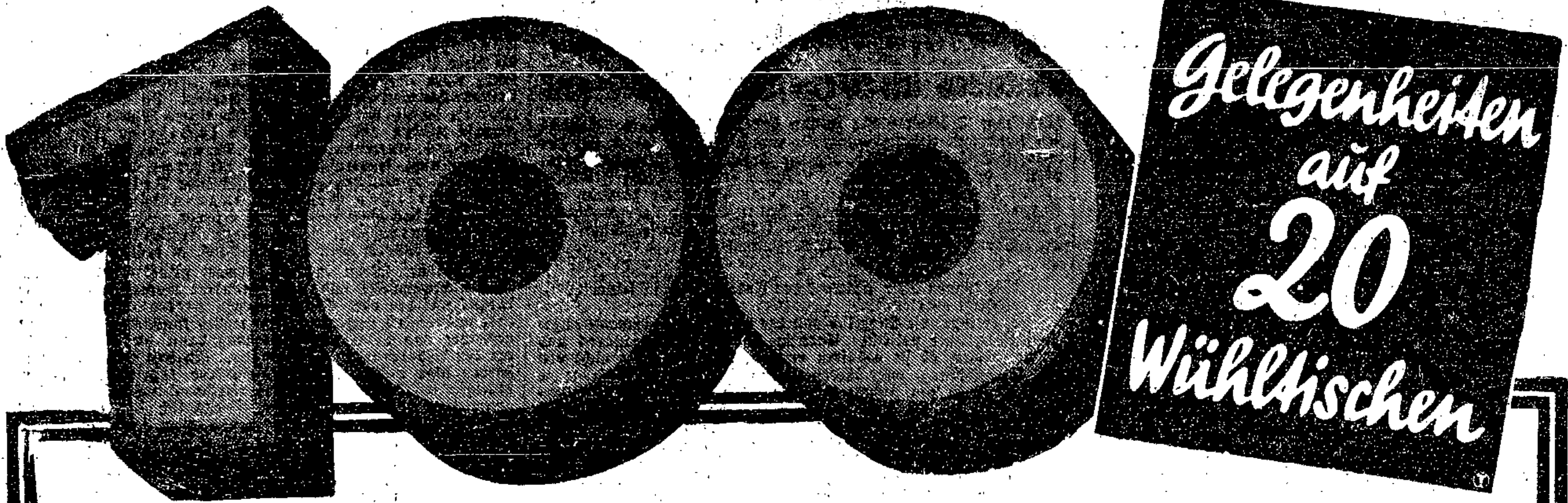
Am Nachmittag kam in der Kammer eine große Interpellation zur Verhandlung. Der Verarbeiterführer Delattre begründete die Forderungen der Arbeiter. Der katholische Arbeitsminister, der sofort antwortete, zeigte sich verständnisvoll und versprach, sofort Verhandlungen mit den Gewerbetreibern einzuleiten, um zu einem Einvernehmen zu kommen. Der Führer der christlichen Gewerkschaften erklärte sich mit den sozialistischen Forderungen in weitgehendem Maße solidarisch. Eine gewisse Übereinstimmung besteht, daß auch der liberale Führer Devesje, der zu Unternehmern Beziehungen unterhält, eine außerordentlich arbeitsfördernde Rolle spielt. Offenbar haben die ersten Ergebnisse in den Streikgebieten auf das Bürgerium und die

Regierung einen tiefen Eindruck gemacht und ihnen die Notwendigkeit entsprechender Zugeständnisse nahegelegt. Weniger verständlich zeigte sich Ministerpräsident Mertin, der zwar nicht in herausforderndem Tone, aber immerhin nachdrücklich erklärte, die Regierung sei entschlossen, Rücksichten gegenüber mit allen Mitteln und der größten Festigkeit einzusetzen.

Insmerhin wäre es bei der offenbar durch Furcht eingegebenen Verlässlichkeit der bürgerlichen Parteien und der Regierung beinahe gelungen, eine fast einstimmige Entschließung der Kammer herbeizuführen, wenn die Katholiken und Liberalen in ihrem Entwurf nicht der Regierung das Vertrauen der Kammer für ihre Haltung hätten aussprechen wollen. Dafür waren die Sozialisten natürlich nicht zu haben. Sie bestanden auf der Abstimmung über ihre Entschließung. Da aber die katholisch-liberale Mehrheit bei der Abstimmung in der Arbeiterschaft es nicht wagte, eine sozialistische Entschließung niederzukommen, wurde von der Abstimmung am Dienstag abgesehen um bis zum Mittwoch einen weniger gefährlichen Abschluß der Kammerdebatte zu ermöglichen.

Zwischen hat die Arbeiterschaft einen ersten Erfolg zu verzeichnen. Die Gewerkschaften haben am Dienstag die Vorlage bezüglich der Getreidezollvorlage auf unbestimmte Zeit zu verlagern. Die Protestaktion ist damit abgelehnt. Der Generalrat der Arbeiterpartei wird im Laufe der Woche noch einmal zusammentreten, um im Lichte der Beschlüsse der Regierung und des Parlamentes zu der weiteren Entwicklung der Streikbewegung Stellung zu nehmen.

Wohl möglich ist nicht einmal



Große Posten
Waschkunstsiden-Druck
licht- und waschecht, modernste
Muster, in riesi-
ger Auswahl
Meter 0.58, 0.38 **0.28**

Extra billig!
Gerstenkorn-Handtücher
schwere, saug-
fähige Qualität,
ca. 45x100 cm **0.38**

Ein Sonderposten
Jumperschürzen
aus einfarbigem oder
gestreiftem Stamosen,
zum Ausschneiden **0.48**

Jumperschürzen
aus guten, waschrechten
Stoffen, neue Dessins,
hübsche Ausführungen **0.95**

Wirtschafts-Schürzen
aus gestreiftem Sta-
mosen, große Form,
praktisch und solide **1.95**

Außergewöhnlich billig!
Hauskittel
ohne Arm, aus einfarbigem Zejir, mit
bunter Blenden-
Garnitur und
2 Taschen **1.25**

Collinik
einfarbig und gemustert, licht- und
waschecht, der prak-
tische Sommerstoff
Meter 0.38 **0.58**

Eine Preis-Sensation!
Damast-Handtücher
schweres, solides
Halbleinen,
ca. 48x100 cm **0.48**

Ein Fabrikposten
Damenstrümpfe
feinfädige künstliche Waschseide,
hochwertige Qualität,
ff. Wahl, alle Mode-
farben **0.78**

Etwas Außergewöhnliches!
Damenschlüpfer
Kunstseide, Crêpe
oder glatt, in zarten
Wäschefarben **0.95**

Restposten
Sport-Slipper
für Herren, reine
Wolle, schwere Strick-
art, meller! **1.65**

Extra billig!
Einsatzhemden
feinfädige, weiße
Baumwolle mit wasch-
echten Einsätzen,
Größe 4-6 **0.98**

Riesig billig!
Crêpe Marocain
ca. 96 cm breit, solide Kunstseiden-
qualitäten, schwarz,
weiß und alle Mode-
farben, Meter 1.78 **1.38**

Ein Fabrikposten
Crêpe de chine-Druck
ca. 100 cm breit, garantiert reine
Seide, feinfädige
Qualität, neueste
Muster, Meter 2.45 **1.95**

Mädchen-Kleider
aus einfarbigem und gestreiftem
Zejir in der beliebten
Sattelform
für 1-3 Jahre **0.48**

Mädchen-Kleider
aus Zejir und Indan-
threisstoffen
in schönen Farben,
für 1-12 Jahre **0.95**

Wanderhosen
für Knaben, aus
festem, strapazierfähi-
gem Molekin **1.95**

Ein großer Posten
Untertailen
solider Wäschestoff mit Spitzen oder
Stickerel, zeld gar-
niert, 3 Serien zum
Aussuchen **0.38**
0.95, 0.65

Weit unter Preis!
Marocain-Druck
ca. 96 cm breit, modernste Muster
auf bester Qualität,
hell- u. dunkelgründig
Meter 2.48 **2.28**

Ein Posten
Waschmusseline
frische Dessins, unsere
bekannt guten, wasch-
echten Qualität, Met. **0.29**

Ein Fabrikposten
Unterkieider
Kunstseide oder Charmeuse, mit
schönem Motiv, nur
gute Qualitäten, z.T.
mit kleinen Fehlern **1.88**

Sonderangebot!
Charmeuse-Unterkieider
schöne, dicke Qual.,
z.T. mit Handarbeits-
moliven, großes Far-
bensortiment **3.90**

Ein großer Posten
Kunstseiden-Compiets
Rock und Oberteil mit
reizender eingearbei-
teter Spitze garniert **1.95**

Taghemden
Trägerform, m. groß.
zarten Stickerelmotiv,
Stickerelansatz und
Stickerelträgern **1.45** **0.98**

Etwas Außergewöhnliches!
Crêpe Georgette
handgespritzt, ca. 96 cm breit,
erzückende Dessins
auf bester Grund-
ware **2.68**

Ein Sonderposten
Touringstoffe
der beliebte Ober-
semdstoff, 85 cm br.,
moderne Musterung,
Meter **0.29**

Knaben-Schillerhemden
aus gestreiftem
Zejir, z.T. mit Binder
Größe 60
Steigerung 15 Pfg. **0.78**

Ein Posten
Burschenhemden
aus gestreiftem Zejir,
offen und geschlossen
zu tragen, Gr. 85-90 **0.95**

Extra-Posten
Damenkleider
aus Nessel, fertig
genäht, z. Aussäcken,
moderne Muster,
Größe 44 **1.25**

Küchen-Überhandtücher
In den modernen Spann- und Kreuz-
stichmusteri vorge-
zeldnet, mit farbiger
Bordüre, 60x120 cm **0.95**

Wenn Sie diese Angebote gelesen haben, werden Sie es nicht für möglich halten, daß Sie zu so enorm billigen Preisen auch wirklich gute Qualitäten kaufen können. Sehen Sie sich unsere Schaufenster an! Kommen Sie zu uns! Überzeugen Sie sich von der Güte unserer Ware!

T I E T Z

Nach kurzem Leiden verstarb unser
früherer Mitarbeiter, der Pensionär
Wilhelm Stammwitz
im Alter von 72 1/2 Jahren.
Sein Andenken werden in Ehren halten
Die Kollegen und Kolleginnen der
Wassermesser-Fabrik H. Meinecke A.-G.
Breslau-Carlowitz.
Beerdigung: Donnerstag, den 14. Juli,
16 Uhr, von der Halle des Paulus-Fried-
hofes in Cosel.

Statt Karten,
Am 11. Juli verschied nach kurzem, schwerem
Leiden, jedoch erwartet in der Blüte ihres Schattens
meine herzensgute, lebenslustige liebe Frau, Mutter,
Tochter, Schwester, Schwägerin und Taute
Frau Martel Roß
geb. Lehmann
acht Tage nach ihrem 74. Geburtstag.
In Gelbes Schürzi
Breslau, Lehnweg 17, Hubbard (Ohio) U.S.A.
Herr Roß als Opa
und Tochter Elisabeth als Gdten
Karoline Lehmann als Mutter
Bertha Müller u. Frau Emma geb. Lehmann
Fritz Arndt u. Frau Anna geb. Lehmann
Einsparung: Freitag, nachmittags 5 Uhr, im
Krematorium Gdtschen.

Rechtschutz u. Beratung
Rechtsanträge, Schriftsätze,
Erledigung sämtlich beförderlichen
und rechtlichen Angelegenheiten
Häufigerstraße 99, parl.

Deutscher Bauwerksbund
Am 10. Juli 1932 starb durch Unglücksfall unser
langjähriges Mitglied, der Fabrik:
Richard Schöneich
im Alter von 51 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Bauwerkschaft Breslau.
Einsparung: Freitag, den 15. Juli, 13 Uhr, im
Krematorium Gdtschen. 2145

Am 10. Juli verschied unser Mitglied, die Wittwe
Auguste Pfaffe
im Alter von 63 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!
Sozialversicherungsamt
Ostvorwerk Groß-Breslau
Beerdigung: Donnerstag, den 14. Juli, nach-
mittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des alten
Berliner Friedhofes, Hallesche Straße 3167
Trauerhaus: Strahlenberg, Str. 41, Dierich 40.

Schmerzlicher Nachruf
zum Todestag meines ungeliebten Bruders,
Schwagers und Bräutigams, des **Zimmerers**
Kurt Plunke
Schlafe wohl und ruhe in Frieden,
Du lieber, guter Bruderherz;
In der Ferne viel zu früh von uns geschieden,
hat uns gar groß das Leid und auch der Schmerz.
In schwerer Krankheit wirst Du geduldet und
müde.
Glücklich, wenn bei Dir waren Deine Frau und
Deine Lieben;
Hast lieblich gelächelt und gelbt es nie zu,
Denn gesund warst Du, lieber Bruder, der Frieden
und die Wohl-
Das untröstlichen Angehörigen und Braut.

2120 **Zurück**
Dr. med. Kwilecki
Magen-, Darm-, Stoffwechselkrankheiten
Rang 24 Sprechstunden 9-11 u. 5-7 Uhr

Zurückgekehrt Dr. Koltowski
Frauenarzt
Tanzenzienplatz 7
Telefon 55819 12-2, 4/1-7

Gäbelbons, klarweißes Glas
5 Liter 10 Liter 25 Liter
unbeflechten 0.90 1.25 1.50
in Reben 1.90 2.85 3.45
„Verina“-Verkaufskontor, Berliner Straße 59

**Brauchst Du Geld,
Sel ohne Sorgen,
Leihhaus Wachtel
Wird dir borgen**
Geld auf Pfänder aller Art
Schmiedebrücke 64/65, 1. Etage - Tel. 24219

? Sind Sie nerventrannt ?
Zeiden Sie an Verlebensverfaltung, Gicht, Rheuma, Ischias,
Magen-, Darm-, Herzbeschwerden, Neuralgien, Asthma, Nieren-
und Sehschwächen, Krampfadern und offenen Beinen?
**Wollen Sie in Tagen Ihre Stuhl-
verstopfung beseitigt haben?**
Wir zeigen Ihnen völlig Neues auf diesem Gebiete.
Keine Störungen der Verdauung, Gesunder Schlaf.
Wirklich billigte, natürliche Heilweise.
U
U
Eintritt frei!
Nur für Erwachsene!

Schlafmangel,
Eiche mit Kugeln, 180 cm br.
seiten apertes Modell
vollst. kompl. RW. 589.-
S. Brandt & Co.
Gartenstraße 65, I.
(neben Capitol)

Bargeld
sofort auf
Motorräder, Fahrräder
Nähmaschinen
Schreibmaschinen
Radioapparate pp.
Keine Einstellgebühr
Leihhaus Hubensir. 24
Tel. 53319

Preiswert
2 moderne
Bettstellen
dunkel poliert, mit
Patent u. **125.-**
Aufflage
Teilzahlung gestattet
Giesel
Breite Straße 42

Breslauer Nachrichten

Bg.-Zigaretten

Viel Qualem um eine Uniform

Ein richtiger Bg. muß auch die richtige Bg.-Zigarette rauchen. Fünf Sorten gibt es, die billigste ist „Trommler“ zu 3/4 Pf. Die anderen sind „Marm“, „Salila“, „Sturm“ und „Neue Front“.

Dass man sich das Dritte Reich errauchen kann, sagten wir schon. Man raucht nach Punkten, und zwar in sechs Abteilungen. Wer sechs Trommler raucht, hat 1/2 Punkt erreicht.

51 verschiedene Gegenstände kann man in Abteilung I errauchen, dann aber hat man sicher alles nötige beisammen, was zu einem richtigen Bg. gehört.

Die Abteilung IV ist zum Klugwerden. Bei 75 Punkten gibt es ein Sammelalbum „Deutsche Uniformen“.

In Abteilung V raucht man für die S.A.-Sanitätsausrüstung und in Abteilung VI für Schallplatten.

Aber noch ein Mittel hatten die Nazis bereit, um für ihre Zigaretten zu werben. Sie drängen sich den Zigarettenhändlern auf die Schaufenster gratis zu dekorieren.

Rechenkünste des Generalers

Vom Generaler, von dem man ja schon mancherlei gewöhnt ist, wurde gestern wieder einmal der Betweis geleistet, wie unteilweislich seine Zahlen von der Propagandafabrik des Monats bringt.

Das Gebiß verfrachtet

Vor einigen Tagen hat ein in der Allenstraße wohnender 51jähriger Bürodienst August J. sein künstliches Gebiß verfrachtet und mußte sofort ins Allerheiligenhospital gebracht und operiert werden.

Massentundgebungen der Eisernen Front

Schießwerderaal lange vor Beginn überfällt — Paralleltundgebung im Garten notwendig — Drügemüller, Buchwitz und Mache über unseren Abwehrkampf

Schon gegen 6 Uhr leuchte ein Strom von Menschen zum Schießwerder hin ein. Als um 7 Uhr Genosse Bieffe mit seiner Musikhar ein munteres Konzert begann, war der Saal bereits so gut besetzt, daß Vorjorge für eine Paralleltundgebung getroffen werden mußte.

Landtagsabgeordneter Drügemüller

Selten war eine Generation vor so schwere Aufgaben gestellt, als wir. Täglich tauchen neue Sorgen auf, es wäre aber verfehlt, sie gütziggeben als Schicksal hinzunehmen.

Recht hat es die Reaktion verstanden, junge Menschen erneut für eine Kriegspolitik einzulassen. Sie hätte es eine solche reaktionäre Setze geben können, wenn diejenigen, die den Krieg begonnen und verloren haben, auch Frieden schließen und erst dann hätten abtreten müssen.

Die letzte Wahlvorbereitung der Sozialdemokratie ist zur Niederlage des ganzen Volkes geworden. Mit Riesenschritten ist lediglich die Statthalterin der Nazis. Die regierende Barone gehören zu den Nazis, auch wenn sie kein Parteibuch in der Tasche haben.

Aus Liebe zum Volk und Vaterland dienen wir dem Frieden. Der Vorwurf, daß der internationale Gedanke uns zu höchsten Deutschen mache, ist lächerlich.

Aber um wieviel wohler wäre der gesamten Menschheit, wenn die irtzinnige Grenzziehung nicht wäre. Der Mütter Tränen um ihre im Krieg gemordeten Söhne sind gleich heiß in Deutschland und Frankreich, in England und Italien.

Reichstagsabgeordneter Buchwitz

Wir erleben einen Wahlkampf der ohne gleichen in der Geschichte ist. Jeden Tag fliebt Blut. Wo ich leoben war, ist heute einer von den vier Verlebten verblieben.

Kampf mit aller Energie zu führen. Den Klassenkampf nun unten jehen wir gegen das Regime von oben. Nachdem die Nazis jahrelang „Deutschland erwache“ geschrien, haben sich die Gräber geöffnet, und die Barone und Freiherren sind daraus wieder ans Licht getreten.

Im Rundfunk hat Papen gesagt, die neue Regierung müsse nach ihren Taten beurteilt werden. Gut, tun wir das! Beurteilen wir die Regierung nach ihren Notverordnungen.

Wir merken nichts von einem Abbau bei Ministern, Großenkammern und Generaldirektoren. Nicht der Armut des Volkes hat sich der Staat anzupassen, sondern die Armut ist durch Ueberwindung des Monopolkapitalismus zu befeigen.

(Stürmischer Beifall.) An die Mittelständler wollte ich die Frage richten, ob sie sich den Beginn des Dritten Reiches so vorgestellt haben, daß sie Umlagesteuer zahlen müssen.

Doch in Berlin habe ich in einem Schaufenster ein wunderbares Bild von Adolf Hitler gesehen, mit einem Zettel: „Veräußert!“

(Stürmische Beifall.) Was uns die Papenregierung aus Papennehm heimgebracht hat, ist auch kein Gottesgeschick. Damit Papen Erfolg gehabt hat, ist es nicht sein Erfolg.

Der Kampf ist schwer, Late fallen jeden Tag, Führer und Gefolgschaft müssen eng zusammenstehen. Wir haben uns durch zur Freiheit!

Parallel-Tundgebung

Die Parallelversammlung, die anfänglich im kleinen Saal stattfinden sollte, mußte in den Garten des Schießwerders verlegt werden, denn nachdem sich auch der kleine Saal bis auf den letzten Platz gefüllt hatte, harrten noch immer weit über tausend Menschen im Garten.

Genosse Karl Mache

Er bezeichnete die Ereignisse der letzten Tage, die sich besonders in unserem Bezirk abgespielt haben, als eine Anklage gegen die Reichsregierung, die mit der Aufhebung des Uniformverhaltens zugleich die blutigen Auseinandersetzungen heraufbeschworen habe.

Genosse Mache wies auch darauf hin, daß man für die meisten Volksgenossen das Fühlbarwerden der letzten Notverordnung noch sehr gefühlt bis hinter den 31. Juli hinausgeschoben habe.

Die Verhandlungen von Langsanne und ihr Ergebnis sind nichts anderes, als eine Fortsetzung der von der deutschen Sozialdemokratie seit 1919 betriebenen Arbeiterpolitik, die von den Nationalsozialisten aller Schattierungen zwar bisher immer als landesverräterisch beschimpft worden ist.

Die mit stürmischer Begeisterung aufgenommene Rede Klug aus in einem Appell, mit aller Kraft zu wirken, daß der 31. Juli ein Gerichtstag werde, wie sich ihn die anderen noch nicht träumen lassen.

Als weiterer Redner sprach Johann Genosse Drügemüller, Berlin, dessen Ausführungen ebenfalls mit stürmischem Beifall aufgenommen wurden.

Als abschließend Genosse Kallieskowski Gedankworte für den seinen schweren Verletzungen erlegenen Genossen Tille aus Kiettenbors sprach, erhoben sich die im Garten versammelten Massen schweigend von ihren Plätzen.

Advertisement for CLUB cigarettes. Text: 'Nicht Stückzahl, sondern Grösse und Qualität entscheiden. CLUB hat gesetzlich zulässiges Höchstgewicht und ist Deutschlands anerkannt beste 31 Pfg.-Zigarette. Der Umsatz beweist es.' Includes an image of a cigarette pack.

Aus Schlesien

Freiheitspfeile über Schlessien

Wir lesen in der Berliner „Welt am Montag“:

Selbst in Schlesien, einer der Domänen der Nazis, haben die Freiheitspfeile in kurzer Zeit das Halenkreuz zurückgedrängt. Das sahen wir deutlich bei einer kurzen Erholungsfahrt, die uns in den ersten Juli-Tagen mit dem Auto von Görlitz über Hirschberg quer durch das Riesengebirge, das Eulengebirge und das Glazier Gebirge führte. Das Auto trug neben der schwarzrotgoldenen Flagge selbstverständlich den roten Freiheitswimpel mit den drei Pfeilen.

Den ersten Beweis, daß die drei Pfeile und der Freiheitsruf sich die Herzen der freiheitsliebenden Bevölkerung im Sturm erobern hat, erhielten wir bei der Einfahrt in Görlitz. Unser Auto erregte überall freudiges Aufsehen und wurde jeden Augenblick mit dem Freiheitsruf begrüßt. Erwachsene und Kinder fanden sich zusammen, um uns bei einem kurzen Aufenthalt an einem Verkehrspunkt für mündliche Ovationen darzubringen.

Die weitere Fahrt vervollständigte den Eindruck, daß das bis vor kurzem das Straßenbild allein beherrschende Halenkreuz auf die erfolgreiche Konkurrenz der Freiheitspfeile gestochen ist. Ob auf stiller Landstraße, in kleinen abgelegenen Dörfern und Städten, oder in großen Industrieorten, überall daselbe Bild: Freiheitskämpfer, die mit Stolz das Dreipfeile-Abzeichen tragen, die Gefinnungsgenossen mit dem Freiheitsruf begrüßend. Halenkreuzler und Spiegelschleifer, die sich nicht vorstellen konnten, daß die Freiheitspfeile sich so schnell und umfassend durchgesetzt haben und die das Maul aufgesperren, ob des ihnen unheimlichen Gefühls, den schon tot gelaubten Feind so kraftvoll auftreten zu sehen.

Wir hatten viel Freude an der schönen schlesischen Landschaft, an den ausgedehnten Bergen, die auf gut gepflegten Wegen mühelos zu erreichen waren. Am meisten aber freute es uns, wenn wir in wechselliegenden Gegenden auf Gefinnungsgenossen stießen, denen wir mit dem Gruß aus der fernen Großstadt das Gefühl der engen Verbundenheit der Kampfgenossen allüberall übermitteln konnten. Eins bleibt uns unergötzlich: der strahlende Blick eines 19-jährigen Zimmergesellen, der uns in Friedland den Weg zum Verkehrslokal der Eisernen Front weisen konnte. Drei Jahre arbeitslos, ohne Unterstützung, weil im Hause der Eltern wohnend, war er stolz auf Vorposten ein tapferer Kämpfer in der Eisernen Front sein zu dürfen. Und nicht minder erhebend war unser Gefühl, als uns auf einsamer Landstraße im Glazier Gebirge ein Kirchenschüler stolz „Freiheit“ rief und uns von den Fortschritten der Eisernen Front auch in diesem dunklen Teile Schlesiens berichtete.

Freiheit! Das war das Zeichen und der Gruß, der uns begleitete und uns das Gefühl gab, mit der Erholung auch der Propaganda für den Kampf um die Freiheit gedient zu haben.

Waldenburg. In der Talspalte ertrunken. Als zahlreicher junge Leute, die im neuen Eisenbahner-Sportheim „Brüder Born-Boude“ in Annau zur Erholung weilen, in der Talspalte badeten, versank plötzlich ein 17-jähriger junger Mann aus Gleichitz vor den Augen seiner Freunde im Wasser. Trotz sofortigen Tauchens konnte er nicht gerettet werden. Auch seine Leiche konnte trotz stundenlangen Suchens nicht geborgen werden.

Landeshut. Der Kindesmörder nicht gelteskrank. Der Gewerbelehrer Lehmann, der wegen Tötung seines neugeborenen Kindes vor einiger Zeit verhaftet worden ist, ist in einer Heilanstalt auf seinen Geisteszustand untersucht worden. Nach dem ärztlichen Gutachten ist er für seine Tat voll verantwortlich.

Kreuzburg. Raubüberfall auf einen Milchfutler. Zwischen Ober-Kreuzburg und Magdort wurde der Milchfutler eines Magdorter Ritterguts von drei Räubern überfallen, die ihn mit Pistolen bedrohten und ihm 640 Mark Milchgelber raubten. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

Erwerbslose der Kreise Breslau und Neumarkt

Die Reservierung Bayern-Hitler jetzt dazu, daß ihr von Tag zu Tag der Hungerriemen enger schnallen muß. Die Erwerbslosen beider Kreise werden sich diese Ausbeutung, werden sich die Kränkungen nicht so ohne weiteres bieten lassen. Die Kreiserverwerbslosenausschüsse beraten deshalb hiermit zwei große Erwerbslosenversammlungen

für die Kreise Breslau und Neumarkt ein, und zwar für den Kreis Breslau Donnerstag, den 14. Juli, vormittags 10 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses.

Freitag, den 15. Juli, vormittags 10 Uhr in Neumarkt „Selber Löwe“.

Wir erwarten, daß sämtliche Erwerbslosen zahllos zur Stelle sind. Redner: Amts- und Gemeindevorsteher Kleinert, Klettendorf und Genosse Schiffer, Breslau. Die Wohlfahrts-erwerbslosen-Unterstützung wurde darauf noch einmal in heller Höhe ausgesetzt. Auch soll der Wohlfahrtsausgleich eingehende Anträge nochmals genau prüfen. Zu Störungen ist es nicht gekommen.

Aus der Umgebung

Dopfer der braunen Bestien

Kamerad Tille-Klettendorf seinen schweren Verletzungen erlegen

Im Krankenhaus in Rantitz ist gestern nachmittag der Reichsbannerkamerad Erdmann Tille aus Klettendorf seinen schweren Verletzungen erlegen, die er bei der am Sonntag von den Nazis auf eine Demonstration der Eisernen Front in Rantitz eröffneten Schießerei erlitten hat.

Kamerad Tille, der im 38. Lebensjahre stand, hat den Krieg mitgemacht, ist als Verwundeter heimgekehrt und mußte das Schicksal eines Wohlfahrts-erwerbslosen tragen. Er war verheiratet und hinterläßt eine Frau und ein fünfjähriges Kind. Bei der wilden Schießerei der Nazis traf ihn ein Bauchschuß, der die Därme dreimal durchschlug. Weiter wurde er noch durch einen Schuß in den Arm getroffen.

Als gestern nachmittag die Kunde von dem Blutopfer des Nazibanditentums in Klettendorf eintraf, wo Kamerad Tille als ruhiger und besonnener Mann bekannt ist, steigerte sich neben der Anteilnahme aller Kameraden der Eisernen Front auch die allgemeine Erbitterung gegen das Strolchtum, das eine Familie zerriß und einem proletarischen Kinde den Vater geraubt hat. Die Beerdigung des Kameraden Tille wird am Freitag nachmittag 16 Uhr von der Turnhalle in Klettendorf erfolgen.

Die Schuldigen von Rantitz

Die Meldung über den Tod unseres Kameraden Tille läßt schon erkennen, auf weissen Konto die Blutschuld von Rantitz kommt. Die braunen Hezer mögen sich auch darüber im Klaren sein, weshalb sie in der gestrigen Ausgabe ihrer „Schlesischen Tageszeitung“ ein besonders großes Geschrei anstimmten, in der Hoffnung, besondere Grobmäuligkeit werde die Spur verwischen. Wie frech und zugleich unvorsichtig sie bei ihren Lügen sind, erweist der Satz: „Der SA-Mann Schlenker sank ebenfalls von einem Oberheilmittel getroffen zusammen.“

Dazu stellen wir fest, daß im Rantitzer Krankenhaus ein Verletzter namens Schlenker liegt, der aus Breslau ist und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold angehört, dessen Funktionär er ist.

Die Nazis müssen also schon die von ihren Bestien niedergeborenen Kameraden der Eisernen Front zu SA-Männern pompieren, um den Beweis liefern zu können, daß sie Opfer gebracht hätten, die Schießerei also von den Reichsbannerkämpfern eröffnet worden sei.

Eine weitere grobe Fälschung ist das Bild einer Wohnung unter dem Titel „So wütet die Schutzgarde der Republik“. Augenzeugen, die zugleich mit der Polizei im Zimmer waren, versichern, daß es so nicht ausgesehen hat, wie es das Bild der Nazi darzutun sucht. Die Möbel sind vor der Aufnahme erst umgeworfen worden. Die Schußverletzung der Wohnungsinhaberin wird erklärt, wenn man weiß, daß sich die Frau mit den schließenden Nazis im gleichen Zimmer aufhielt. Auch die Auskunft des Arztes bekräftigt, daß der Schuß, der die Frau traf, aus den Pistolen der Nazis stammt.

In Klettendorf ist für Nazis kein Platz

Auf Sonnabend hatten die Nationalsozialisten nach Klettendorf in das Lokal Konrad zu einer Kundgebung eingeladen. Mit Rücksicht auf die Erfahrungen mit der NSDAP, aus jüngster Zeit wurde von der Polizeiverwaltung im Auftrage des Landrats die Auflage gemacht, daß an dieser Kundgebung nur Klettendorfer Einwohner teilnehmen dürfen. Die Nationalsozialisten können sich jedoch an Ordnung und Geleß nicht gewöhnen und so ließen sie SA-Leute aus Groß-Mogbern und Opperau kommen, wodurch die ihnen auferlegten Bestimmungen verletzt wurden. Hinzu kam, daß kurz vor Versammlungsbeginn der Feldhüter Marx von der Detonome Klettendorf mit der Schrotflinte auf dem Felde einen Jugendlichen angeschossen hatte, was eine ungeheure Erregung im Dorfe verursachte. Daraufhin bestellten die Nationalsozialisten Breslauer SA, nach Klettendorf, die unter Führung des berüchtigten Heines nach Klettendorf marschierten. Die dortliche sowie die Kreispolizei hatten mit Unterstützung der Breslauer Schutzpolizei dadurch alle Mühe, die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrecht zu erhalten. Heines mußte mit seinen SA-Leuten Klettendorf wieder verlassen ohne das Versammlungsort aufgesucht zu haben. Die Kundgebung selbst wurde von den Nationalsozialisten nicht abgehalten, weil der Besuch dieser Veranstaltung nicht lohnte. Annähernd 40 Einheimische hatten sich zu der Kundgebung eingestellt. Ein Trupp von SA-Leuten, der in das Haus des Uhrmachermeisters Pfeiffer eindrang, wurde dort von der Polizei gestellt und auf Waffen untersucht. Hierbei wurden zwei Knüttel, ein Ochsengiemer und ein Gummischlauch gefunden. Etwas später kam noch ein Auto mit SA-Leuten, das angeblich im Versammlungsort nach einem verwunderten Nationalsozialisten suchte.

Da aber kein Verwundeter vorhanden war, mußten auch sie wieder abgehen. Hierbei ist ihnen allerdings eine Flasche abgenommen worden, die zur Hälfte mit einer gelblichen Flüssigkeit angefüllt war und nach dem Öffnen trübige Gase enthielt. Die Klettendorfer Nationalsozialisten — 21 Männlein und Weiblein — wurden auf ihren Wunsch mit polizeilichem Schutz nach Hause begleitet. Das Verhalten der Nationalsozialisten erweckt den Eindruck, als wenn es ihnen darauf ankäme, unter allen Umständen die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gefährden. Deshalb erscheint es notwendig, daß die oberen Behörden diesem Treiben der Nationalsozialisten mehr Aufmerksamkeit schenken und mit anderen Mitteln gegen diese Leute vorgehen.

Rattwitz. Ein frecher Schwindler. Seit einiger Zeit treibt hier ein ganz geistloser Gauner sein Unwesen. Er reißt den Leuten vor, er sei Direktor der DPHilfe und verspricht ihnen bei Umschuldungen und bei der Ausgabe von Darlehen besonders behilflich zu sein. Natürlich hat eine Menge Menschen auf diesen gemauerten Schwindel hereingefallen. Natürlich waren sie um mindestens 20 Mark geködert.

Rähmel. Auch hier Naziprozessionen. Am Sonntag fand hier der von den Nazis bis in alle Einzelheiten vorbereitete deutsche Tag statt, selbst Dragungen der heiligen Nazis, daß die Funktionäre der Arbeiterkraft von Ortsrenten heraus-

geholt werden, gehörten zu solchen „Vorbereitungen“. Nach dem Propagandamarsch und der Totenehrung, bei der auch die Volkswacht herhalten mußte, machte sich ein Trupp von 18 Mann (1) provozierend auf den Weg und rief alle von anderen Parteien im Dorfe hängenden Plakate herunter, auch Rufe wie „Mißgöbelträger wurden gegen Arbeiter laut, die die drei Pfeile trugen. Es wurden bei dem Trupp auch Dolche gezogen, mit denen die Plakate entfernt wurden. Durch die Erregung, die im Dorfe entstand, wurde der Trupp mit Hilfe der Polizei gestellt, die Personalien feststellte und eine Visitation vorgenommen, bei der den Rufführer zwei Schlagringe und eine Pistole abgenommen wurde. Die Polizei ordnete nun Maßnahmen an, die ein weiteres Provokieren unmöglich machten, trotzdem aber legte sich die Erregung der Arbeiterkraft nicht, weil die Nazis nach den Maßnahmen der Polizei mit Rache drohten. Gegen 23.30 Uhr, als beim Abmarsch der Nazis dieselben am Dorfausgang einen Webersack pflanzten, kam es zu Ausschreitungen, bei denen zwei Polizeibeamte wie wild in die Arbeiter hineinschlugen und sie mit Schimpfwörtern, wie Hunde und Bande belegten. Dieser Vorfall zeigt wieder, daß sich die Arbeiterkraft noch fester wie bisher zusammenschließen muß, wenn nicht größeres Unheil angerichtet werden soll.

Rippen. Wir nehmen zur Kenntnis. Unterdrückung der Wahlpropagandaversammlungen. Herr Gastwirt Müller verlangt 500 Mark Hinterlegung beim Amtsvorsteher für seinen Saal für eine öffentliche Versammlung. Herr Gastwirt Linshert gibt seinen Saal nur rechtsstehenden Bewegungen.

Marxowitz. Vom Schulvorstand. In der Schulvorstandssitzung vom 11. d. M. wurde die Schulkassenrechnung von den Herren Sowitz und Pauer geprüft und für richtig befunden. Die von den Revisoren beantragte Entlastung für den Rechnungsführer Genossen Größer wurde erteilt. Der Haushaltsvoranschlag für 1932/33 für den Eigenschulverband wurde in Einnahme und Ausgabe von rund 10.000 RM. einstimmig genehmigt. Einer Versicherung der Schulkinder sowie der Lehrkräfte wird zugestimmt. Einige sehr notwendige Reparaturen am Schulgebäude sowie an den Lehrerdienerwohnungen müssen wegen Finanzschwierigkeiten bis auf weiteres zurückgestellt werden. Unter „Verschiedenes“ erfolgen einige Mitteilungen, nach denen der Vorsitzende die Sitzung schließen kann.

Sozialdemokratische Partei
Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 67, Gartenhaus (Hinterhaus), Zimmer 176-178
Telephon 7900, 7901
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-12 u. 4-10 Uhr

Arbeitsgemeinschaft Nord-Ost
Die Eiserne Front veranstaltet gemeinschaftlich mit Breslauer Reichsbannerkameraden am Sonnabend, den 16. Juli, einen Umzug über Steine, Margareth, Janowitz, Völkowitz, Jindel, Tschirne nach Janowitz, der auslöst in einer großen Wahlkundgebung bei Tschirne am Sonntag, abends 8 Uhr. Redner: Genosse Dr. Korn — Eintreten in Steine an der evangelischen Schule um 1/2 5 Uhr, Ende in Janowitz bei Tschirne gegen 8 Uhr. Nähere Abmarschzeiten und Marschordnung geben die Ortsgruppenführer bekannt. Die Ortsgruppenführer sorgen dafür, daß die Partei und Reichsbannerortgruppen pünktlich zu den besprochenen Zeiten an den bekanntgegebenen Sammelpunkten stehen. Volksgenossen, beteiligt euch in Massen, führt Frauen und Kinder mit.

Erwerbslose der Landkreise Breslau und Neumarkt
vergeht nicht die Erwerbslosen-Beisammung für den Kreis Breslau am Donnerstag, dem 14. Juli, vormittags 10 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses in Breslau. Für den Kreis Neumarkt am Freitag, dem 15. Juli, vormittags 10 Uhr, im Lokal „Selber Löwe“ in Neumarkt. Kein Erwerbsloser der beiden Kreise darf fehlen.

Kathföben. Unsere Aufmärsche finden nicht am Mittwoch, dem 13. Juli, sondern erst am Donnerstag, dem 14. Juli, statt. Zeiten und Ortschaften bleiben dieselben.

Rantitz. Freitag, den 15. Juli, 20 Uhr, im „Marshall Blücher“: Kundgebung der Eisernen Front. Redner ist Gewerkschaftssekretär Kramler.

Klettendorf. Freitag, den 15. Juli, 20 Uhr, bei Conrad: Öffentliche Versammlung. Redner: Genosse Ernst Zimmer.

Groß-Heidau. Freitag, den 15. Juli, 15 Uhr, bei Hante: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Schiffer.

Broth-Weide. Freitag, den 15. Juli, 20 Uhr, bei Schneider: Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Frankel.

Mithofnag. Freitag, den 15. Juli, 20 Uhr, bei Beinert: Öffentliche Kundgebung. Redner: Genosse Apfelstädt.

Sacrau. Mittwoch findet im Lokal Rantitz eine öffentliche Frauenkundgebung der Eisernen Front, 20 Uhr, statt. Rednerin ist Genossin Prochowik. Sorgt dafür, daß alle Sacrauer Frauen anwesend sind.

Peterwitz. Donnerstag, den 14. Juli: Öffentliche Kundgebung, 20 Uhr, im Lokal Giesel. Redner: Genosse Schiffer.

Brodau. Zur Flugblattverbreitung findet sich heute 18 Uhr alles beim Genossen Zigan ein.

Ottahin. Arbeiter-Kinderfreunde. Sonnabend, 21 Uhr, im Lokal von Erieger findet eine wichtige Elternversammlung der Rotfalken statt. Um 19 Uhr eine wichtige Befestigung dazu ist der Gesamtpartei Vorstand geladen. Rednerin: Genossin Kessenilow.

Ortsgruppe Herrmannsdorf-Kathen. Ausfahrt nach Schmolz am 17. Juli. Abfahrt 13.30 Uhr.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Breslau-Land/Neumarkt

Wannsee Bäre. Sonnabend, den 16. Juli, 20 Uhr, im Vereinslokal „Selber Löwe“: Wichtige Mitgliederversammlung. Bitte aller Kameraden, zu erscheinen, Schluß und Spielkarte notwendig.

Das ganze Haus macht mit...



Die Arbeiterkraft sagt zusammen: „Wie können wir das? Wäre nicht ich's her?“

Auf daß es endlich besser werde, Helft mit am Aufbau dieser Erde!

Man diskutiert. Erfolg! Soor groß! Frau Roth ist alle Marken los!

Schindluderer Spiel

Bauarbeiterstreiks in Südbaden oder was Hitlers können

Im Baugewerbe war es im Verlauf der jüngsten Arbeiterbewegung gegen den Lohnabbau zu einer Reihe von Streiks gekommen. Sie hatten unter gewerkschaftlicher Führung fast ausnahmslos Erfolg. Mit der Verbindlichkeitsklärung der neuen Lohnsätze war dieser Streikbewegung ein siegelförmiges Ende gekommen. Anders war der Verlauf der Dinge in Südbaden. Dort streikte man nicht, solange die Möglichkeit dazu bestand, sondern erst nachdem die Verbindlichkeit ausgesprochen war. Die Streikbewegung stand dort im Zeichen einer Nazi-Kozi-Einheitsfront.

Erfaßt waren von der Bewegung im wesentlichen sechs Stellen: Rheinstraßenwerk Klein-Klemb, Redarkaufstuf Hirschhorn und Rodenau, Eisenbahnbau Tuttlingen-Hattlingen, Rheinstraßenwerk Döberns-Abbruch und Schluchseewerk. Die Organisierten in der Gesamtbelegschaft waren in der Minderheit. Die Streiks wurden von den Kommunisten herbeigeführt. In der zentralen Streikleitung hatten jedoch plötzlich nicht die Nazis, sondern die — Nazis das Selt in der Hand weil sie noch gewissenloser gegen die Gewerkschaften gehen können als die Kommunisten; sie sind ja nicht umsonst bei den Kommunisten in die Schule gegangen.

Mit entsetzlicher Großsprecherei kratzt die Streikleitung auf den Plan

getreu der Hitlerparole: je größer das Maul, desto leichter der Singsang. Sie forderte zunächst Wiederherstellung des alten Lohnsatzes, später dann eine Grenzzulage von 1,10 Mark pro Arbeitstag, eine größere Streikentschädigung und dergl. mehr. Die Unternehmer zeigten an, kamen dann mit einem Gegenangebot heraus; die Streikleitung sah aber auf dem hohen Ross, und ihre Schützgarde ließ in den Belegschaftsverammlungen keine geheime Abstimmung über das Unternehmer-Angebot zu, das wahrscheinlich von den Streikenden angenommen worden wäre. Gewerkschaftsvertreter wurden zu diesen Versammlungen nicht zugelassen. Zum Glück — muß man sagen; denn jetzt können die Streikstrategen den Arbeitern nicht vorlegen, daß die Gewerkschaften an dem jämmerlichen Ausgang der Bewegung schuld seien.

So dienen die Möglichkeiten zur Einflußnahme blieb, war es für Bauarbeiter nicht zum Nachteil, so gelang es in Tuttlingen im Vertreter des Deutschen Bauergewerksbundes, bei einem Unternehmer eine Lohnerhöhung von 4 Pfennig herauszuholen.

Die Streikenden hatten einen schweren Stand. Sie konnten sich zum Teil nur dadurch über Wasser halten, daß die Geschäftsleute und Bauern Barmherzigkeit zeigten. Unterdessen haben die Nazis im württembergischen Landtag große Töne gegen die Arbeitgeber und gegen die Sozialdemokratie und Gregor Rasler wurde sogar zu einem Demonstrationzug nach Tuttlingen beordert, wo er großmütig den Streikenden 50 Mark von seinem Rednerhonorar überweisen ließ. Alle Großsprecherei und partielle Lohnerhöhung aber nicht verhindern, daß es mit der Streikbewegung bergab ging. Die Streiks in Klein-Klemb und an der Redarkaufstufen brachen schon nach kurzer Zeit zusammen. In Döberns-Abbruch, am Schluchseewerk und in Tuttlingen wurde es Wochen lang gestreikt. Die Unternehmer haben mit der Seelenruhe zu. Sie machten nicht einmal eine ernstere Anstrengung zur Anwerbung von Streikbrechern. Wozu

auch? Sie wußten, daß ein Nazi-Kozi-Streit unter Führung einer Nazi-Streikleitung ihnen bestimmt nicht wehtun werde.

Als der Karren richtig verfahren war, wimmerte die Streikleitung bei den Behörden um Vermittlung, und als auf Veranlassung des Landeschlichters Dr. Kimmich in Karlsruhe Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern einleiten sollten, erschienen plötzlich auch einige Mitglieder der zentralen Streikleitung. Die Gewerkschaftsvertreter weigerten sich, mit Döberns zusammenzuarbeiten, deren einziges Können nur in der Beschimpfung der Gewerkschaften besteht, und der Arbeitgebervertreter lehnte ein Verhandeln mit der Streikleitung ab, da er nur eine mit ordentlichen Vollmachten versehene und in geheimer Abstimmung gewählte Abordnung der Belegschaft als verhandlungsfähig anzuerkennen bereit war. Nun hat die Streikleitung in einem an den Landeschlichter gerichteten Brief förmlich darum, „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln“ den Konflikt beizulegen. Sie hatte — das geht aus dem Schreiben klar hervor — bereits all ihre Forderungen preisgegeben.

Was aber nun folgte, ist nichts anderes als ein Döckstoch gegen die Bauarbeiter. So hat, als in Karlsruhe die Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen unmittelbar bevorstehen, plötzlich die Streikleitung, wie aus Tuttlingen mitgeteilt wurde, alle Nazi- und Kozihänger und alle Unorganisierten aufgefordert, noch vor dem eigentlichen Verhandlungsbeginn die Arbeit aufzunehmen. Den Bauleitungen hatte die Streikleitung sogar schon vorher mitgeteilt, die Arbeit würde zu einem Stundenlohn von 60 Pfennig für Tiefbauarbeiter — der Tariflohn beträgt 63 Pfennig — wieder aufgenommen. Die Folge war, daß die Unternehmer, als sie nach Stuttgart zur Verhandlung für Tuttlingen kommen sollten, ein Erscheinen ablehnten. Warum sollten sie sich auch jetzt noch beugen, die 4 Pfennig Zulage zu bewilligen, die der Bauergewerksbund bei einem Unternehmer in Tuttlingen bereits herausgeholt hatte? Für Döberns-Abbruch wurde eine Vereinbarung erzielt, die die allgemeinverbindlich erklärten Tariflöhne als maßgebend erklärt und mit Rücksicht auf die besonderen Grenzverhältnisse eine kleine Zulage von 8 Pfennigen bis zum 2. August und von da für weitere acht Wochen eine solche von 4 Pfennigen zu den jeweiligen tariflichen Stundenlöhnen gewährt. Auch die Verhandlungen für Döberns-Abbruch wurden von der Streikleitung förmlich sabotiert, denn diese erklärte den Unternehmern gegenüber im Anschluß an eine Arbeitsgerichtsverhandlung in Waldshut, das Verhandeln in Karlsruhe sei zwecklos, weil die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen werde. Dabei bestand die Aussicht, eine Grenzzulage von 12 Pfennig pro Stunde und sogar für längere Zeit herauszuschlagen. Und ähnlich ging es bei den Verhandlungen für das Schluchseewerk. Auch hier pläzte die Streikleitung mit der Meldung dazwischen, Verhandeln sei zwecklos, die Arbeit werde zu den tariflichen Bedingungen wieder aufgenommen. Dadurch wurde es völlig unmöglich, für die Arbeiter im Schluchseewerk auch nur einen Pfennig mehr von den Unternehmervertretern zu bekommen.

Und diesem Tatbestand gegenüber bringt es die kommunistische Presse fertig, zu behaupten, die Bauarbeiter hätten „in nordischer roter Einheitsfront“ die Revision eines verbindlichen Schiedsspruchs erzwungen. Wir nennen das anders: Schindluderer Spiel mit dem deutschen Arbeiter.

Was sind Hoffnungen - - ?

„Man hat Erwartungen im deutschen Volke erzeugt, die nicht befriedigt wurden, und der Kanzler geht schweren innerpolitischen Stürmen entgegen.“ Mit diesem Stoßseufzer schließt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ ihre Kritik an dem Lausanne Mißerfolg der Regierung Papen in der Frage der Wehrfreiheit. Daß vor allem die schwerindustrielle Presse von diesem Mißerfolg bedrückt wird, ist begreiflich; denn aus dem Reich der Schwerindustrie stammen ja jene großen politischen und sozialen Restaurationspläne, die mit der Rückgewinnung der Rüstungsgleichheit in Verbindung stehen. Und mit diesen Plänen steht und fällt die Hitlerbewegung, die von der Schwerindustrie finanziert wird.

Wehrfreiheit bedeutet für die Schwerindustrie nicht Abrüstung, sondern Aufrüstung

Nicht von ungefähr hieß es vor dem Sturz der Regierung Brüning, als die Hitlerpresse ab und zu die Rage etwas aus dem Sack ließ, eine Rechtsregierung sei notwendig, weil diese sich viel schneller mit Frankreich verständigen könne, weil eine Verständigung mit Frankreich nicht im Sinne der Sozialisten und Naziführer, sondern im Sinne der Generälistäbler angestrebt werden müsse und bereits im Bereich der Möglichkeiten liege. Sicherlich haben sich die deutschen Unterhändler in Lausanne in der Hoffnung auf eine solche neuartige Verständigung mit Frankreich in der Frage der Restzahlung zu weit vorgewagt. Das Ergebnis dieses Wagemutes ist, daß Deutschland mit einer Restschuld von drei Milliarden belastet wird, die Wehrfreiheit aber nicht erreicht worden ist. Gerade sie war über das Hauptziel der Schwerindustrie und ihres Freundes Adolf Hitler.

Worin besteht der schöne große Traum der Hitler-Phantasten?

Sie träumen von einem Krieg gegen Sowjetrußland, den sie Seite an Seite mit Frankreich führen wollen. Ihr Plan ist furchtbar simpel: sie wollen nicht nur den Bolschewismus in Rußland, sondern dem Sozialismus in ganz Europa den Garaus machen und zugleich die deutsche Republik stürzen, als zwei oder gar noch mehr Fliegen mit einer Klappe schlagen. Ein siegreicher Feldzug in Form eines Kreuzzuges gegen Moskau — so träumen sie — wäre der kürzeste und sicherste Weg, um wieder die Hohenzollern auf den Thron zu bringen. Ein siegreicher Krieg könnte den verlorenen Krieg vergessen machen, und alles wäre wieder in Ordnung.

Schon die Vorbereitung zu diesem Feldzug sollte der Hitlerbewegung eine neue Belebung bringen. Die Drahtzieher des Hitlerbetrugs sind sich darüber im klaren, daß sie auf die Dauer Schiffbruch erleiden müssen, wenn sie nicht in irgendeiner Form ihren proletarischen Mittläufern Arbeit beschaffen. Aufrüstung — sagen sie — das sei die Arbeit, die sehr schnell den Arbeitsmarkt entlasten könne. Mit der Aufrüstung will Hitler das Problem der Arbeitslosigkeit lösen. Dabei auch sein jähes Festhalten an dem Arbeitsdienstpflichtgedanken, obwohl dessen wirtschaftliche Sinnlosigkeit längst erwiesen ist. Die wirtschaftliche Seite des Arbeitsdienstpflichtgedankens interessiert die Hitlerstrategen wenig, wohl aber die militärische Seite. Wenn sie mit dem Arbeitsdienst auf der ganzen Linie die Löhne tapakt schlagen und damit das Tarifwesen — umso besser für ihre Auftraggeber, die Schwerindustrie und die Scharfmacher im Arbeitgeberlager ganz allgemein. Ohne volkswirtschaftliche Kenntnis berauschen sich die Hitleranhänger förmlich an der Vorstellung, wie durch den Wiederaufbau des Heeres der Arbeitsmarkt entlastet werde. Wie die Propagandisten des Militarismus der Vorkriegszeit lagen sie, die Armeesei der größte Auftraggeber, ohne zu bedenken, daß alle Produktion für unproduktive Zwecke nur eine Vergewendung ist.

Die Arbeitsbeschaffung durch Aufrüstung, wie Hitler sie will,

kommt nicht. Auf der anderen Seite bleibt die Belastung Deutschlands, wie sie der Lausanne Abschluß gebracht hat, schwer und bedenklich. Schon hat ja die Schwerindustrie durch ihre Presse andeuten lassen, daß eine große Reparationsrestsumme für Deutschland ernste sozialpolitische Gefahren schaffe, vor allem Gefahren für die infolge der Wirtschaftskrise in schwere finanzielle Bedrängnis geratene Sozialversicherung.

Und das alles nun, weil Hitler mit Hilfe der Generälistäbler und den Kanonenfabrikanten, Europa neuordnen und Deutschland erneuern will, weil unheilbare Phantasten sich einbilden, Frankreich tue ihnen den Gefallen und bewaffne sie zu einem Krieg gegen Rußland. Die Gleichberechtigung Deutschlands im Rate der Völker wird nicht durch die Militaristen, die alle einander nicht über den Weg trauen, wiederhergestellt. Diese Gleichberechtigung ist nur durch den Frieden zu schaffen. Den Frieden schaffen aber nicht die Kanonen. Versailles hat es bewiesen.

Das Ackerbauministerium in Washington veröffentlicht seine erste diesjährige Schätzung der Baumwollanbaufläche nach dem Stand vom 1. Juli 1922. Der Bericht nimmt ein Areal von 37.290 Millionen Acres an. Der gleiche Bericht des Vorjahres meldete 41,49 Millionen Acres, 1920 = 45,81 Millionen Acres, 1921 = 49,45 Millionen Acres. Demnach ist die neue Anbaufläche, verglichen mit der Vorjahresziffer, um 10 Prozent geringer.

Der Reichsarbeitsrat hat das deutsche Bauergewerbe zunächst unverändert in Stellung. Der Bericht kann, wie die Parteien voreinander haben, erstmalig vom 31. Dezember d. J. unter Einwirkung einer Frist von drei Monaten gebündelt werden.

Die Befreiung der im Schluchseewerk unter Tage beschäftigten Arbeiter und Angestellten vom Arbeitsdienstpflichtgesetz ist bis zum 30. September 1922 verlängert worden.

Die Not der Berufsmusiker

Unter dieser Ueberschrift sind schon verschiedene Artikel in Tageszeitungen erschienen, die sich mit der furchtbaren Wirtener einen Einblick über die Ursachen der Not zu geben.

Daß die allgemeine Wirtschaftskrise sich auch im Musikerumfeld auswirkt, ist ganz selbstverständlich. Hinzu kommt hier aber noch, daß dem Musiker eine Konkurrenz geboten wird, wie es kaum in einem zweiten Beruf der Fall sein dürfte. Beamte, Funktionäre, Dilettanten, alle möglichen Kapellen, die sich aus „Liebe zur Kunst“ zusammengesunden haben, sind schon den vorangegangenen Artikeln genannt worden. Wenn auch die entgeltlichen Kapellen der Beamten durch die Einsicht der zentralen Behörden meistens wesentlich eingeschränkt worden ist, so doch durch das nun unentgeltliche (?) Musizieren bei privaten Kirchen usw. die Schädigung der erwerbslosen Musiker weiter fortgesetzt. Die heutige Zeit verträgt einmal eine derartige Betätigung der Beamten nicht.

Aber damit noch nicht genug, bringt uns der Sommer eine weitere Konkurrenz, die Gartenkonzerte beginnen und so müssen die Feststellungen machen, daß hier in Breslau bisher drei Orchesterkapellen ihren Einzug gehalten haben, und zwar die Münsterberger und Ziegenhaller Lehrlingskapelle. Diese Arbeit durch diese Kapellen den erwerbslosen Musikern verloren geht, sollen folgende Zahlen zeigen.

Die Ohlauer Lehrlingskapelle konzertiert an vier Tagen Woche bei Krotter am Weidenbamm.

Die Münsterberger bisher jeden Donnerstag bei Köhnen in Wilhelmshafen.

Die Ziegenhaller jeden Sonntag im Rieplegarten, Scheitnig. Das hat regelmäßig in der Woche, ganz niedrig gerechnet 15 Konzerte. Rechnet man für jedes dieser Konzerte nur 15 erwerbslose Musiker, so fänden 90 Musiker für einen Tag Beschäftigung. Und wenn man weiter für jedes Konzert und Musiker nur 5 RM. eingeseht werden, trete im Falle der Beschäftigung für den Staat und die Stadt eine Ersparnis an Unterhaltungsgebern von 250 RM. bis 300 RM. für diesen Tag ein. Da diese Zahlen ganz niedrig angelegt sind, die Tätigkeit dieser Kapellen und der bereits oben angeführten Konkurrenz aber eine noch viel höhere ist wird jeder leicht verstehen können, welche beträchtlichen Summen allein hier in Breslau vom Staat und der Stadt eingepart werden könnten. Überdies sind auch die Vereine dazu übergegangen, diese Orchesterkapellen bei ihren Veranstaltungen zu beschäftigen und zu müssen feststellen, daß diese auswärtigen Lehrlingskapellen in Breslau soviel zu tun haben, daß sie die abgeschlossenen Kapellen nicht belegen können.

Die Betätigung der Dilettantenkapellen, die sich auch Musikvereine nennen, wird immer größer. Unsere Erhebungen haben ergeben, daß diese Kapellen fast durchweg von den Wirtener arbeitslosen Sägen entlastet werden. Aus welchem Grunde in dann keine erwerbslosen Berufsmusiker beschäftigt, da das eigene oft nicht mehr unterboten werden kann, ist uns unklar. Hier müssen wir uns über die Nachfrist des Publikums wundern, das sich etwas herarriges bieten läßt und diese Solale nicht. Immer wieder hört man von den Handwertern: „Geht in Bachmann“, aber in der Musik fragt man weniger nach der Qualität. Ein Konzert wird doch in der Zeit der Erhaltung zum

Zweck der Erbauung besucht und nur an einem Konzert, das wirklich ein solches ist, kann man sich erbauen.

Und nun noch zu der Frage: Was treiben die erwerbslosen Musiker in der Zeit, in der ihnen die Arbeit durch Lehrlings- und andere Kapellen weggenommen wird? Wiederholt mußten wir feststellen, daß erwerbslose Musiker zu schwerer Fürsorge- und Notstandsarbeit herangezogen wurden. Nicht etwa, daß Arbeit schändet. Aber jeder einsichtige Mensch wird verstehen, daß bei solcher schwerer Arbeit die für den Beruf unbedingt erforderliche Fertigkeit der Finger verloren gehen muß. Ein Studium von mehreren Monaten gehört bei einem jungen Musiker dazu, um das Verlorene wiederzugewinnen; von älteren ganz zu schweigen.

Es ist an der Zeit, daß sich endlich einmal beim Publikum und bei den Wirtener etwas mehr Verständnis für die Not der Berufsmusiker Bahn bricht. Das Publikum muß von den letzteren verlangen, daß ihnen gute Musik vom Fachmann geboten wird und die Herren Arbeitgeber sollen außer der Verpflichtung dazu einsehen, daß sie durch die Beschäftigung erwerbsloser Musiker nicht nur viel Not lindern helfen, sondern auch noch ihren Etat für Sozialabgaben wesentlich einschränken. Weg mit den Dilettanten und solchen Personen, die bereits ihre auskömmliche Existenz so vielen taufenden erwerbslosen Musikern gegenüber haben.

Beschäftigt erwerbslose Berufsmusiker!

Die Stellenlosigkeit im technischen Beruf

Ueber die Stellenlosigkeit im technischen Beruf veröffentlicht der Bund der technischen Angestellten und Beamten eine überaus aussagekräftige Statistik auf Grund einer Erhebung vom 1. Juli dieses Jahres. Danach waren von den Mitgliedern der Statistik zu diesem Zeitpunkt 16.862, das sind fast 33 Prozent, ohne Stellung. Davon standen in einem Lebensalter bis zu 20 Jahren 268, von 20 bis 25 Jahren 2448, von 25 bis 30 Jahren 3893, von 30 bis 35 Jahren 3051, von 35 bis 40 Jahren 1995, von 40 bis 45 Jahren 1617, von 45 bis 50 Jahren 1448, von 50 bis 55 Jahren 1045, von 55 bis 60 Jahren 666, über 60 Jahren 866. Es ergibt sich daraus die bemerkenswerte Tatsache, daß weit über die Hälfte, nämlich 58 Prozent der Stellenlosen den jüngeren Jahrgängen (bis zu 35 Jahren) angehören. Offenbar wirkt sich hier der Schutz des Gesetzes über die Fristen für die Kündigung von Angestellten und des Betriebsratsgesetzes zu Gunsten der älteren Techniker aus.

Ein überaus trauriges Bild ergibt sich die Untersuchung nach der Dauer der Stellenlosigkeit. Bis zu 1 Jahr waren ohne Stellung 10.405, bis 2 Jahre 4500, bis zu 3 Jahren 1529, bis zu 4 Jahren 192, bis zu 5 Jahren 50 und über 5 Jahre 87 (davon 18 über 8 Jahre). Von den Jahrgängen über 35 Jahren waren 711 seit 2 bis 3 Jahren, 151 seit 3 bis 4 Jahren und 42 seit 4 bis 5 Jahren stellenlos. An Umfang und Dauer der Stellenlosigkeit stehen die technischen Angestellten also an der Spitze aller größeren Angestellungsgruppen.

Der Schuhkönig

Das phantastische Leben Theodor Bat'a's — Von der Papuschenwerkstatt in die „Mausefalle“

Der bekannte Schuhgroßindustrielle und Millionär Th. Bat'a ist gestern früh auf einer Flugzeugreise nach der Schweiz tödlich verunglückt. Ueber den Vorgang liegen bisher nur unvollständige private Mitteilungen vor. Danach ist der Apparat, der gegen 6 Uhr früh gestartet war, noch über Bat'a's Privatflugplatz in Opatowitz aus der Höhe von etwa 700 Metern plötzlich abgestürzt. Der Pilot war auf der Stelle tot. Bat'a selbst lebte noch, als man ihn aus den Trümmern herausholte. Er starb aber während der Ueberführung ins Krankenhaus. Was den Absturz herbeigeführt hat, konnte noch nicht geklärt werden.

Bat'a war ein leidenschaftlicher Flieger. So flog er auch in den Tod. Ueber das Unglück, durch das dieser so steil ansteigende Lebensweg einen jähen Abbruch fand, wird von der Direktion der Bat'a-Werke in Pilsen (Mähren) ein Bericht herausgegeben. Nach dieser Darstellung ist das von Bat'a benützte Junkers-Verkehrsflugzeug ungefähr einen Kilometer nach erfolgtem Start aus etwa 700 Meter Höhe abgestürzt. Die Ursache des Unglücks ist bisher noch nicht geklärt.

Theodor Bat'a ist 57 Jahre alt geworden — genau fast steht sein Geburtsdatum übrigens nicht. Geboren wurde er in dem gleichen Ort, in dem er später wirkte; in dem mährischen Marktstädtchen Pilsen. Sein Vater war „Papuschenmacher“ und noch etwas mehr: in ihm lebte schon ein wenig Spekulantentum und Unternehmungslust. Daß es der Vater nicht weiter brachte, lag wohl an seinem Hang zur Verschwendung, auch an seiner Trunksucht. Theodor arbeitete von Kindes an zu Hause mit; häufig begleitete er den Vater, der von Zeit zu Zeit auch mit Obst handelte auf die Wochen- und Warenmärkte, half beim Transport und Verkauf der Waren. In der Schule und zu Hause scheint er sich aber nie recht wohl gefühlt zu haben; der Vater fand seine Arbeit nicht genügend; die Gehilfen übersehten ihn — kurz entschlossen machte er sich, fünf-



zehn Jahre alt, mit seinen Ersparnissen in Höhe von 30 Gulden in Döbling bei Wien selbständig, indem er „Nittados“ (Wollhauschuhe) zu verkaufen versuchte. Das Geschäft glückte nicht recht; er lehrte nach Hause zurück.

Er wollte wieder dem Vater helfen, wollte Absatzmärkte für die Pilsener Heimindustrie suchen, kam nach Prag, sah und lernte. „Die Entdeckung Amerikas durch Columbus hat in der Welt des Mittelalters nicht eine solche Revolution hervorgerufen, wie die Entdeckung Prags durch mich in meiner Welt“ — hat er später von dieser Reise, bei der er zum erstenmal etwas vom Wesen der Kellame begriff, gesagt. Nach Hause zurückgekehrt, kannte er nur noch das Ziel, sich so reich wie möglich selbständig zu machen. Er lernte richtig Lesen und Schreiben, dann eröffnete er mit einem geborgten Kapital von 800 österreichischen Gulden gemeinsam mit seiner Schwester und seinem Bruder eine Schuhmachereifabrik. Er erzeugte Schuhe aus Wollstoff; zu vier Fünfteln war das Unternehmen auf dem Verkauf der Erzeugnisse armer bedürftiger Heimarbeiter aufgebaut, die damals so schlecht bezahlt wurden wie heute.

Das Unternehmen hatte schwere Krisen durchzumachen; Bat'a wurde mit ihnen fertig. Aus Frankfurt a. M. bezog er automatische Schuhmaschinen auf Kredit; der Kauf lohnte. Dann arbeitete er ein Jahr lang gemeinsam mit seinem tschechischen Bruder und Freunden aus der Heimat in den großen Schuhfabriken in Lynn in dem USA-Staat Massachusetts (— in demselben Städtchen Lynn gründete er später im Jahre 1919, zwei eigene Schuhfabriken, die er aber im Herbst 1927 wieder verkaufen mußte). Nach einem Jahr USA war das Ziel erreicht: Bat'a und seine Freunde hatten die amerikanischen Fabrikationsmethoden genau kennen gelernt. Amerika wurde nach Pilsen verpflanzt; aus höherer Beifugung seiner Arbeiter sollte das Kapital zur Anschaffung der auf der Reise gesehenen Maschinen herausgepreßt werden.

Der Krieg war Bat'a's große Zeit. Es gelang ihm, einer der ersten österreichischen Armeelieferanten und gleichzeitig tschechischer Patriot zu sein. Schon am dritten Tage nach Kriegsausbruch hatte der kleine Papuschenfabrikant aus Pilsen eine Bestellung auf 50 000 Paar Militärgeßtrümpfe eingeholt. Und hunderttausende Soldaten sollten auch auf hunderttausenden von Bat'a-Schuhen in die Schlachten, in den Tod ziehen. An der Front flossen Ströme von Blut, zugleich flossen Ströme von Gold in Bat'a's Taschen. Niedrige Arbeitslöhne, die praktische und moralische Hilfe der I. I. Regierung und das Fehlen jeglicher Sozialgesetzgebung machten es ihm nicht schwer. Wie ein Hohn klingt sein widerlicher Reklamezug aus dieser Zeit: „Durch unsere Arbeit trocken wir die Tränen von Millionen, besonders die Tränen der Mütter, deren größte Sorge es ist, ihren Kindern Schuhe zu besorgen.“

Bat'a war Herr über Tausende in Pilsen. Zu den eingeborenen Heimarbeitern kamen die von den Militärbehörden abkommandierten Schuhmacher und Lohgerber; die Krüppel, die man in den Schuhen graben nicht mehr gebrauchen konnte; die Kriegsgefangenen. Er nicht parierte, kam ins Loch. Die Militärverwaltung der Firma T. u. A. Bat'a führte ein strenges Reglement. Über der Betrieb wuchs, aus 600 Arbeitern wurden 5000, die Tageserzeugung belief sich auf 10 000 Paar Schuhe. Ganz entsprechend ließ Herr Bat'a für seine Ware auch die Preise steigen.

Erst nach dem Kriege setzte die richtige „Amerikanisierung“ ein. Amerikanisierung im Kampf gegen die Gewerkschaften; Amerikanisierung in der Ausbeutung des Personals; Amerikanisierung in den Methoden verächtlicher Presse-Beinflussung; Amerikanisierung in der Ausbeutung des Unternehmers, in dem

zuleht noch 30 000 Personen beschäftigt waren. Die Einführung des Fließbandes und die Verwaltung der Löhne der Arbeiterschaft stellten das Unternehmen auf eine gänzlich neue technische und organisatorische Grundlage. In der Tschechoslowakei unterhielt Bat'a 1000 Verkaufsstellen, im Ausland 600. Er war der erste, der in riesiger Serienherstellung einen billigen Damenmode Schuh auf den internationalen Markt warf.

International war auch Bat'a's Ruhm, international der Streit um ihn, den „tschechischen Ford“. Im vergangenen Winter demonstrierte in Berlin am Fall Bat'a in dem Stück „Die Mausefalle“ eine anonyme Theatergruppe die „Eitel“ des Persönlichkeitszerstörenden Kapitalismus. Das Stück wurde auch in der Provinz gespielt; der Erfolg war überall gleich stark. Dieses dramatische Denkmal, das den Mann als Top seiner Zeit nimmt, ist nicht sein schlechtestes. Diese Zeit ist zu ändern.

Großer Dachstuhlbrand in Berlin

In einem Hause im Norden Berlins brach gestern auf noch nicht ermittelte Weise ein Dachstuhlbrand aus. Die Flammen griffen infolge der Trockenheit des Strohballens rasch um sich. Die Feuerwehr rückte mit vier Zügen an. Es gelang ihr nach 1 1/2stündiger Tätigkeit, den Brand einzukreisen. Dabei wurden drei Feuerwehrleute durch Strohballen so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus überführt werden mußten. Ein Feuerwehrmann erlitt eine erhebliche Rauchvergiftung. Drei Leute wurden leicht verletzt.

Universitätsschlägerei

Die Berliner Universität wurde am Dienstag auf Veranlassung des Rektors abermals geschlossen. Es war zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und republikanischen Studenten gekommen, weil unbekannt Täter von einigen anlässlich der Langemart-Feier niedergelegten Kränzen die Schleifen abgerissen hatten. In der Beurteilung der Tat waren sich alle Studenten einig. Trotzdem beschuldigten die Nationalsozialisten ohne jeden berechtigten Anlaß die republikanischen Studenten. Der Deutsche Studentenverband Groß-Berlin, die Spitzenorganisation aller republikanischen Studenten und die Sozialistische Studentenschaft erklärten, daß die Verbächtigung der republikanischen Studenten um so ungeheuerlicher sei, als der Deutsche Studentenverband am Sonntag selbst an der Gedenkfeier teilgenommen und einen Kranz zu Ehren der Toten von Langemart niedergelegt habe. In ihrer Erklärung heißt es weiter: „Es besteht aller Anlaß anzunehmen, daß diese Aktion auf eine planmäßige Provokation der Nationalsozialisten zurückzuführen ist. Die republikanischen Studenten Berlins protestieren dagegen, daß das Andenken der Toten von Langemart geschändet und zum Anlaß parteipolitischen Exzesse krawalltätiger Elemente gemacht wird.“

Großfeuer in der Augsburgener Kammgarnfabrik

Im Dachstuhl des Fabrikgebäudes der Augsburgener Kammgarnspinnerei brach gestern Abend Feuer aus, das den ganzen Dachstuhl einäscherte. Der Betrieb des Werkes wird weitergeführt.

Die Früchte!

In dem westfälischen Ort Heeren-Werve versteckte ein nationalsozialistischer Arbeiter seinen Revolver im Bett seines vierjährigen Kindes. Durch einen kleinen Anstoß ging die Waffe los. Dem Kind wurden beide Beine durchschossen.

Explosion in einer Bricketfabrik

Fünf Verletzte

In der Bricketfabrik der Zeche Alstadt erfolgte gestern früh eine Explosion. Fünf Arbeiter wurden verletzt. Der schwer verletzte Arbeiter Viktor Kinkel ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Die übrigen Verletzten befinden sich außer Lebensgefahr. Es handelt sich bei dem Unglück um eine Staubexplosion, die einen Brand entzündete, der aber sofort gelöscht werden konnte. Der Betrieb wird voraussichtlich schon am Mittwoch wieder aufgenommen werden.

Am 20 Pfennige

Das Schwurgericht Frankfurt a. M. verurteilte einen Angeklagten, der sich wegen Einbruchs zu verantworten hatte, zu einem Jahr Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte gegen den Angeklagten, dem nur eine Beute von 20 Pf. in die Hände gefallen war, zwei Jahre Zuchthaus beantragt.

Neues Kunt-Urteil

In der Berliner Berufungsverhandlung gegen die Brüder Adolf und Friedrich Paul Kunt vom Vorstand der Evangelischen Zentralbank wurde die Berufung von Friedrich Paul Kunt verworfen. Friedrich Paul Kunt war erstinstanzlich zu zwei Jahren, drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Bei Adolf Kunt wurde das erste Urteil, das auf zwei Jahre Gefängnis lautete, um drei Monate erhöht.

Taucher beim U-Boot Prométhée

Der Taucher des italienischen Dampfers „Kofro“ hat am Dienstag nachmittag festgestellt, daß das gesunkene U-Boot „Prométhée“ vollkommen unbeschädigt ist und daß an ihm alle Deckeln geschlossen sind. Nur die zur Kommandoabteilung führende Luke konnte der Taucher nicht untersuchen, da er wegen der engen Brücke und dem Umfang der Taucherglocke nicht an sie herankam.

Der Marineminister hat den englischen Marineingenieur Cog beauftragt, die Hebungsmöglichkeiten zu prüfen. Cog hat seinerzeit die Hebung der bei Scapa Flow versenkten deutschen Kriegsschiffe veranlaßt.

Wahllampf der Eisernen Front



Ein Lastauto der Eisernen Front mit Lautsprecher ruft in einer Fabrikortstadt zum Kampfe für die Freiheit auf.

Neue Abenteuer der Spitzmaus und der Zitternase

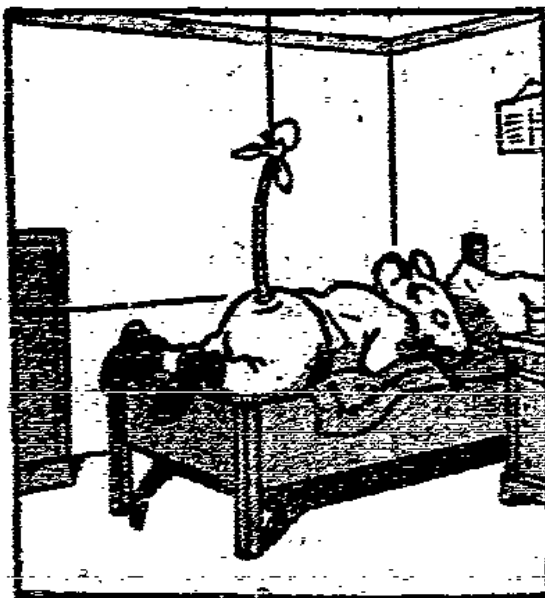
Von G. Th. Notman

81.

Der „gesehete Hannes“ wurde tüchtig eingesperrt in ein Loch, wo er ganz gewiß die Italiener nicht hätte auseinanderbringen können. Der arme Schnurrbart aber bekam schlimme Mundfieber und mußte während zehn Tagen im Krankenhaus platt auf dem Bauch liegen, mit dem Schwanz in der Höhe und einem Fieberthermometer im Mund. „Ach“, röhnte er, „wie kann fortan die Jugend Respekt vor mir haben, mit so einem halben Schwanz!“

82.

Und jetzt, Kinder, bin ich wieder am Ende meiner Geschichte. Das Einzige, was ich euch noch mitteilen kann, ist, daß wir bald nach dem Keller des Gewirzbändlers umziehen werden; das ist unser Winteraufenthalt, wißt ihr. Wenn wir dort neue Abenteuer erleben, werde ich sie gewiß wieder für euch aufschreiben. Aber jetzt höre ich auf, denn ich muß diese Erzählung gleichmäßig nach der Zeitung bringen! Auf Wiedersehen, Kinder! Ende.



Wir wollen helfen!

1. Wohnüberbau der Wohlfahrt

soll zeigen, was staatliche, provinzielle, kommunale und private Einrichtungen, was unsere Organisationen und Unternehmungen auf allen Gebieten der Kultur, der Hygiene, des Wohnungswesens, der Gesundheitspflege usw. leisten

Die provinziellen Wohnungsfürsorgegesellschaften in der neuen Bauwirtschaft

Auf dem Gebiet der Baufinanzierung sind große Umstellungen erforderlich. Es muß damit gerechnet werden, daß öffentliche Mittel für den Wohnungsbau in Zukunft nicht mehr zur Verfügung stehen. Aufgabe der provinziellen Wohnungsfürsorgegesellschaften als Organe der staatlichen Wohnungspolitik ist es, der Überführung des Wohnungs- und Siedlungswesens in neue Bahnen die Wege zu ebnen und dabei auf ihre den öffentlichen Interessen und den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechende Einordnung in das Gefüge und Getriebe dieses Wirtschaftszweiges hinzuwirken.

Die Wohnungsfürsorgegesellschaften sind gegründet worden zur Durchführung wohnungsreformpolitischer Ziele: Förderung des Flachbaues, insbesondere des Eigenheimbaues, Verbesserung der Wohnformen und Wohnsitten. Sie haben bei dem umfangreichen mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungsbau der Nachkriegszeit in gewissem Umfang diese wohnungsreformpolitischen Ziele verwirklichen helfen. Sie konnten sich jedoch nicht immer voll und ganz diesen Aufgaben widmen, weil es zunächst dringendste Aufgabe war, mit allen verfügbaren Mitteln die Wohnungsnot zu mildern. Nachdem jetzt die dringendste Wohnungsnot behoben ist, bekommen die wohnungsreformerischen Aufgaben wieder ganz besondere Bedeutung.

Den zukünftigen Wohnungsbedarf der minderbemittelten

Bevölkerung möglichst weitgehend durch Eigenheime mit Gartenland zu decken, durch Wohnheimstätten, die der Familie nicht nur Unterkunft, sondern eine Heimat und in wirtschaftlicher Beziehung eine Einkommensergänzung oder gar Existenzgrundlage bieten, das weitere Anwachsen der Mietskasernenviertel einzudämmen, den in Industrie, Handel und Gewerbe durch Dauerarbeitslosigkeit Entwurzelten und Heimatlosen zur Arbeit auf eigener Scholle zu verhelfen, das sind die Hauptaufgaben, zu deren Erfüllung und Förderung die provinziellen Wohnungsfürsorgegesellschaften berufen sind. Drei Sachgebiete gehören zu diesem Aufgabenkreis:

1. Kleinwohnungsbau,
2. Kleingartenfürsorge,
3. Kleinlandsiedlungen.

1. An die Stelle des Mehrfamilienmietshauses muß im zukünftigen Wohnungsbau das Kleinhaus treten, und zwar möglichst in Form des Eigenheimes mit Gartenland, welches Eigentum des Bewohners ist in Flachbausiedlungen und Eigenheimkolonien, die von Grünflächen umgeben und durchsetzt sind. Für den Standort und Umfang solcher Siedlungen darf nicht der akute örtliche Wohnungsbedarf maßgebend sein, sondern die Tendenz der Wirtschaftsentwicklung der in Frage kommenden Orte. Die Gefahr des Festhaltens von Menschen, die auf Lohnarbeit angewiesen sind, an Orten mit

einer der Bevölkerungszahl nicht entsprechenden oder gar rückläufigen Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes muß unbedingt vermieden werden

Die Wohnform des Eigenheimes ist auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen zu bevorzugen, weil der Arbeiter, der ein Eigenheim mit Gartenland besitzt, erfahrungsgemäß wirtschaftlich widerstandsfähiger ist als der besitzlose Mietskasernenproletarier, und zwar wegen der Ernährungsgrundlage, die ein großer Garten bietet und zweitens wegen der Möglichkeit, durch zeitweilige Vermietung von Räumen Barteinnahmen zu erzielen. Bei Übertragung dieser Kleinhäuser zu Eigentum können durch rechtliche Bindungen insbesondere durch Eintragung der Reichsheimstätteneigenschaft in das Grundbuch diese Eigenheime ihrem Bestimmungszweck insbesondere der Familie des Eigentümers erhalten bleiben.

2. Die Kleingartenfürsorge will auch den Bewohnern der schon vorhandenen Mietwohnungen die ideale und wirtschaftliche Erziehung zum Boden erschließen. Auch der Kleingarten soll die Bedeutung einer Wohnungsergänzung und einer Ergänzung der Ernährungsgrundlage haben. Die Kleingartenbewegung steht trotz des beachtlichen Umfangs, den sie bereits gewonnen hat, in Deutschland noch in ihren Anfängen. Dringende Aufgabe ist insbesondere die Beschaffung ausreichenden Dauerkleingartenlandes. Die Finanzierung der Landbeschaffung, zweckmäßige Aufschließung des Geländes und seine Ausstattung mit Straßen, Wegen, Einzäunungen, Bewässerungs- und Beleuchtungsanlagen und sonstigen Gemeinschaftseinrichtungen, die einheitliche ästhetische Gestaltung der Gartenkolonie (Lauben, Straßenzäune usw.), die Beschaffung geeigneter Obstbäume und Beerensträucher ist von den Wohnungsfürsorgegesellschaften zu übernehmen. Schließlich ist der Bestand des Gartengeländes als Dauerkleingartengebiet rechtlich zu sichern.

3. Die Kleinsiedlung hat die Aufgabe, nicht nur Wohnstätten, sondern zugleich auch eine wirtschaftliche

SCHLESISCHE HEIMSTÄTTE

Provinzielle Wohnungsfürsorgegesellschaft m. b. H.

Zweigstellen:

Reichenbach, Ring 37 Liegnitz, Goldberger Str. 105 Hirschberg, Borsigstr. 2
Telefon Nr. 2809 Telefon Nr. 1012 Telefon Nr. 2076

TECHNISCHE, FINANZIELLE UND VERWALTUNGSMÄSSIGE BETREUUNG
VON KLEINWOHNUNGSBAUTEN, LÄNDLICHEN SIEDLUNGEN,
LANDARBEITERWOHNUNGSBAUTEN, KLEINGARTENKOLONIEN

Die Schlesische Heimstätte ist Verfahrensträgerin für den Landarbeiter-Wohnungsbau aus Mitteln der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge, Ausgeberin von Reichsheimstätten, Einverständnisstelle der Beamtenbausparkasse. Sie führt für gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsunternehmen treuhänderisch Hausverwaltung, Revisions- und Buchführungsdienst.

Hauptniederlassung:

Breslau 9, Sternstr. 40

Telefon Nr. 42241

NIEDERSCHLESISCHE SIEDLUNGSGESELLSCHAFT M. B. H.

LÄNDLICHE SIEDLUNGEN, insbesondere KLEINSIEDLUNGEN

Neusiedlerstellen:

Bewerbungen für Siedlerstellen in Größe von 8 bis 60 Morgen werden entgegen-
genommen

Reichsheimstättengärten:

In Breslau-Neukirch, am Floggraben an der Deutsch-Lissaer Kunststraße, sind Gärten mit 500 bis 1000 qm zum Preise von RM. 0.45 je qm zu verkaufen. Bei einer Mindestanzahlung von RM. 50.— bis RM. 100.— monatliche Belastung für Verzinsung und Tilgung bis zum Jahre 1940 RM. 4.85 bis RM. 9.70, dann lastenfrei. Bei größerer Anzahlung oder größeren Ratenzahlungen entsprechend geringere Belastung oder schnellere Tilgung.

Breslau 9, Sternstr. 40

Telefon Nr. 42241

Wohnungsgrundlage für den Bewohner zu schaffen. Dies soll durch die Einrichtung von landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Kleinbetrieben gemischt mit kleingewerblichen und Handwerkerstellen geschehen. Bevorzugt werden arbeitswirtschaftlich intensivierbare Kleinbetriebe (Viehwirtschaft, Gartenbau, Obstbau). Die Stellen sollen für hauptberufliche und nebenberufliche Siedlungen geschaffen werden. Die Ziele sind die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten auf dem Lande und die Überführung geeigneter Menschen aus der Stadt auf Kleinstellen, die außer der Wohnung einen Nebenberuf, eine Einkommensergänzung zu der unsicheren gewerblichen Lohnarbeit bieten und die bei steigender Intensität der Bewirtschaftung auch eine volle Ernährungsgrundlage für die Familie gewähren können. Durch Schaffung möglichst vieler Stellen in der Umgebung der Städte soll nicht nur unmittelbar der Arbeitsmarkt entlastet werden, sondern auch durch die Erweiterung der Konsumentenschicht für das städtische Gewerbe eine Wirtschaftsbelebung erreicht werden, die ihrerseits den Arbeitsmarkt wieder aufnahmefähiger macht. Die agrarpolitischen Ziele dieser Siedlungsarbeit sind die Förderung intensiver Viehwirtschaft einschließlich der Geflügelzucht, Einführung eines rationellen Frühgemüsebaues, eines besseren Obstbaues mit einheitlichen Sorten zur Versorgung des städtischen Marktes und zur Eindämmung der Einfuhr an diesen Produkten. Auch diese Stellen sind in ihrem Bestand rechtlich zu schützen durch die Renteneigentumsform, die Rechtsform der Reichsheimstätte oder andere geeignete dingliche Sicherungen.

Auf allen drei Tätigkeitsgebieten ist es die Aufgabe der Wohnungsfürsorgegesellschaften, anregend zu wirken und allen Organisationen, die an der praktischen Verwirklichung dieser Ziele arbeiten, ihre finanzielle und technische Hilfe zu gewähren und dort einzugreifen, wo private und gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsunternehmen diesen Aufgaben nicht gerecht werden. Besondere Aufgabe wird es dabei, das Kleinhypothekengeschäft zu erleichtern, die Beschaffung nachstelligen Realkredits und die verstärkte Heranziehung von Eigenkapitalien bei der Baufinanzierung zu besorgen. Die Betreuung von Bau- und Siedlungsvorhaben durch die Wohnungsfürsorgegesellschaften ist nicht nur darauf gerichtet, dem Bauherrn Unterstützung und Schutz zu gewähren, sondern soll gleichzeitig einen Schutz bieten für den Bauunternehmer, seine Handwerker und Lieferanten und vor allem für seine Arbeiter dadurch, daß der Eingang der Unternehmerforderungen und damit die Bezahlung der Handwerker, Lieferanten und Arbeiter gesichert wird. Es dürfen nur Bauvorhaben begonnen werden, deren Finanzierung (Zwischenfinanzierung und endgültige Beileihung) sichergestellt ist, deren Mieten der örtlichen Mietspreislage und den Einkommensverhältnissen der in Frage kommenden Mieterschichten entsprechen oder deren Belastung für die Käufer (bei Eigenheimen) tragbar ist. Die Entwurfsbearbeitung ist zweckentsprechend, ästhetisch einwandfrei und kostensparend aufzustellen. Bei der Aufstellung des Kostenanschlages sind sämtliche mit dem Bauvorhaben verbundene Kosten zu berücksichtigen, also insbesondere auch Baupolizeigebühren, Gerichtskosten, Zwischenfinanzierungskosten, Beileihungskosten usw., also Kostenfaktoren, die der Bauherr bei seiner Kalkulation nur zu oft vergißt. Ordnungsmäßige Verdingungsmethoden und Bauverträge sowie die baulich-technische Überwachung der Bauten durch geschulte Bauführer gewährleisten einwandfreie Durchführung der Bauarbeiten.

Die von der öffentlichen Hand errichteten Bautreuhandgesellschaften haben bereits seit Jahren diese Aufgaben zur Zufriedenheit der Beteiligten erfüllt und so zum Aufbau und zur Gesundung der Verhältnisse auf dem Baumarkt wesentlich beigetragen.

Oeffentliche Bausparkasse, ihre Ziele und Erfolge

Das deutsche Bausparwesen blickt auf wenige Jahre seines Bestehens zurück. Ansätze hatten sich schon in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts gezeigt, als der bekannte Pastor Bodelschwingh sein menschenfreundliches Werk in Bethel durch die Gründung einer Bausparkasse ergänzte. Warum sollen sich, so schrieb er, die kleinen Leute ihre eigenen Ersparnisse nicht selber leihen, wenn dieselben vollkommen sichergestellt werden könnten. Seine Gründung gewann jedoch nur lokale Bedeutung. Kurz vor dem Kriege zeigten sich nun wiederum Ansätze eines neuen Bausparwesens. Sie kamen aber nicht zum Durchbruch. Erst die katastrophale Lage des Wohnungsmarktes in der Nachkriegszeit hat zu dem außerordentlichen Aufschwung des Bausparwesens, das sich zunächst vom allgemeinen Geldmarkt absonderte, geführt. Nun aber entwickelte es sich in wenigen Jahren zu einem in mehrfacher Beziehung zu beachtenden Wirtschaftsfaktor. Nach vorsichtiger Schätzung bestehen zurzeit rund 300 private Bauspargesellschaften neben den öffentlichen Bausparkassen; insgesamt dürften etwas über 300 000 Bausparer in Deutschland beteiligt sein.

Trotzdem sind sich weite Kreise noch nicht über das Wesen des Bausparens klar. Ist es eine Einrichtung, die Geld aus dem Nichts zaubern kann, daß man z. B. bei Einzahlung von 100 Mark mit Sicherheit und in bestimmter Zeit, ja möglichst sofort, ein Darlehen von 1000 Mark oder mehr bekommt? Vorstellungen ähnlicher Art bestehen bei zahlreichen Interessenten, vielleicht hervorgerufen durch die Art der Werbung einzelner Unternehmungen.

Es gibt keine Einrichtung, die solche Zauberei fertigbringt, sonst brauchte sich niemand, weder Bürger noch die öffentliche Hand, um die Erfüllung seiner Verpflichtungen zu sorgen. Der Grundgedanke des Bausparens, des gemeinschaftlichen Zwecksparens, ist frei von Zauberei und dabei denkbar einfach. Er beruht darauf, daß der Zusammenschluß vieler einzelner Bausparer zum gemeinsamen Ziele eine Kraft darstellt, die weit größer ist, als sie sich aus der bloßen Zusammenzählung der Einzelkräfte ergibt, und weiterhin darauf, daß eine Mehrheit von Sparern in kurzer Zeit durch Zusammenballung ihrer Sparkraft soviel Geld aufzubringen vermag, daß ein Teil dieser Sparer schon sehr viel früher zur Befriedigung seiner Wünsche gelangt, als es auf dem Wege des Einzelsparens möglich ist. So einfach und überzeugend dieser Gedanke ist, so zeigt schon die erste Überlegung auch die Kernfrage des Bausparens: Ein Teil der Sparer wird zuerst befriedigt; bis alle befriedigt sind, muß Sicherheit der Spargelder gegeben sein.

Wie nun die Entscheidung darüber erfolgt, wer zuerst das Geld für seinen Hausbau erhält, wer als zweiter, dritter usw., das ist eine Frage, die in der verschiedensten Weise gelöst worden ist. Viele Systeme bestimmen die Reihenfolge, in der die Bausparer zur Zuteilung kommen, nach Kennziffern, Schlüsselzahl, Punktzahlen und so fort. Größtenteils werden diese Zuteilungsmethoden maßgebend durch das Verhältnis von eingezahltem Kapital und Sparzeit beeinflusst. Manchmal werden für die Reihenfolge der Zuteilung auch Familienverhältnisse des Bausparers herangezogen. Selbst die Werbung neuer Mitglieder muß mitunter zur Erhöhung der Zuteilungsziffer herangezogen werden.

Die öffentlichen Bausparkassen leiten bei ihrem Zuteilungsplan den Gedanken, daß das eingezahlte Geld mög-

lichst oft und nach den Grundsätzen absoluter Gerechtigkeit unter die Bausparer zu verteilen ist. Sie lassen daher unter den nach Maßgabe ihrer vertraglichen Leistungen und der Vertragszeit Gleichberechtigten das Los entscheiden; denn das Los ist unbeeinflussbar und unbestechlich.

Allen, die einem Bausparinstitut beitreten wollen, kann nicht deutlich genug gesagt werden, daß sie einer Sparkasse beitreten, daß sie die Pflicht übernehmen zum regelmäßigen Zusammentragen von Geldern auf lange Jahre hinaus, von Geldern, die oft sauer erworben sind, und bei deren Anlage sie daher vorsichtig sein müssen. Die richtige Wahl hierbei ist nicht immer leicht. Das Fremde übt oft eine große Anziehungskraft aus, und das naheliegende Gute wird häufig übersehen. Für unsere Heimatprovinz besteht ein Institut bei dem die Gewähr vorhanden ist, daß das in Schlesien zusammengetragene Geld auch der eigenen Provinz wieder zugutekommt. Die öffentlichen Sparkassen, die bei der Bevölkerung mit Recht seit Jahrzehnten das größte Vertrauen genießen, haben sich des Bauspargedankens angenommen und für Niederschlesien eine öffentliche Bausparkasse, die von der Kommunalbank für Niederschlesien, Breslau, verwaltet wird, gegründet. Die Träger der Sparkassen, die Kreise, Städte und Gemeinden, haben damit den Beweis erbracht, daß sie das Gute einer neuen Bewegung im Interesse der Volkswirtschaft und im wohlverstandenen Interesse der Sparerkreise sich zu eigen machen.

Zwei Faktoren werden im deutschen Bausparwesen letzten Endes ausschlaggebend sein. Einmal wird die Frage beantwortet werden müssen, ob die überwiegende Mehrzahl der bestehenden Bauspargesellschaften der kritischen Prüfung durch die Reichsaufsicht standhalten kann, ob die Geschäftspläne und die Geschäftsführung die Gewähr für eine Durchführung im Interesse aller Mitglieder, für die Sicherheit des Unternehmens als solchem bieten können. Die Prüfung nach dem Bausparkassengesetz aus dem Jahre 1931 wird noch längere Zeit erfordern und erst in den kommenden Jahren den Bausparinteressenten durch die Aufsicht des Reichsaufsichtsamts für Privatversicherung die Möglichkeit zur einwandfreien Beurteilung bieten. Zum anderen wird, da der deutsche Bausparer hauptsächlich die Absicht hat und nach Lage seiner Verhältnisse auch haben muß, Darlehensnehmer zu werden, die Frage zu lösen sein, ob und wie dem Bausparen genügend zusätzliches Kapital zugeführt werden kann, um nicht nur im Wege der Selbsthilfe langsam, sondern mit Hilfe des freien Kapitalmarktes rascher Mittel aufzubringen, um die Wartezeit im Interesse des Bausparers und des Baumarktes zu verkürzen. Die öffentlichen Bausparkassen, die bekanntlich seit ihrer Gründung bereits ministeriell genehmigt sind, können mit Hilfe ihrer Organisation diese Frage mit Erfolg lösen. Beim Eintreten günstigerer Verhältnisse wird der Weg beschritten werden, der die dem Baumarkt in früheren Zeiten durch die öffentlichen Sparkassen zugeführten Gelder nunmehr in Gemeinschaft mit den öffentlichen Bausparkassen der Wirtschaft verstärkt und nutzbar zuleitet.

Die öffentlichen Bausparkassen in Deutschland haben seither rund 32 200 000 Rmk. ihren Bausparern zur Verfügung gestellt. Die öffentliche Bausparkasse für Niederschlesien hat bei einem Vertragsbestande von 8 400 000 Rmk. in den zwei Jahren ihres Bestehens 863 000 Rmk. der heimischen Wohnungswirtschaft zugeführt.



**Nit
möööglich - -**

wirst Du bestimmt sagen, wenn Du die Lindcar-Teile-Preise erfährst!

**Und dann noch
altbewährte Qualitäten!**

Peter-Tempo-Decke... früher 2.- **1.-**

weitere Qualit. 1.10, 1.45, 1.55, 2.-

Dunlop-u. Cont.-Decken
la Extra-Prima, früher 5.40 **2.70**

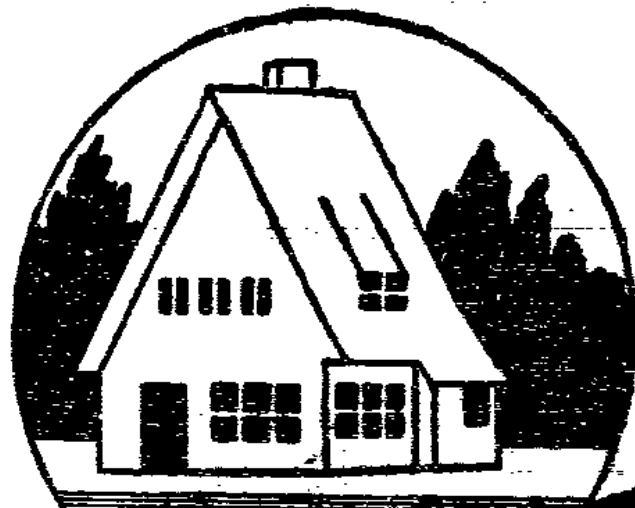
Schläuche..... **0.50**
0.95, 0.70, 0.65

Felgen, Schutzbleche, Pedalen, Griffe,
Glocken, Gepäckhalter, Kindersitze,
Ständer usw., bei gleichfalls
niedrigsten Preisen

Das ist verschenkt!
Original Ultraphon
Juwel-Koffer-Apparat
mit 6 Orig. Ultraphon-
Platten, früher 76.-, jetzt **29.50**

Deiner Frau zur Freude!
Die in Qualität und Preis unüber-
troffene Lindcar-Nähmaschine wird
wie die beliebten Lindcar-Marken-
fahrräder nunmehr ab 2.- Mark
Wochenrate abgegeben.

**Lindcar-
Fahrradwerk A.G.
Feldstraße 24**



**Ein eigenes Heim
Ein glückliches Alter**

**Hausbau • Hauskauf
Hypothekenablösung**

Oeffentliche Bausparkasse

für Niederschlesien, Breslau 1, Zwingerstraße 6/8

Auskunft durch alle Sparkassen

**Vom Erzeuger
zum Verbraucher!**

**Auch Sie
werden unser Kunde,
wenn Sie die Möbel-Ausstellung
und Verkaufsräume des**

**Bauhütten-
Betriebsverbandes
Schlesien G.m.b.H.**

Abteilung Möbel

**Flurstraße 4
Hof, 1. und 2. Stock**

besichtigt haben.

**Wir liefern
aus eigener Werkstatt**

**Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Wohnküchen
Büromöbel
Einzelmöbel** Jeder Art

**Kostenanschläge bereitwilligst
und unverbindlich • Weitgehendste
Zahlungserleichterung**

Gewerkschaftlicher Wohnungsbau der Eisenbahner

Der Eisenbahnbetrieb stellt an die körperliche Rüstigkeit und Leistungsfähigkeit seiner Bediensteten ganz besonders hohe Anforderungen. Ein Gesundheitsfehler, der in anderen Berufen kaum in Erscheinung treten würde, kann im Dienste der Reichsbahn unabsehbare Folgen nach sich ziehen und Menschenleben und Sachwerte vernichten.

Deshalb ist es auch verständlich, daß schon aus Gründen der Betriebssicherheit der Gesundheitsfürsorge der Eisenbahner größte Aufmerksamkeit zugewendet werden muß. Eine wirksame Gesundheitsfürsorge ist jedoch nicht denkbar, ohne an ihre elementarsten Voraussetzungen — die Schaffung gesunder Wohnungen — heranzugehen.

entwicklungen. Auch hieran hat die Selbsthilfe des Personals einen hervorragenden Anteil.

Die von Treuhändern der Gewerkschaften gegründete

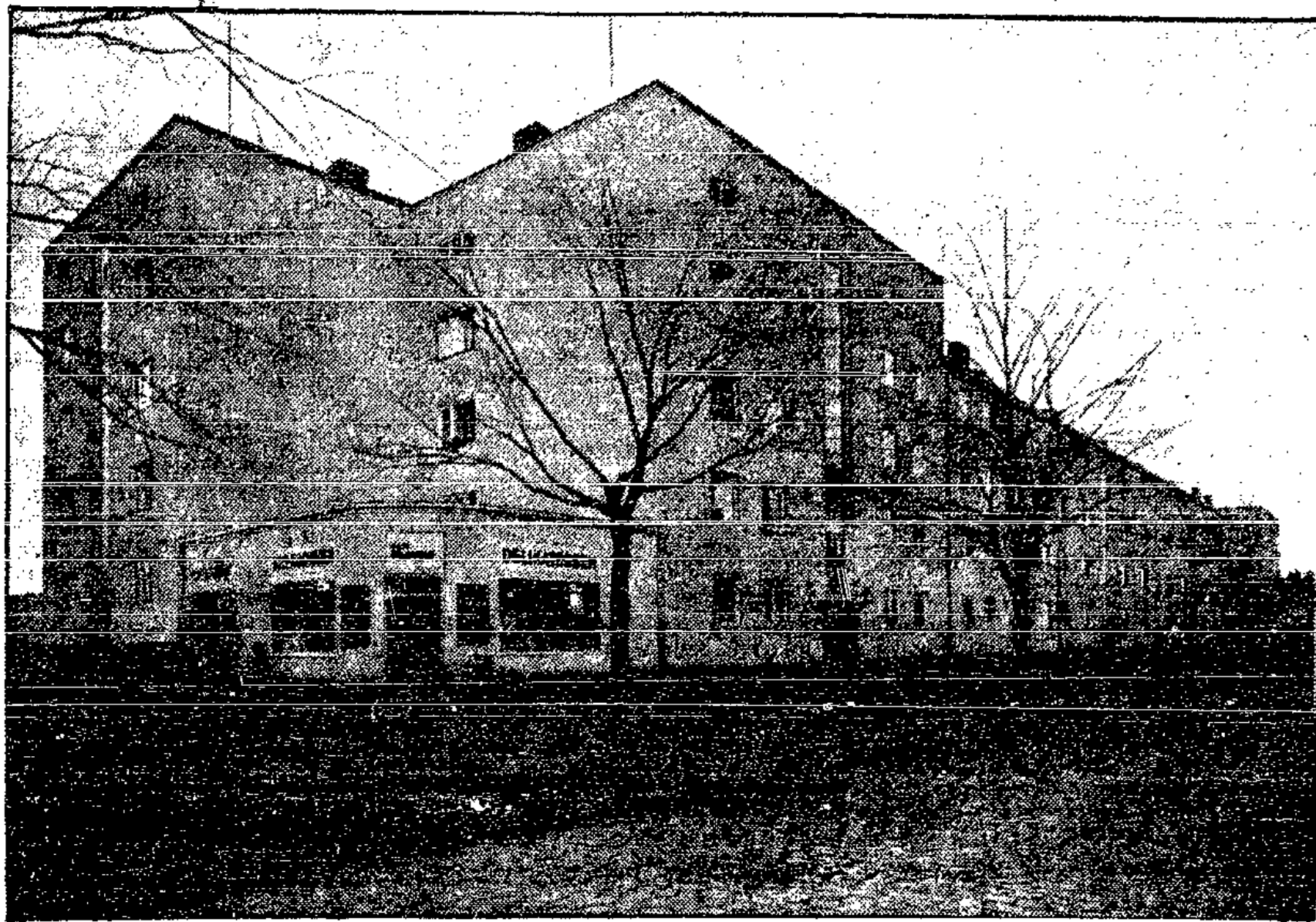
Eisenbahner- Wohnungsbau-Gesellschaft für den Bezirk der Reichsbahndirektion Breslau G. m. b. H.

widmet sich der Vermehrung und Verbesserung der Wohngelegenheiten des Reichsbahnpersonals in

die durch breit gelagerte Fenster reichlich Licht und Sonne erhalten. durch die gute Ausgestaltung, die neuzeitliche Einrichtung und nicht zuletzt durch die niedrigen Mietssätze sehr schnell zufriedene Mieter gefunden.

An Gemeinschaftseinrichtungen wurde zwar keine Zentralwaschanlage, auch keine Zentralheizung geschaffen, dazu fehlen in dieser kapitalarmen Zeit die Mittel. Jedoch wurde für je fünfzig Wohnungen eine Waschküche errichtet, die mit den neuesten elektrisch angetriebenen Maschinen ausgestattet ist.

Bei der Finanzierung ihrer Neubauten hat die Gesellschaft auch in diesem Jahre eine sehr glück-



Wohnungsbaublock der Eisenbahner-Wohnungsbau-Gesellschaft in Breslau-Gräbschen.

Aber nicht allein aus fürsorglichen Bestrebungen ergibt sich der Eisenbahner-Wohnungsbau. Bei der Eigenart des Eisenbahnbetriebes ist einerseits äußerste Pünktlichkeit vonnöten, andererseits infolge äußerer Einwirkungen eine Unregelmäßigkeit des Dienstes nicht zu vermeiden. Aus diesen Gründen muß das Betriebs- und Verkehrspersonal im Notfall schnell zur Hand sein und deshalb möglichst in der Nähe der Bahnanlagen wohnen.

Dabei liegt es in der Natur der Sache, daß sich die Reichsbahn bei der Wahl ihrer Betriebsstellen nach der Lage der Industrien und dem Anschluß an andere Verkehrseinrichtungen sowie auf die spätere Ausdehnungsfähigkeit ihrer Bahnhöfe leiten läßt. So ergibt es sich, daß umfangreiche Bahnhöfe und Werkanlagen an Orten errichtet werden, die entfernt von größeren Städten liegen.

Die Um- oder Ansiedlung eines großen Personalbestandes ist somit ein ständiges Problem der Industrieverlagerungen und damit der Verkehrs-

Schlesien. Hier macht sich der große Mangel an Wohnungen und das Wohnungselend unter den Eisenbahnern seit Jahren in erhöhtem Ausmaße auch durch die aus den abgetretenen Gebieten zurückgefluteten Beamten und Arbeiter ganz besonders nachteilig bemerkbar.

Die Eisenbahner-Wohnungsbau-Gesellschaft hat allein in Breslau im Jahre 1931 einen muster-gültigen Groß-Wohnungsblock mit 88 Zweizimmerwohnungen errichtet. Auch im Jahre 1932 sind hier bereits im Anschluß an den ersten Block 60 Zweizimmerwohnungen bezugsfertig erstellt. Daneben sind zur Versorgung der Bewohner fünf Läden für die lebenswichtigsten Branchen, die gleichzeitig der Gesamtsiedlung ein gutes Bild geben, eingerichtet.

Ogleich das Bauvorhaben fast an der Peripherie der Großstadt liegt, ist die Stadtmitte, durch die günstige Verkehrsverbindung — die Straßenbahn führt unmittelbar an dem Grundstück vorbei — in 15 Minuten zu erreichen. Die Wohnungen haben dank der geschickten Anordnung der Räume,

liche Hand gehabt. Die ersten Hypotheken sind restlos von den Versicherungseinrichtungen der Eisenbahner gegeben worden. Soweit zur restlichen Finanzierung die der Stadt zur Verfügung stehenden Hauszinssteuermittel nicht ausreichten, konnten die letzteren durch die von der Stadtverordneten-Versammlung hierfür bereitgestellten Wohlfahrtsmittel gestreckt werden. Die gesamten Lohngehälter sind fast ausschließlich langjährigen Erwerbslosen zugeflossen. So ist das in diesem Jahr von der Eisenbahner-Wohnungsbau-Gesellschaft in Breslau durchgeführte Bauvorhaben zu einer großen produktiven Arbeitsbeschaffung geworden.

Die Gesellschaft hat zur Zeit zwei weitere Bauvorhaben mit zusammen zwanzig Wohnungen in Schweidnitz und Königszell kurz vor der von ihren Interessenten herbeigewünschten Fertigstellung.

Die gewerkschaftlich organisierten Eisenbahner dürfen mit Stolz auf die Leistungen ihres Unternehmens blicken.

Ernst Hetzke

Baugeschäft

Breslau 23

Sternstraße Nr. 121a

Telefon Nr. 340 63

Hoch- u. Tiefbau

Schindler & Co.

Breslau 5

Siebenhufener Straße 53/55 + Telefon 26808

Hoch- und Tiefbau

Die Herstellung einwandfreier, gesunder und preiswerter Erzeugnisse in der landwirtschaftlichen Tierhaltung

Von der Preussischen Versuchs- und Forschungsanstalt für Tierzucht in Tschechnitz

Man hätte annehmen dürfen, daß die gemeinsame große Not des deutschen Volkes in der Kriegs- und Nachkriegszeit alle Berufe der Bevölkerung einander näher gebracht hätte. Noch immer aber sind die Beziehungen zwischen Stadt und Land nicht so, wie es wünschenswert wäre. Nur ein kleiner Teil der städtischen Bevölkerung kennt die Sorgen und Mühen des Landwirts, der vom frühesten Morgen bis zum späten Abend dem Acker den Lebensunterhalt für sich und seine Familie abzurufen versucht. Der Bauer weiß, daß er ohne die kaufende Bevölkerung in der Stadt nicht leben kann. Er kennt die Not der Städte, die Arbeitslosigkeit, er fühlt sie deutlich und empfindlich am eigenen Geldbeutel, denn die Preise für sämtliche Veredelungsprodukte aus der landwirtschaftlichen Tierhaltung haben einen Tiefstand erreicht, der weit unter den Gesteigungskosten liegt. Der Städter weiß weiter nicht, daß der Bauer höchstens 50 Prozent desjenigen Preises erhält, den letzten Endes der Konsument bezahlen muß.

Es ist deshalb heute eine der Hauptaufgaben der Institute der Preussischen Versuchs- und Forschungsanstalt für Tierzucht in Tschechnitz, dem Landwirt in seinem schweren Existenzkampf Mittel und Wege zu zeigen, wie er unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen noch möglichst billig diejenigen tierischen Produkte in guter, stets gleichartiger Qualität erzeugen kann, wofür in der Stadt Nachfrage vorhanden ist. Bei einer Besichtigung der Versuchsanstalt, die in der Nähe Breslaus nur fünf Minuten vom Bahnhof Tschechnitz entfernt liegt, wird auch der Städter bei den vielen laufenden Versuchen das Streben der wissenschaftlichen Institute empfinden, durch Gewinnung eines gesunden, einwandfreien Futters aus der eigenen Wirtschaft und dessen sachgemäße Verfütterung an gesund und natürlich gehaltenes Vieh eine tadellose, allen Ansprüchen genügende Qualität an Milch, Fleisch und Eiern zu gewinnen.

Um gesundes Vieh zu erhalten, müssen vor allen Dingen die Aufzuchtkrankheiten energisch bekämpft werden. Die billigste Seuchenbekämpfung ist die Vorbeuge. Deshalb muß die Aufzucht nat. und sachgemäß durchgeführt werden. Neben einer ausreichenden Ernährung braucht unbedingt alles Jungvieh viel Licht, frische Luft und Sonne. In dumpfen, feuchten und nassen Ställen können niemals gesunde und leistungsfähige Tiere aufgezogen werden, sondern nur durch viel Bewegung im Freien. Im Sommer wird möglichst alles Jungvieh Tag und Nacht auf der Weide gehalten, im Winter wird ihm tagsüber Auslauf gewährt.

Auch die Milchkuhe sind von Mai bis Oktober Tag und Nacht auf der Weide; im Winter in einem hellen, luftigen und trockenen Stall. Sie werden täglich sauber geputzt und kommen wöchentlich mehrere Male in den Auslauf. Außerdem stehen sie unter laufender tierärztlicher Kontrolle. Die Aufstellung ist so eingerichtet, daß die Euter der Kühe nicht beschmutzt werden können. Vor dem Melken werden die Euter mit einem trockenen sauberen Tuche abgerieben und vor jedesmaligem Melken die ersten Milchstrahlen in ein besonderes Gefäß gemolken, um die Milch auf ihre Güte zu untersuchen. Zeigen sich irgendwelche Veränderungen, so wird die Milch an Schweine usw. verfüttert und kommt nicht zum Verkauf. Nach dem Melken wird die einwandfreie Milch durch Wattefilter gegossen und in der Molkerei tiefgekühlt. Der Städter hat also die Gewähr, eine sauber ge-

wonnene, gesunde Milch zu bekommen, die für Gesunde und Kranke ein gegenüber Bier usw. billiges und ideales Nahrungsmittel darstellt.

Natürlich dürfen die Kühe nur mit ganz einwandfreiem Futter gefüttert werden, da die Milch sehr leicht den Geschmack verdorbenen Futters annimmt. Das beste Milchviehfutter ist das saftige Weidegras. Der Städter schätzt deshalb besonders im Sommer die schöne Weidemilch und die gelbe Weidebutter.

Auch auf dem Gebiete der Fleischerzeugung ist Tschechnitz bemüht, dem Landwirt zu zeigen, wie er durch sachgemäße Verfütterung sonst marktloser wirtschaftseigener Futtermittel seine Tiere so ausmästen kann, wie es der Fleischer auf Grund der Nachfrage der städtischen Hausfrau verlangt. Zur Mast dürfen ebenfalls nur ganz gesunde Tiere aufgestellt werden, die, wie die Zuchttiere, tadellos sauber gehalten und geputzt werden müssen. Das Sprichwort: „Gut geputzt, ist halb gefüttert“, hat besonders bei unseren Masttieren große Bedeutung.

Viele Kälber, junge Bullen und Ochsen, Lämmer und Schweine stehen in Fütterungsversuchen zur Klärung der verschiedensten Fragen, die das große und bisher wenig bearbeitete Gebiet der Fleischerzeugung heute dem Landwirt stellt. Im eigenen Schlachthaus der Forschungsanstalt werden alle Masttiere geschlachtet und nach 24stündigem Durchkühlen im Kühlraum nach genauer Vorschrift zerlegt. Die einzelnen Teile werden gewogen, verschiedene Maße genommen, das Verhältnis von Fleisch und Fett bestimmt und die Qualität des Fleisches durch eine Kommission, die aus Fleischern und Landwirten besteht, beurteilt. Verschiedene Rassen in Reinzucht und Kreuzung von allen Tiergattungen werden laufend auf ihre Mastfähigkeit und Schlachtqualität hin untersucht. Für Schweine und Schafe werden besondere Mastleistungsprüfungen mit anschließender Ausschachtung durchgeführt.

In der Geflügelhaltung ist man ebenfalls bemüht, durch Lieferung von nur ganz einwandfreien Qualitäten die städtischen Hausfrauen zufrieden zu stellen. Die Eier werden der Größe nach sortiert und mit einem Stempel der Herkunft und Frische garantiert, versehen. Verschiedene Hühnerrassen werden ebenfalls in Reinzucht und Kreuzung auf ihre Mastfähigkeit und Fleischqualität hin in exakten Versuchen geprüft.

Auf Lehrgängen, bei Kursen und Besichtigungen, in Wort und Schrift werden dem Landwirt die Ergebnisse der vielen in Tschechnitz durchgeführten Versuche auf den Gebieten der Tierzucht, Haltung, Fütterung, der Grünlandwirtschaft und des Feldfutterbaues vermittelt.

In den letzten Jahren stieg auch die Zahl der Besichtigungen durch nichtlandwirtschaftliche Vereine, ein Zeichen des steigenden Interesses auch dieser Kreise für die landwirtschaftliche Tierhaltung. Die städtische Bevölkerung wird von einem Besuch der Versuchsanstalt den Eindruck mit nach Hause nehmen, daß die deutsche Landwirtschaft auf dem Gebiete der Erzeugung tierischer Produkte ernstlich bemüht ist, gesunde, einwandfreie und dabei preiswerte Ware auf den Markt zu bringen. Sie kann und will ihre Erzeugnisse in genau derselben Qualität liefern, wie wir sie vom Ausland importieren. Milliardenwerte blieben der deutschen Volkswirtschaft erhalten.

EIS

das ideale natürliche Kühlmittel

EIS erhält die eingelagerten Vorräte in ihrem natürlichen Zustande, entzieht ihnen also nicht die vorhandene, erforderliche Feuchtigkeit.

EIS ist unbedingt zuverlässig, es hält die Temperatur im Kühlschrank völlig gleichmäßig und kann daher als ein Vollautomat im besten Sinne des Wortes bezeichnet werden.

EIS ist billig; die dafür aufzuwendenden Kosten erreichen noch nicht einmal die allein für Verzinsung und Amortisation eines entsprechenden maschinell betriebenen Kühlschranks erforderlichen Beträge.

EIS bedarf keiner Wartung, es sind mit seiner Verwendung keinerlei Gefahren für Menschen und Vorräte verbunden.

Alle diese Tatsachen sind durch langandauernde wissenschaftliche Untersuchungen einwandfrei nachgewiesen worden.

Zu dem idealen Kühlmittel Eis gehört aber auch der einwandfreie Kühlschrank, der unbedingt mit Kork isoliert sein und eine ausreichende, natürliche Luftbewegung zeigen muß. Fabrikate, die diesen selbstverständlichen elementaren Anforderungen nicht genügen, weisen man im eigenen Interesse zurück.

EIS bewahrt die Lebensmittel vor Verderben, verhindert also Gesundheitsschädigungen durch Verzehr von verdorbenen Vorräten und macht Geldaufwendungen für deren Ersatz überflüssig.

Eiskühlung erhält Gesundheit und Geld

(Man beachte auch in vorliegender Ausgabe die Anzeige der Breslauer Eiswerke.)

Städtische Warmbäder in Breslau

Zu den vornehmsten Aufgaben einer Stadtverwaltung gehört zweifellos die Sorge für die Erhaltung der Volksgesundheit. Sie ist ein so kostbares Gut, daß die Aufwendungen, die hierfür gemacht werden müssen, trotz der Finanznot der Städte doch ihre volle Berechtigung haben. Nur wenige, und zwar meistens nur die besser bemittelten Volkskreise, verfügen über eigene Bädereinrichtungen oder sind in der Lage, sich in Privatbadeanstalten die Wohltat eines Bades zu verschaffen. Darum ist es Pflicht der Stadtverwaltung, auch den minderbemittelten Kreisen billige Badegelegenheit in öffentlichen Badeanstalten zu bieten. Die städtischen Warmbäder, Werderstraße 2/4 und Berliner Platz 7, sind, das letztere zum Teil aus Mitteln des Vermögens des Oekonomierats Wilhelm Korn, die ändern vier Warmbäder aus öffentlichen Mitteln errichtet worden. Trotz der schweren Wirtschaftskrise, die sich auch im Bäderbetriebe auswirkt, waren Magistrat und Stadtverordnetenversammlung bestrebt, unsere Bäder, selbst unter großen Opfern, im Betriebe zu erhalten und seit Februar sogar eine Preisermäßigung eintreten zu lassen. Je größeren Zuspruch die städtischen Warmbäder haben, desto größer ist die Möglichkeit einer weiteren Preisherabsetzung für ein Einzelbad. Erst dann, wenn das Bestreben der Verwaltung auf Erhaltung der Volksgesundheit auch aus den Bevölkerungskreisen die nötige Unterstützung findet, wird der Erfolg erreicht und der Wahlspruch „Jedem Bürger wöchentlich ein Bad“ Wirklichkeit geworden sein.

Regelmäßiges Baden erhält den Körper gesund

und spart die Kosten, die durch Krankheit erwachsen

Besucht darum die städtischen Volksbäder:
Werderstraße Nr. 2/4 | An den Teichäckern Nr. 1
Berliner Platz Nr. 7 | Friedrich-Wilhelmstr. 101
Tiergartenstraße Nr. 1

1 Brausebad 20 Pf.

1 Wannenbad . . 50 Pf.

Kur- und Heilbäder

zu den bekannt billigen Preisen laut Aushang in den Bädern

Krankenkassenmitglieder erhalten auf ärztlich
verordnete Bäder Freisermäßigung

Sommer in Breslau und Umgebung

heißt unser Ausflugsführer, der alles Wissenswerte über die Ausflugslinien der städt. Straßenbahn und Kraftomnibusse enthält

Sie erhalten ihn unentgeltlich in unserer Zahlstelle Elisabethstr. 4, in allen Straßenbahnhöfen, Reisebüros und im Verkehrsamt der Stadt Breslau, Gartenstr. 96

Verwaltung der städt. Straßenbahn

Sport für Deinen Körper

Jeder werktätige Sportler gehört in den

Arbeiter-Turn- und Sportbund

Während des Sommerurlaubs am Strandbad in der Gaststätte

überall verlange Deine Zeitung

Die Volkswacht

Kunsteiskühlung erhält Gesundheit

Unser Kunsteis wird aus reinem Brunnenwasser hergestellt, welches auf Grund der Prüfung des hiesigen Medizinischen Ausschusses als vollkommen einwandfrei und geruchlos erklärt wurde

Bewahrt Lebensmittel vor Verderben, verhindert also Gesundheitsschädigungen

Breslauer Eiswerke · Josef Mitterlechner · Breslau-Wolfswinkel Fernsprech-Anschluss Nr. 20153

Blindenfürsorge — Schutz der Blindenarbeit

Ziel jeder Fürsorge ist es, sich selber übrig zu machen, indem sie den Hilfsbedürftigen möglichst in den Stand setzt, wieder selber für sich und seine Angehörigen zu sorgen. Ein Ziel, das heute in der Wirtschaftskrisis und bei der Massennot weiter denn je gerückt ist und mit den unzulänglichen Mitteln der öffentlichen Fürsorge nur noch in verhältnismäßig seltenen Fällen erreicht werden kann. Trotzdem aber sollte jeder, der in den Wohlfahrtsämtern und Fürsorgeorganisationen sitzt, sich bei allen Maßnahmen, die er einleitet, dieses letzten Zieles jeder verantwortlichen Wohlfahrtsarbeit erinnern.

Den erwerbsbeschränkten Menschen erwerbsfähig machen, heißt in diesem Sinne produktive Fürsorge treiben. Und so ist es auch Sinn aller Blindenfürsorge, ihre Schutzbedürfnisse möglichst dem Erwerbsleben einzuordnen. Der Blinde leistet, wie die Erfahrungen aus der Kriegsblindenfürsorge hundertfältig gezeigt haben, mehr als man im allgemeinen unter dem Publikum annimmt. Der Katalog der Berufe, die von Blinden zur vollen Zufriedenheit versehen werden, ist erstaunlich vielfältig. In akademischen Berufen, als Maschinenschreiber, Musiker, Klavierstimmer, Musiklehrer, Organisten, als Maschinenarbeiter (Siemens-Werk, Berlin, Archimedes, Breslau) stellt der Blinde seinen Mann. Leider ist heute die Unterbringung der Blinden in diesen Berufen sehr erschwert und viele dieser bedauernden Mitmenschen müssen sich in den sogenannten typischen Blindenberufen des Bürstenmachers, Korbflechters und Mattenflechters mühsam durchschlagen.

Der Blinde verzichtet auf billiges Mitleid, wenn ihm Arbeit gegeben wird. Mehr als dem sehenden Menschen zumeist, ist ihm Arbeit Lebensinhalt und Licht in der Nacht seines Daseins.

„Gebt den Blinden Arbeit, so gebt ihr ihnen Licht!“ Die Bevölkerung kauft gern Blindenwaren — Bürsten und Besen, Fußmatten, Körbe —, einmal, weil sie den Blinden in seinem schweren Existenzkampf durch Arbeit unterstützen



Dieses Warenzeichen verbürgt einwandfreie

Blinden-Arbeit

zu reellen, keinen Mitleidspreisen.

Gebt den Blinden Arbeit, so gebt ihr ihnen Licht!

Hausierer und Vertreter, die Waren mit dem Blindenwarenzeichen anbieten, müssen im Besitz eines unterschriebenen und gestempelten Ausweises der „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Deutschen Blindenhandwerks“ sein.

Prüfen Sie genau das Warenzeichen und die Ausweise der Hausierer, wenn Ihnen Blindenwaren angeboten werden!

will, zum anderen, weil sie weiß, daß Blindenwaren handwerklich hergestellt und damit Qualitätswaren sind.

Geschäftstüchtige Privatunternehmer haben sich die Vorliebe der Bevölkerung für Blindenwaren schnell zunutze gemacht. „Sogenannte“ Blindenwerkstätten, die im günstigsten Falle wohl einige Blinde beschäftigen, vertreiben mit einem Riesenheer von Hausierern fabrikmäßig hergestellte Bürsten.

Das Blindenwarenzeichen „Sonne mit den zwei Händen“ schützt die einwandfreie Blindenarbeit und will auch dem Käufer Schutz gegen solche Hausierer und Agenten gewähren, die nur auf das Mitleid spekulieren. In Wahrheit aber an ihren Mitleidspreisen selbst den größten Vorteil haben. Das Blindenwarenzeichen darf nur für die von einem Blinden handwerklich gefertigte Ware geführt werden. Hausierer und Vertreter, die Waren mit dem Blindenwarenzeichen anbieten, müssen eine Ausweiskarte der „Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Deutschen Blindenhandwerks“ mit sich führen.

Das Blindenwarenzeichen ist in letzter Zeit von geschäftstüchtigen Privatunternehmern vielfach nachgeahmt worden. Man achte deshalb auf die Sonne mit den beiden Händen. Wer sicher sein will, Blindenwaren zu angemessenen Preisen zu kaufen und dadurch in erster Linie Blinden zu helfen, weise Waren, die mit irgendwelchen Phantasieabzeichen — zwei Hände und dazwischen zwei Hämmer usw. — zurück.

Die Niederschlesische Provinzial-Blindenanstalt führt auf ihren Blindenwaren das eingetragene Blindenwarenzeichen. Sie beschäftigt außer den Zöglingen und Insassen der Blindenanstalt in Breslau eine große Anzahl freischaffender Blinder in der Provinz.

Den Hausierern und Vertretern der Provinzial-Blindenanstalt ist es verboten, milde Gaben für die Blinden einzusammeln.

Die wirtschaftliche Lage der blinden Handwerker ist trostlos. Sie wird verschlechtert durch den Schwindel, der mit Blindenwaren allenthalben getrieben wird.

Die Apotheke

ist vom Staat verpflichtet, reine und wirksame Arzneimittel des DAB (Deutsches Arzneibuch) zu führen

Apothekerwaren — ein Qualitätsbegriff und trotzdem nicht teurer

Stets dienstbereit für Kranke und Gesunde

Heilmittel sind Vertrauenssache!

Jede Ware, ganz gleich, ob sie zu Genusszwecken bestimmt ist oder nicht, erfordert sachgemäße Behandlung und Lagerung; der Kunde wird daher stets am besten tun, wenn er seinen Bedarf nur in solchen Geschäften deckt, die ihm auf Grund ihrer fachmännischen Führung die Gewähr für einwandfreie Beschaffenheit der Waren bieten. In ganz besonders hohem Maße treffen diese Überlegungen zu, wenn es sich um Dinge handelt, die der Erhaltung und Förderung unserer Gesundheit dienen sollen, also Heilmittel und alle Präparate, die zur Gesundheitspflege und Hygiene notwendig sind. Es ist selbstverständlich, daß wir diese Gewähr am zuverlässigsten nur in der Apotheke finden, deren Geschäftsbetrieb nach gesetzlichen Vorschriften geregelt ist, und deren Leitung stets in verantwortungsbewußten Händen liegt. Der Staat hat ja gerade die ungeheure Verantwortung dieses Berufsstandes zum Anlaß genommen, ihn seiner Kontrolle zu unterwerfen und durch einen vorgeschriebenen Ausbildungsgang in einer Apotheke beschäftigten Personen für die Reinhaltung dieses Standes vor ungeeigneten oder unzuverlässigen Elementen Sorge zu tragen. Im Zusammenhang hiermit dürfte es manche Eltern und auch junge Menschen interessieren, in kurzen Worten über den Ausbildungsgang des Apothekers orientiert zu werden. Der Abiturient muß zunächst einmal zwei Jahre als Praktikant und ein Jahr als Assistent im Apothekenbetrieb tätig sein. Es folgt dann das Universitätsstudium bis zum Staatsexamen und, nachdem

dieses Ziel erreicht ist, noch zwei sogenannte Kandidatenjahre. Es ist im übrigen eine Reform dieses Ausbildungsweges geplant, die nicht etwa eine Erleichterung, sondern sogar weitere Erschwerungen schaffen soll. Wir ersehen hieraus, daß ein langjähriges, akademisches Studium unbedingte Voraussetzung ist für die Führung einer Apotheke.

Man wird diese Vorsicht des Staates einerseits und die Anforderungen des Berufsstandes andererseits verstehen können, wenn man sich über die Aufgaben des Apothekendienstes klar ist. Die Arbeit des Apothekers besteht ja keineswegs nur darin, bestimmte Heilmittel und Präparate an den Kunden abzugeben bzw. zu verkaufen, sein Arbeitsgebiet ist weit größer als es der Laie schiedlich zu ahnen vermag. Mit der Verkaufarbeit gehen die wissenschaftlichen und fabrikatorischen Aufgaben auf dem Gebiet der Heilmittelherstellung und der Heilmitteluntersuchung Hand in Hand. Das „Deutsche Arzneibuch“ bildet die gesetzlich vorgeschriebene Basis für diese Tätigkeit; der Apotheker ist zur strikten Innehaltung der im „Deutschen Arzneibuch“ enthaltenen Vorschriften und zur verantwortungsvollen Ausübung seines Berufes verpflichtet und vereidigt. Ein großer Teil der von den Ärzten verordneten Rezepte muß in den Apotheken erst angefertigt werden. Gerade hierbei zeigt sich, welch umfassende Kenntnisse und welches Maß von Verantwortung vom Apotheker und seinen Assistenten gefordert wird. Ein einziger Tropfen,

der Bruchteil eines Gramms kann entscheidend sein für Tod oder Leben eines Menschen.

Die unbedingte Zuverlässigkeit, mit der die Apotheke ihre Kunden bedient,

zeigt sich ja schließlich auch in dem großen Vertrauen, das vom Publikum dem Apotheker entgegengebracht wird. Und dieses Vertrauen ist zu einer erfolgreichen Heilbehandlung ebenso notwendig wie das Vertrauen des Kranken zu seinem Arzt.

Das verkaufstechnische Arbeitsfeld einer Apotheke läßt sich gewissermaßen in drei Teile gliedern: einmal in die Herstellung von Arzneien nach den Rezepten des Arztes, in den Verkauf von sogenannten Arznei-Spezialitäten (das sind die fabrikmäßig hergestellten und in festen Packungen auf den Markt gebrachten Arzneimittel) und schließlich den sogenannten Handverkauf von allerlei Kräutern, Tees, Chemikalien, Drogen und was sonst noch in den tausend Krausen und Flaschen einer Apotheke zu haben ist. Es ist selbstverständlich, daß auch die fertig abgepackten Heilmittel sachgemäß gelagert und behandelt werden müssen, wenn sie in ihrer Wirksamkeit nicht geschwächt werden sollen.

Die Herstellung der sogenannten Galenischen Präparate erfordert die Führung eines mit Maschinen und Apparaten ausgestatteten Laboratoriums, in dem mit der gleichen Sorgfalt und Sauberkeit gearbeitet werden muß wie hinter dem Rezeptisch oder am Giftschrank der Apotheke. Wer seinen Bedarf an Heilmitteln und der Gesundheitspflege dienenden Präparaten in der Apotheke deckt, der darf stets die beruhigende und selbstverständliche Gewißheit in Anspruch nehmen, das Beste und Richtige für seine Gesundheit getan zu haben.

Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands Gau Schlesien

Auskunft in allen Renten- und Fürsorgeangelegenheiten • Für Mitglieder kostenlose Beratung und Rechtsschutz • Übernahme der Vertretungen vor dem Oberversicherungs- und Reichsversicherungsamt und vor den örtlichen Behörden • Stütz- und Unterstützung an die Hinterbliebenen

Invaliden-, Witwen- und Waisenrentenempfänger, Unfallverletzte, Knappschaftspensionäre, Rentenempfänger, wahr! Eure Rechte!

Werdet Mitglied des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden Deutschlands und helft uns in unserem Kampfe um ausreichende Renten!

Breslau 1, Altbüßerstraße 46, Fernruf 27593

Bezirksstelle Waldenburg, Schälstraße 10



VOLKSFÜRSORGE Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft

das Lebensversicherungsunternehmen der werktätigen Bevölkerung.

Sie bietet günstige Versicherungsbedingungen bei niedrigen Prämienätzen und ist mit einem Bestand von 2 200 000 Versicherungen und 850 000 000 Reichsmark Versicherungssumme die größte Volksversicherungsgesellschaft Deutschlands.

Vermögen: 180 Millionen Reichsmark,

das überwiegend zur Förderung der gemeinnützigen und sozialen Bestrebungen der Arbeitnehmer sicherste Anlage findet.

Auskunft durch die Gewerkschaften, Vertrauensleute der Volksfürsorge und die Rechnungsstelle Breslau, Margaretenstraße 17 I., Ruf 50281, Zimmer 29-32

Krisenfest und erfolgreich!

Generalversammlung der Volksfürsorge

Der Optimismus, mit dem wir sonst immer den Geschäftsabschlüssen der Arbeiterunternehmungen entgegen sahen, war in diesem Jahre gedämpft. Die schweren Krisenzeiten sind dazu angetan, unsere Erwartungen erheblich herabzuschrauben. Trotzdem stehen wir aber pessimistischen Gedankengängen fern, weil uns langjährige Erfahrungen lehren, daß die gemeinwirtschaftlich organisierten und nach solchen Grundsätzen geführten Arbeiterunternehmungen noch immer den privatwirtschaftlich geführten Wirtschaftsbetrieben überlegen waren. Eine Bestätigung dieser Auffassung gibt uns nach den anderen Arbeiterunternehmungen auch die Entwicklung der Volksfürsorge, deren Generalversammlung kürzlich stattfand.

Aus vereinzelt Berichten privater Lebensversicherungsgesellschaften haben wir schon ersehen, daß von einer gewissen Krisenfestigkeit im Lebensversicherungsgeschäft gesprochen werden kann. Vor kurzem hat eine angesehenere Tageszeitung die These aufgestellt, daß die Lebensversicherung (in der jetzigen Zeit besonders die kleine Lebensversicherung) als ein Bollwerk des Bürgertums und der individuellen Wirtschaft betrachtet werden muß. Der überall festzustellende Wille zur Kapitalerhaltung, der notwendigen Basis bürgerlich-individualistischer Wirtschaft, findet darum in der Krisenfestigkeit der Lebensversicherungsunternehmen zum Teil seinen Ausdruck.

Diese aufstiegsfördernde Einstellung steht der Volksfürsorge nicht zur Seite. Ganz im Gegenteil war im Vorjahr eine gewaltig geschwächte Werbebasis durch stark verschlechterte Einkommensverhältnisse breiter Volksschichten vorhanden, und die Not des Tages, die Maßnahmen zur Verhinderung kommender Notzeiten einfach nicht zuließ, zehrte an Versicherungsbestand. Das ersickte auch teilweise die moralischen Triebkräfte, die für Abschlüsse von Lebensversicherungen von nicht untergeordneter Bedeutung sind.

Aus vorläufigen Berichten der Volksfürsorge war schon ersichtlich, daß das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen trotz allem dem Ansturm der Krise gewachsen war und seinen Aufstieg, wenn auch stark gehemmt, fortsetzen konnte.

Nach der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung liegt nun das endgültige Ergebnis vor. Der Versicherungsbestand der Volksfürsorge stieg von rund 2 185 000 Versicherungen Ende 1930 auf 2 261 000 Ende 1931. Durch Einnahme aus Prämien und Kapitalerträgen in Höhe von 65 Millionen Reichsmark stieg das Vermögen auf rund 180 Millionen Reichsmark, wovon — das soll ausdrücklich betont werden — rund 161 Millionen Reichsmark Prämienreserve und aufgezinstes Gewinnanteile Eigentum der Versicherten sind.

Besonderes Interesse beansprucht wieder die von der Generalversammlung beschlossene Verteilung des Überschusses. Nach Abzug der gesetzlich vorgeschriebenen und sonstigen Reserven und 30 000 Reichsmark für Verzinsung des 2 1/2 Millionen Reichsmark betragenden Aktienkapitals (die Aktien sind nur im Besitze der Gewerkschaften und

Genossenschaften) werden die sonstigen Erührungen in Höhe von 11 230 000 Reichsmark den Versicherten als Gewinnanteile gutgeschrieben. Dadurch ist es auch in diesem Jahre möglich, den Versicherten der Volksabteilung 50 Prozent und den Versicherten der Lebensabteilung 55 Prozent der gewinnberechtigten Jahresprämie als Gewinnanteile zu überweisen. Diese Zahlen brauchen wohl nicht kommentiert zu werden.

Die Generalversammlung gab auch Gelegenheit, auf Vorwürfe einzugehen die in der Öffentlichkeit gegen die Volksfürsorge erhoben worden sind. Sie waren meistens inszeniert von politischen Gegnern unseres Arbeiterunternehmens und hatten die Lage der Volksfürsorge und die von ihr ausgezahlten Rückkaufsummen zum Gegenstand. Es liegen bei der Volksfürsorge unzählige Beweise über verleumderische Behauptungen vor, so u. a. Auslassungen, die von einem kommenden Zusammenbruch der Volksfürsorge, von geplantem Verbot unseres Unternehmens, von finanziellen Verlusten bei der Kapitalanlage und von Verlusten der Versicherten sprechen. Demgegenüber konnte der Berichterstatter in der Generalversammlung auf den Geschäftsbericht verweisen, der alle diese Gerüchte ad absurdum führt.

Es wird unseren Lesern wohl verständlich sein, daß das von einer Lebensversicherung übernommene Risiko (vor Ablauf der Versicherungsdauer fällige Versicherungsleistun-

gen durch Sterbefälle) von der Gesamtheit der Versicherten getragen werden muß und auch die Verwaltungskosten gedeckt werden müssen. Dieses Prinzip muß selbstverständlich auch die Volksfürsorge anerkennen und anwenden. Die ausgezahlten Rückkaufswerte können deshalb nicht die Höhe der eingezahlten Prämien erreichen. Das Vorstandsmitglied Friedrich Lesche konnte aber auch unter Beweis stellen, daß die Volksfürsorge von allen Lebensversicherungsgesellschaften den relativ höchsten Rückkaufswert auszahlt.

Bei der organisierten Arbeiterschaft haben die Vorwürfe unserer Gegner keine Resonanz gefunden; aber die Wirkung auf die unaufgeklärten Bevölkerungsschichten kann geeignet sein, den Vertrauensleuten der Volksfürsorge die Werbearbeit zu erschweren.

Im Gesellschaftsvertrag der Volksfürsorge wurden durch Beschluß der Generalversammlung verschiedene Änderungen vorgenommen, die sich auf Grund der Änderung des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen notwendig machten. Am Charakter des Unternehmens ändern selbstverständlich diese Neuerungen nichts. — Von der Generalversammlung wurde auch der gesamte Aufsichtsrat neu gewählt. Als Gewerkschaftsvertreter gehören ihm an: Theodor Leipart, Dr. Ernst Bachem, Ernst Schulze, Karl Thiemeig und Otto Wels. Als Vertreter der im Zentralverband deutscher Konsumvereine zusammengeschlossenen Konsumgenossenschaften: Gustav Borgner, Otto Borgner, W. Fischer, Vollrath Klepzig und Ernst Markus.

Der Verlauf und die Beschlüsse der Generalversammlung beweisen wieder die Leistungsfähigkeit der Volksfürsorge und den von ihr beachteten Grundsatz, vornehmlich die Interessen der Versicherten zu vertreten.

Kann der DFV. auch helfen?

Der Deutsche Freidenker-Verband will und kann nach zwei Richtungen behilflich sein.

In unserer politisch und geistig wirren Zeit hat sich mehr als einmal gezeigt, daß dem Proletariat als Klasse nichts mehr tut, als eine klare Welt- und Lebensanschauung, die leider noch sehr wenige Arbeiter besitzen. Durch wissenschaftliche Vorträge und Literatur wird das Weltbild der Alten beleuchtet und in die Rumpelkammer der freigeistigen Weltanschauungsgemeinschaft gestellt. Jugendunterricht für die Schüler beiderlei Geschlechts besorgt diese Arbeit bei der werdenden Generation. Im Zeitalter Goethes und Einstein hat kein Wesen im Gehirn des Proletariats Platz, daß dem Dämonenglauben der Urväter seine Existenz verdankt.

Ist diese Abbrucharbeit erfolgreich beendet, hilft der DFV. an der Schaffung eines neuen Weltbildes, daß nicht weniger ideal, doch greifbarer, weil logischer, und daher glaubhafter in Erscheinung tritt. Gestützt auf den so verurteilten, aber überall angewandten Materialismus bauen wir mit an einer neuen Lebensanschauung, damit diese

einmal Lebensform wird. Die neue Lebensform einer zeitlich noch nicht bestimmbareren Gesellschaftsgeneration ist der Sozialismus, auf den die lebende Menschheit frei- und unfreiwillig zusteuert. Diese Synthese von Religion und Atheismus ist die ethische Grundlage unserer freidenkerischen Tätigkeit.

Aber überzeugte Sozialisten beschränken sich nicht auf die theoretischen Überlegungen, sondern wenden sich der Praxis zu.

Aus gesundheitlichen und volkswirtschaftlichen Gründen treten wir für die Feuerbestattung ein. Durch planmäßiges Arbeiten, gestützt auf die tastenden aber erfolgreichsten Versuche von mehr als 20 Jahren, haben wir eine Organisation geschaffen, die bereits der kapitalistischen Klasse erheblichen Schaden gebracht, der proletarischen Klasse aber erhebliche Geldopfer erspart hat. Es ist ein Weg zur Sozialisierung des Bestattungswesens, daß auch ein Teilgebiet der gesellschaftlichen Aufgaben darstellt.

Der DFV. hat schon Tausenden geholfen! Wer hilft mit?

Deutscher Freidenker-Verband e.v.

Sitz Berlin • Gegründet 1905

Bezirksgeschäftsstelle: Breslau 1, Margaretenstraße 17, Zimmer 178-180

Fernruf: 51848 • Postcheckkonto: 937 • Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Breslau

Größte atheistische Weltanschauungsgemeinschaft Deutschlands

Im Reich: 1791 Ortsgruppen, 547128 Mitglieder • In Schlesien: 130 Ortsgruppen, 30 000 Mitglieder

Leistungen

Jugendunterricht — Jugendfeier — Jugendpflege — Pflege der atheistischen Weltanschauung auf wissenschaftlicher Grundlage durch Vorträge, Literatur und Kunst.

Daneben vertritt und fördert der Verband die Feuerbestattung durch Gewährung der kostenlosen Einäscherung von verstorbenen Mitgliedern, die länger als 3 Monate Mitglied waren und Beiträge in den Gruppen A-E bezahlt haben.

Eigene Produktion von Särgen und Sargwäsche.

Der Kirchenaustritt kann von jedem über 14 Jahre alten Bürger vor dem zuständigen Amtsgericht gegen Vorzeigung eines amtlichen Personalausweises in den vorgesehenen Sprechstunden vollzogen werden.

Pflichten

Eintrittsgeld für jede Person vom vollendeten 1. Lebensjahre ab: 60 Pf.
Beiträge in Gruppe A (1-18 Jahre) pro Monat 0.20 Mk.
Beiträge in Gruppe B (18-50 Jahre) pro Monat 0.60 Mk.
Beiträge in Gruppe C (50-60 Jahre) pro Monat 1.00 Mk.
Beiträge in Gruppe E (über 60 Jahre) insgesamt 150 Mk.
Beiträge in Gruppe F alle Altersklassen ohne kostenlose Einäscherung pro Monat 0.25 Mk.

Einzige Bedingung:

Konfessionslos seit der Geburt oder durch Kirchenaustritt

Die Volksbühne vor ihrem zweiten Jahrzehnt

Unsere Breslauer Volksbühne ist im Jahre 1922 gegründet worden. Am 26. April 1922 hielt auf Veranlassung des Genossen Eggers, damals Leiter des Schles. Volksbildungsamtes am Oberpräsidium und des Arbeiter-Bildungsvereins, der Generalsekretär des Verbandes der Deutschen Volksbühnen-Vereine in Berlin, Genosse Dr. Siegfried Nestriepke, vor einem Kreis interessierter Frauen und Männer einen Vortrag über die Notwendigkeit der Gründung einer Volksbühne in Breslau. — Wie schon bei der Gründung der ersten deutschen Volksbühne im Jahre 1890 in Berlin, setzten sich auch hier in Breslau vor allem die Führer der Arbeiterbewegung von allem Anfang an für die Volksbühne ein. (Dem bald nach Nestriepkes Vortrag gebildeten „Arbeitsausschuß für die Gründung der Breslauer Volksbühne“ gehörten neben der Genossin Günther die Genossen A. Bergmann, G. Cohn, P. Eggers, Ganzenmüller, H. Gathmann, R. Hahn, W. Ludwig, Ruffert und H. Winkler an.) Im Sommer 1922 wurde der Verein formell gegründet. (Weitere Einzelheiten der Gründungsgeschichte unserer Volksbühne enthielt die Jubiläumsausgabe unseres Blattes im November 1930.)

Die Volksbühne hat somit jetzt ihre 10. Spielzeit hinter sich und tritt mit Beginn der neuen Spielzeit 1932/33 in das zweite Dezennium ihres Wirkens ein. Das erste Jahrzehnt endet z. Z. mit einem für das Breslauer Kunstleben höchst bedeutsamen Werk, nämlich mit dem Umbau des Thalia-Theaters, einen würdigen Abschluß. Es kann nicht genug bekannt werden, daß der Vorstand der Volksbühne sich mit Mut zu diesem Umbau, dem augenblicklich größten Bau-

unternehmen in Breslau, nicht hat nehmen lassen. Wir haben über die Einzelheiten des Umbaus in unserem Blatte schon mehrfach berichtet. Das aus dem Umbau ersehende „Gerhart-Hauptmann-Theater“ wird eine Zierde des Breslauer Westens sein, ein würdiges Volkstheater in diesem gerade von der werktätigen Bevölkerung dicht bewohnten Stadtteil. Der bisherige Zustand des Theaters war ja auch beim besten Willen nicht mehr zu ertragen; jeder empfand den Musentempel in der Schwertstraße als einen rechten Schandfleck im Kulturleben unserer Stadt. Über das vorsintflutliche Gestühl in diesem Theater, die völlig unzureichenden Garderobenablagen, die widerwärtigen Aborte usw., ist viel geredet worden. Bei den jetzt ausgeführten Maurer- und Zimmermannsarbeiten hat man aber erst erkannt, daß der allerwichtigste Grund für den Umbau des Theaters nicht die fehlenden Bequemlichkeiten für den Besucher, sondern einfach der bauliche Zustand des alten Hauses war. Jetzt erst weiß man, an wie vielen Stellen in diesem Gebäude die Gefahr des Einsturzes bestand. Man braucht sich nur einmal auf einem der Breunholz-Stapel, die der Arbeiter-Wohlfahrt überlassen wurden, die Reste der Dielen und Balken anzusehen, die über dem früheren Haupteingang, über dem Wandelgang usw. entfernt wurden. Manche dieser Balken, die wichtigste, tragende Funktionen hatten, waren derart vermodert, daß sie überhaupt nicht mehr von der einen stützenden Wand zur anderen hinüberreichten, daß von einer 25—30 Zentimeter Dicke kaum noch wenige Zentimeter gesund waren. Und die wichtigsten Mauern des Gebäudes befanden sich teils in einem Zustand, für den das Handwerk der sogenannten

„guten, alten Zeit“ gewiß alles andere als Lob und Anerkennung verdient. An Stelle erwarteter Fundamente fand man zerbrockelten Lehm, in massiv geglaubten Mauern vermoderte Balken und kümmerlich verdeckten Schutt. Die Fundamentierungsarbeiten sind weit über das Veranschlagte hinausgegangen, und ein Vielfaches an Eisen ist gegenüber dem ursprünglichen Bauplan verarbeitet worden. Es ist eigentlich grotesk, daß ausgerechnet erst in unserer Notzeit dem Gebäude die Sicherheit gegeben wird, die weit sorgenlosere, vermögendere Zeiten ihm versagt haben.

Hoherfreulich ist es nun, daß die Volksbühne auch im neuen Gerhart-Hauptmann-Theater, obgleich die Kassenpreise dort auf den Stand des Lobe-Theaters erhöht werden, diejenige Theatergemeinde weiterhin durchführt, deren Einheitspreis für eine Abendvorstellung nur 95 Pfennig, für eine Sonntag-Nachmittags-Vorstellung sogar nur 65 Pfennig beträgt. Diese Preise ermöglichen es selbst in der jetzigen Zeit vielen Arbeitern, Angestellten, unteren Beamten und kleinen Gewerbetreibenden, die sich den Besuch des Stadttheaters und des Lobe-Theaters nicht mehr leisten können, in der sogenannten „Kleinen Theater-Gemeinde“ (der früheren „Thalia-Theater-Gemeinde“), Mitglied der Volksbühne zu sein, für sich selbst aus dem regelmäßigen Theaterbesuch immer neue Lebensfreude zu ziehen und an ihrem Teil mit beizutragen zur Unterstützung der freizeithilflichen Theaterpflege, wie sie das gedeihliche Zusammenwirken von Intendant Barnay und der Volksbühne in Breslau gewährleistet.

Es gilt, unsere Volksbühne zum Beginn ihres zweiten Jahrzehnts in der Stärke zu erhalten, die sie in den letzten Jahren erworben hat, durch die sie die zweitgrößte Volksbühne in ganz Deutschland geworden ist. Eine starke Volksbühne sichert das hohe künstlerische Niveau und die geistige Haltung unserer im gesamten deutschen Theaterleben hochgewerteten Schauspielbühnen und schlägt sicherlich siegreich den Ansturm der Nazis ab, die mit ihrer „Deutschen Bühne“ das Breslauer Schauspiel zu ihrer Parteieinrichtung machen möchten.

Die Kunst dem Volke!

Lebensfreude, Kampfesfreude durch die Kunst!

Beste Theater-, Film-Vorstellungen, Konzerte, Vorträge, durch

BRESLAUER VOLKSBÜHNE

zu niedrigsten Einheitspreisen

65 Pf. für eine Vorstellung im schönen Gerhart-Hauptmann-Theater
70 Pf. für einen Erstaufführungs-Spitzenfilm im Capitol oder Gloria-Palast
erschwinglich einmal im Monat für jeden, der haushalten kann

Anmeldungen: Schweidnitzer Straße 8a (Woolworth-Haus) werktäglich 10-14 Uhr u. 16-19 Uhr, Mittwoch u. Sonnabend 10-19 Uhr

Der Zentralverband der Angestellten

Was er ist.

Die freigewerkschaftliche Arbeitnehmerbewegung umfaßt die drei großen Heersäulen der Arbeiter, der Angestellten und der Beamten. Jede dieser Gruppen leidet sich in eine Reihe Einzelverbände, die auf beruflicher Grundlage aufgebaut und föderativ in den drei großen Verbänden zusammengefaßt sind: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB) für die Arbeiter; Allgemeiner Deutscher Angestelltenbund (AfA) für die Angestellten; Allgemeiner Deutscher Beamtenbund (ADB) für die Beamten. Der Zentralverband der Angestellten ist im Rahmen des AfA-Bundes, die allein zuständige Organisation für alle kaufmännischen und Büroangestellten die freigewerkschaftlich eingestellt sind. Alle anderen Angestelltenverbände, soweit sie kaufmännische oder Büroangestellte aufnehmen, stehen der freigewerkschaftlichen Bewegung und ihren Zielen, mehr oder weniger abnehmend ja direkt feindlich gegenüber. Der freigewerkschaftlich gesinnte kaufmännische oder Büroangestellte, gleich ob männlich oder weiblich, gehört daher in den ZdA.

Was er will.

Der Zentralverband der Angestellten erblickt in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die letzte Ursache für die Not der Angestellten. Diese Ordnung wird vom Streben nach Profit beherrscht. Alle technischen Verbesserungen in den Betrieben dienen nicht dazu, wie es sein sollte, den arbeitenden das Leben zu erleichtern, sondern den Kapitalisten zu nützen. Man mechanisiert und rationalisiert mit dem Ziel, Arbeitskräfte überflüssig zu machen. Dadurch wird das Heer der Stellungslosen vergrößert und die Arbeitslosigkeit zur weiteren Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse genutzt. Deshalb fordert der ZdA eine andere Wirtschaftsordnung, in der an die Stelle der Jagd nach Profit ein vernünftiges, erträgliches Arbeitstempo tritt, das allen Menschen Beschäftigung sichert. Der ZdA weiß aber,

daß in der kapitalistischen Wirtschaft ein Unternehmer geradezu gezwungen ist, den anderen in der Ausnützung seiner Arbeitskräfte zu übertrumpfen, wenn er nicht untergehen will. Der ZdA erstrebt daher eine genossenschaftliche Wirtschaftsordnung ohne Unternehmer, in der alle Menschen arbeiten und möglichst viel Güter schaffen. Dann kann auch diese Fülle den arbeitenden Menschen zufließen und ihnen ein reiches und behagliches Dasein sichern. Er will das genossenschaftliche Zusammenwirken aller, damit es allen gut gehe. Er will an die Stelle der kapitalistischen Selbstsucht die kameradschaftliche Verbundenheit aller, das ist den Sozialismus setzen mit dem Prinzip: Alle für einen und einer für alle!

Und bis dahin?

Der Zentralverband der Angestellten weiß, daß diese Umgestaltung nicht von heute auf morgen kommen wird. Er will daher die Angestellten zusammenfassen, um sie von der Notwendigkeit einer solchen neuen Wirtschaftsordnung zu überzeugen. Über 200 000 Angestellte bekennen sich bereits zu seinen Zielen. Seine Gegenwartsaufgabe sieht der ZdA darin, die Lebenslage seiner Mitglieder zu verbessern. Dazu müssen die noch gleichgültig beiseitstehenden Unorganisierten als Mitglieder gewonnen werden, damit auch sie helfen, für eine entscheidende Umgestaltung zu kämpfen.

Der ZdA erstrebt aber auch die Durchführung von Reformen schon in der kapitalistischen Wirtschaft. Er fordert Steigerung der Kaufkraft durch Erhöhung der Gehälter. Er hält eine vierzigstündige Arbeitswoche für ausreichend, um alle Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Der ZdA bekämpft alle Bestrebungen der Unternehmer, sich durch unbezahlte Arbeit von den Angestellten Sondervorteile zu verschaffen. Er fordert völlige Sonntagsruhe und Sechs-Uhr-Ladenschluß durch Schaffung entsprechender Gesetze und Bestrafung derjenigen, die gegen

solche Gesetze verstoßen. Er will Ausbau und Sicherung der Tarifverträge, insbesondere Sicherung der Gehälter gegen willkürliche Kürzung und Sicherung eines ausreichenden Urlaubs. Er erstrebt Schutz gegen willkürliche Entlassung und gegen gesundheitliche Schädigungen im Betriebe und Sicherung der Vereinigungsfreiheit.

Der Zentralverband der Angestellten fordert schließlich noch Ausbau der Sozialversicherung für Krankheit, Unfall, Alter, Berufsunfähigkeit und Arbeitslosigkeit.

Einrichtung und Leistungen

Stellenlosenunterstützung und Altershilfe.

Die Mitglieder des ZdA erhalten unter den in der Satzung festgelegten Bedingungen bei Stellungslosigkeit Stellenlosenunterstützung. Unterstützungsdauer und -höhe richten sich nach der Beitragshöhe und Dauer der Verbandszugehörigkeit. Der erreichbare Höchstsatz beträgt wöchentlich 15,40 RM bis zur Dauer von 32 Wochen.

Seinen alten Mitgliedern zahlt der ZdA gleichfalls unter den in der Satzung festgelegten Voraussetzungen, eine Altersunterstützung. Sie ist nach der Dauer der Verbandsmitgliedschaft abgestuft und beträgt monatlich 90 RM, bis zum Höchstsatz von 80 RM.

Für diese beiden Unterstützungszweige sind allein in der Ortsgruppe Breslau in den letzten vier Jahren 132 000 RM, davon im Jahre 1931 allein 61 000 RM, gezahlt worden.

Krankenunterstützung, Sterbegeld.

Der ZdA gewährt erkrankten Mitgliedern ohne besonderen Beitrag auch noch einen Zuschuß zum Krankengeld, wenn die Krankheit länger als zwei Wochen dauert. Höhe und Dauer der Krankenbeihilfe richten sich ebenfalls nach der Höhe des gezahlten Mitgliedsbeitrages und nach der

Handlungsgehilfen! Büroangestellte!

Eure Berufsorganisation ist der

Zentralverband der Angestellten!

In allen Rechtsfragen, Tarifstreitigkeiten, bei Überschreitungen der Arbeitszeit, vor Abschluß von Arbeits- und Lehrverträgen, bei Anträgen auf Renten- und Heilverfahren, bei Differenzen mit dem Arbeitsamt, überhaupt bei jeder Zweifelsfrage und jedem Streit aus seinem Berufs- und Arbeitsverhältnis, wendet

der kluge Angestellte sich sofort an den ZdA

Telefon Nr. 27654



Dauer der Mitgliedschaft. Der wöchentliche Höchstbeitrag beträgt 70 RM. Die Krankenunterstützung wird bis zu Dauer von 15 Wochen gezahlt.

Ebenfalls nach Beitragsklassen und Dauer der Mitgliedschaft, ist das Sterbegeld an die Hinterbliebenen verstorbenen Verbandmitglieder gesteuert. Der Höchstbeitrag beträgt 400 RM. In beide Einrichtungen wurde von der Ortsgruppe Breslau in den letzten fünf Jahren der staatliche Betrag von 54.680 RM ausgezahlt.

Aussteuerbeihilfe.

Erfahrungsgemäß nehmen viele weibliche Angestellte die Verbandsunterstützungen nicht in Anspruch, da sie zwischen 20 und 30 Jahren eine Ehe eingehen. Zum Ausgleich hat der ZdA für diese Mitglieder eine Aussteuerbeihilfe eingeführt. Bei der Eheschließung erhalten sie, wenn sie eine fünfjährige Mitgliedschaft und Beitragszahlung in den ordentlichen Beitragsklassen aufweisen können 50 RM bei zehnjähriger Mitgliedschaft und Beitragsleistung in den Beitragsklassen 1-6 die Summe von 100 RM als Aussteuerbeihilfe. Die Ortsgruppe Breslau zahlte dafür seit 1927 die Summe von 12.615 RM aus.

Außerordentliche Notfallhilfe.

Neben den satzungsgemäßen Beihilfen hat die Ortsgruppe Breslau aus Mitteln, die sie durch Sammlungen und aus ihrem Ortsgruppenvermögen aufbrachte, anscheinliche Beträge für besondere Unterstützungen gewährt. Allen die Weihnachtshilfen an stellunglose Mitglieder betragen in den Jahren 1927 bis 1931 rund 15.000 RM Unterstützungen, die in Fällen einer besonderen Notlage an Mitglieder gegeben wurden, sind hierbei noch nicht eingerechnet. Sie dürften ebenfalls eine nicht unbedeutende Summe ergeben.

Rechtsrat und Rechtshilfe.

Den Verbandsmitgliedern sichert die Satzung Anspruch auf Rat in Angelegenheiten ihres Berufs und auf Rechtshilfe in Streitigkeiten aus dem Arbeitsvertrag. Wie stark der Rat in Anspruch genommen wird, zeigt die Zahl der im Verbandsbüro erteilten Auskünfte, die sich im letzten Jahre auf nahezu zehntausend belief. Weit stärker schlagen zu Buch die geldlichen Beträge, die den Mitgliedern aus der Rechtshilfe zufließen. Durch Verhandlungen und Klagen bei den Arbeitsgerichten wurden in den letzten Jahren für die Mitglieder folgende Summen erstritten:

1928	1929	1930	1931
59.926,—	65.250,—	108.527,—	61.231,—

Zu diesem Betrag von 275.000 RM in vier Jahren kommen die ungleich höheren Vorteile aus Hohergruppierung, Zurücknahme von Kündigungen, Fortsetzung des Lehrverhältnisses und andere Erfolge, die sich in Mark und Pfennig nicht ausdrücken lassen.

Eine eigene Krankenkasse.

Die „Berufskrankenkasse der Angestellten“ ermöglicht den versicherungsfreien Mitgliedern die Versicherung gegen Krankheit. Sie gestattet aber auch den versicherungspflichtigen Mitgliedern den Beitritt, die dann von der Mitgliedschaft bei der zuständigen, gesetzlichen Krankenkasse befreit sind. Diesen Angestellten muß der Arbeitgeber ein Drittel der Pflichtkrankenkassenbeiträge erstatten. Die Leistungen der Krankenkasse des ZdA sind hervorragend. Sie bietet den Versicherten:

1. Freie Wahl unter zirka vierzigtausend in Deutschland zugelassenen praktischen Ärzten und Spezialärzten.
2. Freie Wahl unter allen zur Krankenkassenpraxis zugelassenen Zahnärzten und Dentisten.
3. Sorgfältige ärztliche und zahnärztliche Behandlung. Die Bezahlung erfolgt im Gegensatz zu den Zwangskrankenkassen nach Einzelleistungen.
4. Freizügigkeit über das ganze Reichsgebiet. Infolge der Reichsverträge können sich unsere Mitglieder auf Krankenschein in allen Orten Deutschlands behandeln lassen.
5. Keine Unterbrechung der Mitgliedschaft durch Wechsel der Stellung oder des Wohnortes.

Nach der vierten Notverordnung dürfen gegenwärtig alle Krankenkassen nur die Begelleistungen nach der RVO gewähren. Diese sind auf die Dauer von 26 Wochen und für die Angehörigen auf 15 Wochen beschränkt. Für ganz geringe Zuschläge bietet die Kasse den Versicherten ganz bedeutende Mehrleistungen. Sie erhalten je nach der Mitgliedschaftsdauer die Kassenleistungen bis zu einem Jahr und Familienkrankenpflege bis zu einem halben Jahre.

Und zum Schluß!

Der Wirkungskreis der Gewerkschaften hat sich in der Nachkriegszeit beträchtlich erweitert. Auch der ZdA wirkt für die Angestellten nicht nur direkt, sondern an recht vielen Stellen indirekt. Seine Mitglieder sitzen in Breslau sowohl im Stadtparlament wie auch im Magistrat und zahlreichen Ausschüssen und Deputationen. Er ist vertreten im Landesparlament und in den Steueraussschüssen, im Arbeits- und Landesarbeitsgericht in den Angestelltenprüfkammern des

Versicherungs- und Oberversicherungsamtes, im Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes Breslau und des Landesarbeitsamtes Schlesien nebst zahlreichen anderen Körperschaften. Helfen Sie mit, den Einfluß dieser freigewerkschaftlichen Angestellten-Organisation stärken.

Die Pensionskasse.

Der ZdA hat insbesondere für die männlichen Mitglieder eine eigene Pensionskasse geschaffen. Der Beitritt kann bis zum 50. Lebensjahre erfolgen. Das Mitglied erhält bei Aufgabe des Berufs wegen Invalidität oder mit 65 Jahren infolge Alters, ein Ruhegeld. Die Höhe des Ruhegeldes bestimmt sich nach der Dauer der Mitgliedschaft in der Pensionskasse. Im Falle des Todes erhält die Witwe eine Witwenrente, und Waisen eine Waisenrente gezahlt. Das Mitglied hat es in der Hand, Beiträge für ein bis fünf Versicherungsjahre zu zahlen. Als Beitrag für den Anteil sind bei dem Eintritt in die Pensionskasse im Alter zwischen 30 und 35 Jahren monatlich 2 RM zu zahlen. Das jährliche Ruhegeld beträgt nach fünfjähriger Beitragsleistung 150 RM und steigt bis 250 RM je Anteil. Das Mitglied kann also für monatlich 16 RM Pensionskassenbeitrag eine Jahresrente von 1250 RM und im Falle seines Todes die Witwe eine Rente in 50 v. H. dieser Summe. Die Waisen können eine Waisenrente bis zu 25 Prozent dieses Betrages erhalten.

Die Sterbekasse.

Die Sterbekasse des ZdA ist gleichfalls eine Sonder-einrichtung des Verbandes, für die, wie in der Pensionskasse besondere Beiträge zu zahlen sind. Sie hat etwa den Charakter einer Lebensversicherung auf den Todesfall. Der Halbjahresbeitrag stellt sich je nach dem Eintrittsalter auf 0,80 bis 1,90 RM. Das Sterbegeld auf 250 RM. Es können bis zu vier Anteilen versichert werden. Die Auszahlung des Sterbegeldes erfolgt bereits beim Tode nach zweijähriger Mitgliedschaft an die Angehörigen, von denen die Beerdigungskosten bestritten wurden.

Eigene Ferienheime.

Der ZdA hat ein Heim an der See. Eines der größten Häuser im Seebad Ahlbeck, der Ahlbecker Hof, am Ostseestrand zwischen Swinemünde und Heringsdorf ist für die Mitglieder bestimmt, die ihre Ferien an der See verbringen wollen. Das Heim Bad Finkenmühle, am Schwarzaal im Thüringer Wald, bietet den Freunden der Gebirgs Gelegenheit zur Erholung. Das Bunte Haus im Teufburger Wald, vereinigt Heide und Wald für die Erholungssuchenden, die das Flachland bevorzugen.

Alle Haushaltungen

die ihren Bedarf unter Ausschaltung des Händlergewinnes decken wollen, organisieren sich im

Konsumverein

Aus eigener Kraft

ohne von außen kommende Unterstützung hat sich die deutsche Genossenschaftsbewegung aus den einfachsten Anfängen zu einem mächtigen und einflußreichen Wirtschaftsfaktor entwickelt.

Zum Erfolg

ihrer Bestrebungen führten im wesentlichen diese Grundsätze:

- Einordnung der Verbraucher in ein großzügiges Organisationsnetz,
- ausschließliche Verwertung ihrer Kaufkraft im Dienste der eigenen Bewegung,
- Warenbeschaffung durch genossenschaftlichen Einkauf und genossenschaftliche Produktion im größtmöglichen Ausmaß der Produktionsmittel und Verteilungseinrichtungen mit Hilfe der gemeinsamen Ersparnisse.

Durch die GEG

wird die Zusammenfassung der genossenschaftlichen Bedarfsdeckung praktisch verwirklicht. Ihre sämtlichen Eigenprodukte entstehen im Hinblick auf die wahren

Bedürfnisse des Verbrauchers in hygienischer Arbeitsweise. Auch für den weiteren Ausbau der einmal als richtig erkannten Gemeinwirtschaft auf dieser Grundlage kann immer nur eines von entscheidender Bedeutung sein: Der konsequente Bezug der immer vorzüglicheren GEK-Produkte aus dem

Konsum- und Sparverein „VORWÄRTS“

Er bezieht seinen Bedarf fast ausschließlich aus den Eigenbetrieben der organisierten Verbraucher und fördert dadurch in praktischer Weise die

GEMEINWIRTSCHAFT

Alle Verbraucher, vornehmlich aber die Arbeiterschaft, sollten dem Gedanken der Gemeinwirtschaft nicht nur sympathisierend gegenüberstehen, sondern ihn auch in die Tat umsetzen. Diese Möglichkeit ist ihm durch die Konsumgenossenschaft gegeben. Wer die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftsform in eine gemeinnützige umändern will, muß sich auch auf wirtschaftlichem Gebiet organisieren und der Konsumgenossenschaftsbewegung anschließen.



Für Breslau und Umgegend ist die hierfür gegebene Organisation nur der

Konsum- und Sparverein „Vorwärts“

dem jeder gemeinwirtschaftsfördernde Verbraucher angehören muß.